

1983

Kelkheim hatte nach der Landesstatistik am Ende des Jahres 1982 nur noch 27.014 Einwohner, das sind 99 Personen weniger als ein Jahr davor. In Kelkheim gibt es einen geringen Frauenüberschuss. Von den 27.014 Einwohnern sind 13.206 männlich und 13.808 weiblich. Die Zahl der Ausländer ist mit 2.391 gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Das Standesamt hat im letzten Jahr 124 Eheschließungen registriert, im Jahr davor 115. Es gab 118 Sterbefälle, die gleiche Zahl wie im Vorjahr.

Das Gewereregister verzeichnete Ende des Jahres 215 Anmeldungen, 157 Abmeldungen und 29 Ummeldungen. Am 31.12.1982 waren in Kelkheim 1.256 Gewerbebetriebe angemeldet. Ein Jahr davor waren es 1.200 Betriebe gewesen.

Vom Sozialamt wurden 108 (112) Personen mit Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt unterstützt. 12 (22) Personen erhielten Ernährungszulage, 49 (50) Personen Pflegegeld und 4 (7) Personen sonstige Hilfen. 1982 wurden in der Stadt Kelkheim 424 Bauanträge bzw. Voranfragen gestellt. Im Durchschnitt waren monatlich etwa 35 Anträge zu bearbeiten, im Vorjahr waren es 30 Anträge. Damit hat die Bautätigkeit in der Stadt sogar zugenommen. Das Bauvolumen lag bei knapp 40 Millionen DM.

Im Jahre 1982 weist die Fremdenverkehrsstatistik 46.670 Übernachtungen im Stadtgebiet aus. Im Jahr davor waren es noch 64.879 Übernachtungen. An diesem wesentlichen Rückgang ist allein der Ausfall der Gerhard-Domagk-Klinik in Ruppertshain mit rund 21.000 Übernachtungen beteiligt. Die LVA hat die Spezialklinik für Lungenerkrankungen zum 1. Juli 1982 geschlossen, nachdem die Tuberkulose in Deutschland als nahezu überwunden gelten kann.

Bei den freien Übernachtungen ergab sich 1982 ein Rückgang auf 21.031 von 24.363 im Jahre 1981. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Waldhotel und der Hessische Hof zeitweise wegen Umbau- und Renovierungsarbeiten geschlossen waren.

In Fischbach und in Eppenhain hat sich die Zahl der Fremdenbetten geringfügig vermindert. Im Gebiet der alten Stadt Kelkheim wurden 12.623 Übernachtungen gegenüber 13.342 im Vorjahr registriert. Der stärkste Rückgang zeigt sich in Fischbach von 3.164 (1981) auf 1.784 Übernachtungen 1982. Rückläufig ist auch die Übernachtungszahl in Eppenhain, wo sie auf 3.479 gegenüber 5.621 im Vorjahr zurückfiel.

Zugenommen hat die Übernachtungszahl in Ruppertshain von 2.236 (1981) auf 3.145 im letzten Jahr.

Die Zahl der Badegäste stieg im Jahre 1982 auf 206.242. Das bedeutet eine Zunahme um 30.282 gegenüber 1981. Die Einnahmen des Hallen-Freibades erreichten 1982 insgesamt 416.448 DM.

Gegenüber 1981 bedeutet das einen Zuwachs von knapp 80.000 DM. D.h. aber nicht, dass sich der Zuschussbedarf des Bades um diesen Betrag verringert hätte. Allein die Energiekosten sind im letzten Jahr um 42.000 höher als im Jahre 1981. Mehrkosten entstehen auch beim Sach- und Personalaufwand.

3.1.1983: Heute starb der Kreislandwirt, Träger des Bundesverdienstkreuzes (1973) und Ehrenringes der Stadt Kelkheim (1981), Johann Herr im Alter von 71 Jahren. Johann Herr war 29 Jahre lang Kreislandwirt und von 1948 bis 1956 in der Kommunalpolitik als Stadtverordneter und stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher für die Stadt Kelkheim tätig. In dieser Zeit gehörte er verschiedenen Ausschüssen und Kommissionen an. Während seiner ehrenamtlichen Tätigkeit hat sich Johann Herr stets für das Wohl der Bürger eingesetzt. Als aufrechten und toleranten Kommunalpolitiker haben ihn viele seiner Kollegen und Mitbürger in guter Erinnerung. Die Stadt Kelkheim wird ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Haushalt des letzten Jahres waren 180.000 DM für den Ausbau der Bürgersteige rechts und links der Lessingstraße (früher Auf der Herrnmauer) in Hornau westlich der Bahnlinie bereitgestellt. Inzwischen sind diese Bürgersteige mit rötlichem Verbundpflaster ausgebaut worden.

Im freien Feld zwischen Hornau und Fischbach ist der ehemalige Feldweg, auf dem ausschließlich der Bus fahren darf, inzwischen verbreitert worden. Die Fahrbahn ist durch Pfosten von einem schmäleren Fuß- und Radweg abgetrennt.

Fünf Jahre Verbindung zu High Wycombe. Im vergangenen Jahr feierte die Stadt Kelkheim das 10-jährige Jubiläum der Partnerschaft mit der französischen Stadt Saint-Fons. Die Hälfte dieser Jahre, nämlich genau fünf, dauern inzwischen die Kontakte zwischen Bürgern Kelkheims und der englischen Stadt High Wycombe, westlich von London. Sicherlich - was sind fünf Jahre, könnte man fragen. Lohnt sich dafür eine Feier? Bestimmt nicht. Aber ein Rückblick sollte doch angebracht sein, zumal sich aus vielen Kontakten inzwischen schon herzliche Freundschaften entwickelt haben. Urlaubsbesuche hier und da, natürlich viele Briefe und vor allem Vereine, die nach drüben gefahren sind und von High Wycombe nach hier kamen. Bezeichnend an diesen Kontakten ist, dass sie von Bürgern getragen werden.

Und so war es dann 1977 im Dezember, als eine kleine Gruppe von Kelkheimern nach Reading fuhr, um sich dort mit Bürgern aus High Wycombe zu treffen. An diesen vorweihnachtlichen Tagen "Beschnüffelte" man sich sozusagen erst einmal, nachdem die Vorarbeiten schon bis in das Jahr 1975 zurückgingen.

Damals überlegten sich der in Fischbach wohnende Engländer Peter Flint und der Stadtverordnete Dr. Klaus Fischer: Wenn Partnerschaft mit einer Stadt in Frankreich, warum nicht Gleiches mit einer englischen Stadt.

So ergab es sich, dass 1977 die Gruppe Kelkheimer über den Kanal reiste. Mit von der Partie waren Stadtrat Rudi Alscher, Doris Stephan, die Frau unseres Bürgermeister, Vereinsringvorsitzender Heinz Krug aus Münster, Peter Hillebrecht (KeZ) und dessen Frau, Peter Flint und Dr. Klaus Fischer. Um es kurz zu machen: Dieser erste vorweihnachtliche Besuch führte zu ersten herzlichen Kontakten, es blieben prägende Eindrücke, die schnell erweitert wurden. Die herzliche Aufnahme der Engländer war bestechend. Überwältigend ihr Bemühen, es den Deutschen aus Kelkheim recht zu machen, sie möglichst sogar in ihrer Sprache anzureden, mit ihnen über Probleme hüben und drüben zu plaudern. Menschen wie du und ich - hier und dort. Menschen aber auch, denen die Vergangenheit noch in den Knochen steckt, daß sie sagten: "Mit uns nie wieder! Das christlich-weihnachtliche Gebot vom Frieden soll auf uns bezogen zwischen diesen beiden Ländern kein leeres Wort mehr sein!"

Hinzu kam natürlich auch die Lage dieser Stadt, die zwar größer als Kelkheim ist, aber auf halber Strecke zwischen London und Oxford liegt und somit alle Möglichkeiten eröffnet, wenn man den Süden des Landes kennen lernen will. Erreichbar ist der Ort per Bus oder Auto, allerdings in langer Fahrt; mit dem Flugzeug in ein paar Stunden.

Es sind nicht allein die vielen regelmäßigen privaten Besuche und Kontakte, es sind die vielfältigen Verbindungen, die zwischen Vereinen und Trägern des öffentlichen Lebens beider Städte geknüpft wurden. Die Schwimmer treffen sich häufig. Wer erinnert sich nicht gern an die Ausstellung der Kulturgemeinde dort und an die feinen, Stadtgeschichte bewahrenden Bilder der Malerin Lorna Cassidy hier, an den Besuch des Orpheus-Männerchores hier und des St. Franziskus Kirchenchores zu Pfingsten 1982 dort. Oder jener "Sommernachtstraum" der englischen Schauspielgruppe in der Eichendorffschule und erst kürzlich die Konzerte des Jugendorchesters der Musikschule High Wycombe vor den Rathäusern in Kelkheim und Wiesbaden sowie auf der Burg Eppstein fanden ein besonders positives Echo, schließlich die Kontakte verschiedener Sportvereine, der Schülerinnenaustausch zwischen der Lady-Verney-Schule und der Staufenschule in Fischbach, die jährlichen Stadtfestbesuche und die Teilnahme Kelkheimer an öffentlichen Veranstaltungen High Wycombes.

Bürger haben die Kontakte aufgebaut. Unterstützt in ihren Bemühungen wurden sie von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern High Wycombes, die in England jährlich wechseln, von Kelkheims Bürgermeister Dr. Stephan und Landrat Löwenberg, gefördert mit finanziellem Zuschuss diesseits und jenseits des Kanals. Warum keine offizielle Partnerschaft mit Vertrag? Dr. Klaus Fischer: "Diese Frage wird uns oft gestellt. Aber sollte eine Partnerschaft, die auf freiwilliger, aufrichtiger Basis gewachsen ist, die so viel freundliche Hilfe gefunden hat, nicht besser so weiter bestehen? Das ist die Gegenfrage.

Die Verbindungen zwischen Kelkheim und High Wycombe können in bisheriger Weise weiter bestehen und noch ausgebaut werden, von beiden Seiten. Ein deutsch englischer Freundschaftsclub wurde in Kelkheim gegründet. Interessenten können sich an ihn wenden. Der Vorsitzende ist Peter Hillebrecht, in Kelkheim und High Wycombe gleich gut bekannt als der Mann von der "Kelkheimer Zeitung".

Auch 1983 wird wieder ein Besuch in High Wycombe organisiert. Eine ähnliche, Kelkheim Aktivgruppe besteht auch in High Wycombe. Entscheidend am Partnerschaftsgedanken zwischen Städten ist die Beteiligung der Bürger. Für die vielseitige Unterstützung, für die hervorragende Betreuung der Deutschen in englischen Familien und umgekehrt der englischen Gäste in deutschen Familien bedankt sich der Freundschaftsclub.

8.1.1983: Ein Festgottesdienst im Kloster und eine kleine Feierstunde im Pfarrzentrum St. Franziskus, der ein gemütliches Beisammensein folgte waren die Veranstaltungen anlässlich des 80-jährigen Bestehens der Kolpingfamilie Kelkheim. Auch Ehrungen verdienstvoller Mitglieder standen auf der Tagesordnung. Für 60-jährige Mitgliedschaft wurden Benedikt Pirchner und Georg Schaub, für 50-jährige Mitgliedschaft Eugen Löw, Edmund Trunk und Josef Becker geehrt. 25 Jahre sind Norbert Hohmann, Raimund Friebe, Helmut Oswald, Horst Zelder und Bruno Muschke im Verein. Die Ehrungen nahmen der Vereinsvorsitzende Hardy Schmid und Präses Pater Wolfgang vor.

16.1.1983: Rund 230 Personen waren Gäste der Stadt beim traditionellen Neujahrsempfang im Plenarsaal des Rathauses. Eingeladen waren neben den Mitgliedern der städtischen Gremien und Behördenvertretern ein Querschnitt von Repräsentanten der heimischen Wirtschaft, der Vereine und Organisationen. Im Mittelpunkt des Neujahrsempfangs stand in diesem Jahr die Auszeichnung verdienter Bürger mit der Ehrenspange der Stadt Kelkheim. Die Stadtverordnetenversammlung hatte diese Ehrung für besonders aktive langjährige Führungskräfte aus den Vereinen der Stadt beschlossen.

Bürgermeister Dr. Stephan und Stadtverordnetenvorsteherin Alwine Bock überreichten die Ehrenspangen an Karin Gemmer, Hans Zimmermann, Jakob Hornbacher, Josef Becker, Othmar Nicolaus, Erich Wichmann und Wilhelm Krebs. Der Bürgermeister würdigte die Verdienste der so ausgezeichneten Bürger und drückte anschließend den Stolz der Stadt Kelkheim auf einen noch sehr jungen Mitbürger aus, den

Schüler Bernhard Leeb, der im Bundeswettbewerb Mathematik nach dem Hessensieg auch einen Bundessieg in die Stadt holte. Bernhard Leeb, dessen Neigungen auch der Musik und dem Sport gelten, bekam als Anerkennung der Stadt einen Tennisschläger überreicht.

Vorsteherin Alwine Bock begrüßte die Gäste des Neujahrsempfangs und übermittelte die guten Wünsche für 1983.

Erster Stadtrat Klug erläuterte, wie in jedem Jahr, die Finanzlage der Stadt Kelkheim. Im Kern seiner Ausführungen stand die Befriedigung über die Tatsache, daß sich die Stadt Kelkheim aus dem allgemeinen Sog der Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten heraushalten konnte. Wie schon in seiner Haushaltsrede stellte der Kämmerer fest, daß die Stadt Kelkheim im abgelaufenen Jahr keine neuen Kredite aufgenommen hat und durch Tilgungen die Nettoverschuldung um über zwei Millionen Mark innerhalb eines Jahres verringern konnte.

Im Vergleich der Steuern und Gebührensätze schneidet Kelkheim unter den Kommunen des Main-Taunus-Kreises und der beiden Nachbarkreise nicht schlecht ab. Erster Stadtrat Klug schloss seine Darstellung mit der Voraussage, es werde auch 1983 bei etwas gutem Willen aller Beteiligten und bei Abstandnehmen von übertriebenen Forderungen gelingen, das Finanzschiffchen trotz aller Überraschungen und Sturmmeldungen gut um alle Klippen zu steuern.

Bürgermeister Dr. Stephan führte in seiner Ansprache die vergleichsweise günstige Finanzlage der Stadt auf Zurückhaltung bei denjenigen Investitionen zurück, die voll zu Lasten künftiger Steuereinnahmen gehen. So habe die gute Zusammenarbeit mit den Kirchengemeinden Investitionen nicht nur bei Kindergärten, sondern auch bei Versammlungsräumen erspart. Finanzielles Engagement der Stadt im Rahmen privatwirtschaftlicher Betätigung sei zwar schon immer umstritten gewesen, berichtete der Bürgermeister, doch habe die bisherige Betätigung den Bürgern nachweislich Vorteile gebracht. Der Erwerb des Rettershofes für rund 10 Millionen Mark sei finanziell bewältigt. Zur Erneuerung der Stadtmitte gelte es rund 20 Millionen Mark privatwirtschaftlich zu mobilisieren. Nachdem Investitionsbereitschaft, insbesondere bei Kelkheimer Bürgern und Geschäftsleuten deutlich geworden sei, könne das Vorhaben als gesichert gelten.

Am 5. Februar steht die Wiederwahl von Bürgermeister Dr. Winfried Stephan an. Die Sozialdemokraten haben jetzt beschlossen, den Bürgermeister nicht wieder zu wählen, sondern sie werden vielmehr einen Antrag einbringen, in dem sie verlangen, daß die Stelle des Kelkheimer Bürgermeisters öffentlich ausgeschrieben werden soll. An der Wiederwahl des Ersten Stadtrates Karl-Heinz Klug scheint jedoch kein Zweifel zu bestehen: ihm will die SPD-Fraktion nicht die Stimme versagen.

Die Frage, ob Dr. Stephan wieder Rathauschef wird, dürfte nun in jedem Falle innerhalb der CDU und FDP im Stadtparlament entschieden werden. Beide Parteien haben zusammen 23 von 45 Stimmen. Gegen den Bürgermeister dürften außer der SPD auch die FWG und UKW stimmen. Das bedeutet: ist dem Bürgermeister jemand aus den Reihen der FDP oder gar auch aus der eigenen Partei nicht gewogen, dann könnte eine Stimme genügen, um den Antrag der SPD durchzubringen.

Kurt Schmitt und Horst Matthias eröffneten in der Tennishalle am Kloster ein Fitness- Studio. In dem Studio stehen den "Body Buildern", ob Damen oder Herren, 20 moderne Geräte zum Üben zur Verfügung.

Nachdem sich die SPD gegen eine Wiederwahl von Dr. Stephan zum Bürgermeister der Stadt Kelkheim ausgesprochen hatte, spricht sich auch die FWG klar gegen Dr. Stephan aus und verlangt ebenfalls die Ausschreibung der Stelle.

Die FDP teilte in einer Presseerklärung mit, dass sie die Wiederwahl von Dr. Stephan und Erstem Stadtrat Karlheinz Klug unterstützen werde.

Nach umfangreichen Aus- und Umbauarbeiten des elterlichen "Haus der Spezialitäten" eröffneten jetzt Gerd W. Becker und Ehefrau Ute ihr "Waldhotel Becker" an der Ecke Am Waldeck/ Unter den Birken.

5.2.1983: In einer ganztägigen Sitzung berieten die Stadtverordneten zunächst über den Haushalt 1983. Der Verwaltungshaushalt wurde mit 40.058.130 DM ausgeglichen in Einnahmen und Ausgaben mit 40 gegen 5 Stimmen angenommen. Der Vermögenshaushalt wurde mit 33.367. 525 DM ausgeglichen mit 35 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Stadtverordneten genehmigten ohne Aussprache die Änderung des Erschließungsvertrages zur Bebauung der Grundstücke Taunusstraße/Sodener Straße in Fischbach mit 40 gegen 5 Stimmen. Im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens Kelkheim stimmten die Stadtverordneten einstimmig der vorgetragenen Grenzänderung zwischen der Stadt Kelkheim und der Gemeinde Liederbach sowie der Stadt Bad Soden und der Stadt Hofheim zu.

Wichtigste TOP des Tages waren die Wiederwahl von Bürgermeister Dr. Winfried Stephan und von Erstem Stadtrat Karlheinz Klug. Bgm. Dr. Winfried Stephan wurde von den Stadtverordneten nicht wiedergewählt. Obwohl CDU- und FDP-Fraktion zuvor ausdrücklich erklärt hatten, für eine Verlängerung der Amtszeit Dr. Stephans zu votieren, verfehlte der Bürgermeister das gesteckte Ziel um eine Stimme. Damit muss einer

seiner Parteifreunde Dr. Stephan in den Rücken gefallen sein. Denn CDU und FDP stellen in der Stadtverordnetenversammlung zusammen 23 Abgeordnete. 22 Mandate entfallen auf SPD, FWG und UKW.

Mit eindeutiger Mehrheit in seinem Amt bestätigt wurde hingegen Erster Stadtrat Karlheinz Klug. Der Stadtkämmerer erhielt 33 Stimmen, 11 Stadtverordnete lehnten seine Wiederwahl ab, einer enthielt sich der Stimme.

Obwohl bereits vor Monaten über mögliche "Abweichler" innerhalb der CDU-Fraktion gemunkelt worden war, kam doch die Niederlage Dr. Stephans überraschend: Probeabstimmungen - offen und geheim - waren einstimmig für Dr. Stephan ausgefallen. Und so verkündete Fraktionschef Stv. Erhard Roser noch vor wenigen Tagen in einer Presseerklärung siegessicher: "Wir stehen geschlossen hinter unserem Bürgermeister!" SPD, FWG und UKW hatten indessen bereits seit langem erklärt, die Amtszeit des 48-jährigen Stadtoberhauptes nicht verlängern zu wollen. Lediglich die vier FDP-Abgeordnete versprachen ihren christlichen Koalitionspartnern Unterstützung. Mithin hatte sich der Bürgermeister ein Stimmenverhältnis von 23 zu 22 für seine Wiederwahl ausrechnen können.

Sowohl Dr. Stephan als auch CDU-Fraktionsvorsitzender Erhard Roser lehnten nach der sensationellen Wahlniederlage jede Stellungnahme ab. Offensichtlich gehen die Christdemokraten davon aus, dass die eine Neinstimme aus den eigenen Reihen und nicht aus der FDP-Fraktion kommt. Vor der Abstimmung über die Wiederwahl Dr. Stephans hatten lediglich Stv. Roser und sein FDP-Kollege Hans Krützfeld die Leistungen des Bürgermeisters gewürdigt. Roser berief sich in seinem Plädoyer für Dr. Stephan auf die Leistungen der vergangenen Jahre. Unter dessen Amtszeit seien in Kelkheim der Straßenbau vorangetrieben und ein 20 Hektar großes Gewerbegebiet erschlossen worden, das jetzt 1.170 Arbeitsplätze und jährliche Steuereinnahmen von rund 3 Mio. Mark garantierte. Es seien das Hallenbad und das neue Rathaus gebaut und der Hauptfriedhof angelegt worden. Man wünsche eine Kontinuität der Arbeit und setze daher auf Dr. Stephan. Freidemokrat Krützfeld hob die Übereinstimmung seiner Partei mit den "Grundlinien politischen Handelns" Dr. Stephans hervor.

Keinen guten Faden ließen SPD, UKW und FWG an den Bürgermeister. SPD-Fraktionschef Horst Ackermann kritisierte die "Verkehrs-, Siedlungs- und Sozialpolitik", die unter Dr. Stephan "falsch gelaufen" sei. UKW-Sprecher Albrecht Kündiger sprach von einer "Verkehrs- und Baupolitik, die Kelkheims Umwelt zerstöre", und von einer "fanatischen Intensität", mit der die "Tanusautobahn" (gemeint ist die B 8) durchgesetzt werden solle. Dr. Stephan habe den öffentlichen Nahverkehr vernachlässigt, das Jugendzentrum schließen lassen und kostspielige Prestigeobjekte anstelle bürgernaher Einrichtungen forciert. Am schärfsten formulierte FWG-Sprecher Karl Heinz Moormann die Kritik an Bgm. Dr. Stephan: "Die Gerissenheit eines intellektuellen Verwaltungsexperten und die Menschenverachtung eines Erfolgsmannes reichen nicht aus für ein Bürgermeisteramt." Dr. Stephan habe Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Kompromissbereitschaft vermissen lassen.

Nur Lobreden wurden dagegen über Stadtkämmerer Karlheinz Klug gesagt. Selbst die Oppositionsparteien (SPD, UKW und FWG) würdigten seine "sachliche Art" und sein Bemühen, "Andersdenkende zu überzeugen". Erster Stadtrat Klug, der 1945 als Verwaltungslehrling im Kelkheimer Rathaus seine berufliche Karriere begann, ist seit 1971 Erster Stadtrat und Stadtkämmerer Kelkheims. Die Ernennungsurkunde, die die Verlängerung seiner Amtszeit um weitere 6 Jahre dokumentiert, überreichte ihm Stadtrat Rudi Alscher.

Die Amtszeit Dr. Winfried Stephans, der seit dem 1.7.1966 Bürgermeister in Kelkheim ist, läuft im Juni dieses Jahres ab. Die Stelle des Bürgermeisters muss nun ausgeschrieben werden. Ob Dr. Stephan durch seine Bewerbung in einem zweiten Anlauf versucht, die parlamentarischen Hürden zu nehmen, ist noch nicht entschieden.

Trotz der sensationellen Wahlniederlage des Bürgermeisters musste die Stadtverordnetensitzung fortgesetzt werden. Der Antrag der UKW-Fraktion betreffend Verbot der Anwendung von as-besthaltigen Stoffen bei der Vergabe von städtischen Aufträgen wurde gemäß den Beschlussempfehlungen des Planungs- und Bauausschusses mit 43 gegen keine Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen.

Aufgrund des Antrages (Nr. 70) der FWG-Fraktion im Hinblick auf akustische Signale bei Verkehrsampeln haben die Stadtverordneten mit 42 gegen 1 Stimme bei 2 Enthaltungen folgenden Beschluss gefasst: "An neuen Verkehrssignal- und Fußgängerampeln werden künftig für die Fußgänger zusätzlich akustische Signale installiert. Soweit die Errichtung solcher akustischen Zusatzsignale in die Zuständigkeit von Bund, Land oder Kreis fällt, wird der Magistrat beauftragt, nach Maßgabe der Beschlussfassung mit den genannten Stellen zu verhandeln."

Der Antrag (Nr. 74) der FWG-Fraktion auf Änderung der Satzung der Gutsverwaltung Rettershof GmbH wurde im Hinblick auf den Wahlzeitraum und die Besetzung des Aufsichtsrates mit 23 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Bezüglich des Antrages (Nr. 77) der SPD-Fraktion beschlossen die Stadtverordneten einstimmig, einen Bebauungsplan im Ortsteil Fischbach für den engeren Bereich an der Gesamtschule für die geplante Sporthalle, mit der Sicherstellung der Zuwegung zum Ortsbering, aufzustellen.

Der Antrag (Nr. 81) der UKW-Fraktion auf Änderung der Hauptsatzung wurde durch die Versammlung mit 35 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Alle gestellten Anträge wurden durch Erstem Stadtrat Klug beantwortet. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

In einer nach der Stadtverordnetenversammlung eilends einberufenen Sondersitzung der CDU-Fraktion wurde nach Auskunft des CDU- Stadtverbandsvorsitzenden Stv. Dr. Klaus Fischer lediglich "Zerknirschung artikuliert". Irgendeinen Beschluss habe man nicht gefasst.

(Bericht FR vom 7.2.1983): Noch bevor Stadtverordnetenvorsteherin Alwine Bock kurz vor 15.00 Uhr das Wahlergebnis bekannt gab, war die peinliche Schlappe der bis 1981 sieggewohnten Christdemokraten aus den betretenen Mienen führender CDU-Politiker abzulesen: Mit versteinertem Gesicht schritt Fraktionschef Erhard Roser vom Tisch der Stimmenauszähler zu seinen Parteifreunden. Er wusste bereits, was Vorsteherin Alwine Bock unmittelbar darauf über Mikrophon verkündete: "Der Antrag der CDU-Fraktion ist mit 23 gegen 22 Stimmen abgelehnt", Bürgermeister Dr. Stephan war nicht wiedergewählt worden, einer der Abgeordneten aus den eigenen Reihen musste gegen ihn gestimmt haben.

Zaghafter Applaus aus der SPD-Ecke und ein "Pfui"- Ruf von den Zuschauerbänken im Hintergrund des Plenarsaals folgten dieser sensationellen Mitteilung. Und während Stadtverordnete, Verwaltungsmitarbeiter und Journalisten aufgeregt rätselten, wer dem Bürgermeister diesen Denkart verpasst haben könnte, versuchten Dr. Stephan und einige seiner Getreuen in seinem Dienstzimmer mit Cognac über den ersten Schrecken hinwegzukommen. "Damit musste man bei einer solch knappen Mehrheit rechnen", bewies der Verlierer Haltung. Gegenüber Journalisten zeigte sich Dr. Stephan zugeköpft: "Kein Kommentar", antwortete er auf die vielen Reporterfragen. Auch CDU-Fraktionschef Roser reagierte sprachlos: Mehr als den mühsam formulierten Satz "Ein Mitglied steht da, wo es keine Moral gibt", mochte Erhard Roser an diesem Samstagmittag nicht sagen.

"Das war kein Hinterbänkler", meinten einige Stadtverordnete. Nur ein "Politprofi" könne solch starke Nerven haben, seinen eigenen Parteifreunden in den Rücken zu fallen. Wobei dem "Abweichter" die schwersten Belastungen noch bevorstehen: Denn jetzt muss er - um keinen Verdacht zu erregen - seinen eigenen folgenschweren "Verrat" nach außen hin lautstark verdammen. Viele Gäste, darunter Sulzbachs Bürgermeister Berthold Gall und CDU- Kreisvorsitzender Roland Koch, waren nach Kelkheim gekommen, um Dr. Stephan zur Wiederwahl zu gratulieren. Statt der Glückwünsche mussten sie nun Trostworte aussprechen. Denn das Image des Bürgermeisters ist mit dieser zweiten schweren Wahlniederlage stark angeschlagen. Bereits der Stimmenverlust der CDU von 12,3 Prozent bei den Kommunalwahlen 1981 wurde Dr. Stephans mehr und mehr ins Schussfeld der Kritik geratenen Amtsführung zugeschrieben. Gleichwohl übten sich die Christdemokraten am Samstag in Solidarität. CDU- Kreisvorsitzender Roland Koch: "Dr. Stephan bleibt der beste Kommunalpolitiker des Kreises, unabhängig davon, wie in Kelkheim die Wahlen ausgehen." CDU- Ortsverbandsvorsteher Dr. Klaus Fischer: Den "schuffigen Verrat" traue er nach wie vor niemanden in seiner Fraktion zu, obwohl es für Dr. Fischer als ziemlich sicher gilt, daß der "Abweichter" nicht bei den vier Freidemokraten, sondern bei seinen eigenen Parteifreunden zu suchen ist. Betroffen sind auch CDU-Politiker über die "Hinterhältigkeit des Heckenschützen", der seine Fraktion bei Probeabstimmungen in Sicherheit wiegte. "Wir haben uns aufeinander verlassen", sagte Dr. Klaus Fischer.

7.2.1983: Ortsgerichtsschöffe Hermann Haupt wurde heute für seine 25-jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst geehrt. In den Jahren von 1964 bis 1972 gehörte Hermann Haupt dem Stadtparlament an. Als Nachfolger für den am 26.12.1967 verstorbenen Ortsgerichtsschöffen Anton Klarmann wurde er am 26.1.1968 durch die Stadtverordnetenversammlung zum Ortsgerichtsschöffen beim Ortsgericht Kelkheim I gewählt.

12.2.1983: Heute erstürmten die närrischen Truppen des AKK, der TSG Münster und des Fischbacher Carnevalvereins das Rathaus und erbeuteten die sichtbar auf dem Rathausbalkon stehende Stadtkasse. Die Verpflegungsstände mit kalte und heiße Getränke, Erbsensuppe, Würstchen und Kreppel versorgten auch die zahlreichen Schlachtenbummler, die die stürmenden Narren nach Kräften unterstützten.

Nach der Wahlniederlage des Bürgermeisters vom 5.2.1983 beantragten die Fraktionen der CDU und FDP eine erneute Stadtverordnetenversammlung mit folgenden TOP:

1. Beschluss zur Durchführung der Wiederwahl des Bürgermeisters.
2. Wiederwahl des Bürgermeisters.

Die Möglichkeit, den am 5. Februar abgelehnten Beschluss zur Wiederwahl erneut auf die Tagesordnung zu setzen, ergibt sich aus der Hess. Gemeindeordnung (HGO). Dazu liegt auch ein Urteil des Hess. Verwaltungsgerichtshofes Kassel vom 16.10.1968 vor. Die Koalitionsparteien waren der Auffassung, dass am 5. Februar nicht über die eigentliche Wiederwahl von Dr. Stephan zum Bürgermeister der Stadt Kelkheim abgestimmt wurde, sondern lediglich über einen Sachbeschluss zur Durchführung einer Wiederwahl von Dr. Stephan. Die eigentliche Wahl hätte dann nach diesem Sachbeschluss erfolgen

müssen, d.h. vor jeder Wahl muss erst ein Sachbeschluss über die Durchführung der Wahl beschlossen werden.

Die Sache hört sich kompliziert an, aber so steht es in der HGO. Am 5. Februar wurde also lediglich die Durchführung einer Wiederwahl von Dr. Stephan zum Bürgermeister abgelehnt, aber nicht die eigentliche Wiederwahl Dr. Stephans.

Natürlich forderte der Antrag der CDU- und FDP-Fraktion zu einer erneuten Sitzung des Stadtparlamentes am 18.2. mit den o.a. TOP die Kritik der Opposition heraus, und die Diskussionen in der Öffentlichkeit wurden sehr heftig geführt. Dazu ein Artikel der (FR vom 16.2.1983)

Nur ein "Bürgermeister zweiter Wahl"?

In vielen Briefen, so berichtete CDU-Fraktionschef Erhard Roser, hätten Kelkheimer dem Bürgermeister Dr. Stephan nach seiner Wahlniederlage ihr Mitgefühl ausgedrückt, in unzähligen Telefongesprächen den Verlierer zu trösten versucht. Inzwischen, so verlautet zumindest aus Kreisen der parlamentarischen Opposition, scheint Volkes Stimmung umgeschlagen. Wut und Empörung über den "schlechten politischen Stil" wurden artikuliert, seit Christ- und Freidemokraten ankündigten, am kommenden Freitag in einem zweiten Wahlgang zu versuchen, die Verlängerung der Amtszeit Dr. Stephans doch noch durchzusetzen. Flugblätter werden verteilt und die UKW hat zu einer Demonstration mit anschließender Kundgebung für Freitag an der alten Schule aufgerufen. Vor allem aber wettern die Politiker von SPD, FWG und UKW über diese "Politposse". FWG-Sprecher Karl-Heinz Moormann erscheint gar die "juristische Seite" dieser Abstimmungswiederholung "zweifelhaft". Und die Sozialdemokraten schimpfen über die Zumutung, "die Stadtverordneten so lange nachsitzen zu lassen, bis das Abstimmungsergebnis gewissen Leuten recht ist". Die SPD-Abgeordneten haben zudem liebe Not, am Freitag vollzählig in der Sitzung zu erscheinen. Weil (aus Sicht der Opposition) jede "Neinstimme" wichtig ist, muss Stv. Hans Valentin, der in Bonn arbeitet, am Freitagabend eigens mit einem Flugzeug in die hessische Heimat jetten.

Auf ungläubiges Staunen stößt bei den Oppositionsabgeordneten die CDU-Darstellung von einem "internen Betriebsunfall", der zu der Abstimmungspanne geführt hatte. "Gibt es in der CDU-Fraktion tatsächlich einen so Dummen, der "ja" nicht von "nein" unterscheiden kann?", wundert sich FWG-Chef Moormann in einem Gespräch.

Was ist inzwischen geschehen, dass die Christdemokraten einen zweiten Anlauf wagen, ihren Bürgermeister für weitere 6 Jahre im Amt bestätigen zu lassen? Woher nehmen sie die Sicherheit, dass die peinliche Schlappe vom 5. Februar nicht wiederholen wird? Darüber rätseln nicht nur die Stadtverordneten von UKW, FWG und SPD.

UKW-Sprecher Albrecht Kündiger argwöhnt ein "gehöriges Kesseltreiben innerhalb der CDU". Die Christdemokraten seien in den vergangenen Tagen "von einer Sondersitzung zur anderen gehechtet" und hätten inzwischen möglicherweise den "Verräter ausgeschnüffelt" und ihn unter Druck gesetzt. Andere Stadtverordnete schließen nicht aus, dass die CDU massiv versucht habe, "Stephans Freunde" in der Opposition "abzuwerben" und daher jetzt auf "Leihstimmen" vertraue. "Sollte Dr. Stephan am nächsten Freitag tatsächlich die parlamentarische Hürde nehmen", spöttelte FWG-Sprecher Moormann, "dann wäre er ein Bürgermeister zweiter Wahl."

18.2.1983: Bürgermeister Dr. Winfried Stephan bleibt nun doch für weitere 6 Jahre im Amt. In einem zweiten Wahlgang am 18.2. konnte der CDU-Politiker nicht nur sämtliche CDU- und FDP-Stimmen auf sich vereinigen, sondern er wurde völlig überraschend noch von einem Oppositionspolitiker unterstützt. Das Abstimmungsergebnis: 24 zu 21.

Das Wahlergebnis, dass von Stadtverordnetenvorsteherin Alwine Bock gegen 21.50 Uhr bekannt gab, war mit Spannung erwartet worden: Rund 300 Besucher drängten sich im Zuschauerraum des Plenarsaales, viele fanden keinen Sitzplatz mehr und standen aneinander gepresst zwischen den Stuhlreihen. Die parlamentarische Initiative der UKW-Fraktion, unterstützt von SPD- und FWG-Stadtverordneten, den Zuschauern zu gestatten, für alle Gäste Stühle bis an den Rand des Plenarsaales aufzustellen, scheiterte am Veto von CDU und FDP. Vorsteherin Bock, ohnehin durch gleißendes Scheinwerferlicht der Fernsehkameras irritiert, fürchtete um den geordneten Sitzungsverlauf, wenn die Zuschauer unmittelbar hinter den Sesseln der Abgeordneten Platz nähmen.

Während sich die Stadtverordneten gegen 19.30 Uhr allmählich im Sitzungssaal einfanden, protestierten rund 250 Kelkheimer in einem Demonstrationzug gegen die Wiederholung der Bürgermeisterwahl. "Vom Stephan haben wir genug, die zweite Wahl ist ein Betrug", war auf einem der Spruchbänder zu lesen, und der Fischbacher Robert Stoegbauer formulierte in einer Abschlusskundgebung vor dem Rathaus den Bürgerunmut über den zweiten Wahlgang: Es könne einem angst und bange werden um die parlamentarische Demokratie, wenn Mehrheitsfraktionen Abstimmungsniederlagen nicht hinzunehmen bereit seien.

SPD-Stv. Bernd Wellershaus fasste Zorn und Empörung der Oppositionspolitiker über den zweiten Wahlgang wenig später in einer mit lang anhaltendem Beifall aus den Reihen von SPD-, UKW- und FWG-Fraktion bedachten Rede zusammen. Der Sozialdemokrat attestierte seinen CDU- und FDP-Kollegen

"parlamentarische Unreife" und sah die Würde des Parlaments verletzt. "War die erste Abstimmung eine Entscheidung mit der Klausel Irrtum vorbehalten?" fragte Bernd Wellershaus. Statt der Jugend ein Beispiel zu geben, erteilten Christ- und Freidemokraten der gesamten Bürgerschaft "Anschauungsunterricht in kleinlicher Opportunismus und Paragrafenreiterei".

CDU und FDP verspielten die Glaubwürdigkeit der Kelkheimer Stadtverordnetenversammlung. Für das nochmalige Abstimmungsverlangen gebe es keine demokratisch legitimierte Begründung. "Die Legalität der beantragten Beschlussfassung kann nicht verbergen, wie Sie das Demokratieverständnis der Bürger strapazieren", hielt der SPD-Abgeordnete CDU- und FDP-Fraktion vor.

Ähnlich hatten auch Sprecher von UKW- und FWG-Fraktion argumentiert. Karl Heinz Moormann von den Freien Wählern bezeichnete den zweiten Urnengang der Kelkheimer Stadtverordneten als "Polit-Posse", Albrecht Kündiger von der UKW-Fraktion nannte ihn ein "politisch unmoralisches Trauerspiel".

CDU- und FDP-Stadtverordnete verteidigten ihren gemeinsamen Antrag, über die Wiederwahl des Bürgermeisters erneut zu befinden. "Der Sache wegen", so Fraktionschef Erhard Roser, müsse man die "juristischen Möglichkeiten" voll nutzen. Die Wiederholung der am 5. Februar verlorenen Abstimmung sei "legal und demokratisch". Freidemokrat Krützfeld schließlich meinte: "Wir sind bereit, heute wieder zu verlieren. Aber das Abstimmungsergebnis soll es uns zeigen."

Nach der teilweise heftigen eineinhalbstündigen Debatte mussten die Stadtverordneten gleich zweimal zur Wahlurne schreiten. Zunächst wurde über den Sachantrag der Wiederwahl entschieden, anschließend wurde Dr. Stephan endgültig gewählt. Beide Abstimmungsergebnisse führten zu einem peinlichen Gesichtsverlust der Oppositionsfractionen. Denn diesmal hatten zwar CDU- und FDP-Fraktion geschlossen für Dr. Stephan gestimmt, dafür gab es "Abweichler" in den Reihen der SPD-, FWG- und UKW-Fraktion. Nach der Sitzverteilung der Stadtverordnetenversammlung (CDU/FDP: 23 Mandate, SPD/FWG/UKW: 22 Mandate) müssen beim Sachantrag zwei Oppositionsstadtverordnete und bei der anschließenden Wahl einer den christdemokratischen Bürgermeister unterstützt haben. Beeilte sich SPD-Fraktionsvorsitzender Horst Ackermann vor Journalisten festzustellen: "von uns war das keiner."

Während Sozialdemokraten, Freie Wähler und Unabhängige Wählerinitiative noch rätselten wer von ihnen der Opposition in den Rücken gefallen sein könnte, lüftete CDU-Fraktionschef Erhard Roser endgültig das Geheimnis der ersten Abstimmungsniederlage Dr. Stephans: Ein CDU- Stadtverordneter habe ihm gestanden, auf dem Stimmzettel am 5. Februar "ja" mit "nein" verwechselt zu haben. "Deshalb mussten wir den Wahlgang wiederholen."

Auf seiner Hauptversammlung wählte der SPD-Stadtverband einen neuen Vorstand: 1. Vorsitzender wurde Joachim Hauff, seine Stellvertreter Marlene Herrmann und Horst Remmeke. Kassierer wurde Erika Schölzel, Stellvertreter Erhard Karger, Schriftführer Käthe Fleckenstein, Stellvertreter K.D. Franz, Referent für Öffentlichkeitsarbeit Günter P. Schölzel, als Beisitzer fungieren Jürgen Berndt, Hanni Bong, Jürgen Ertl, Manfred Herbert, Gerd Klewinghaus, Ulrich Neumann und Robert Rittendorf.

Langsam glätten sich wieder die Wogen nach der von vielen als spektakulär bezeichneten Wahl von Bgm. Dr. Stephan. Erhitzten sich noch vor Tagen die Gemüter der Bürger darüber, daß die "Sache mit der zweiten Wahl" nicht ganz korrekt war, so brodelt jetzt wieder die Gerüchteküche. In einem Pressegespräch verdeutlichte Dr. Stephan klar die Aspekte seiner Arbeit für die kommenden 6 Jahre. So will er, der sich nach eigenen Angaben noch jung genug fühlt, um auch aus Fehlern zu lernen, einmal in punkto "Öffentlichkeitsarbeit" mehr "einsteigen". Die Diskussion um die Bürgermeisterwahl habe ihm deutlich gezeigt, dass zwei Dinge offensichtlich in verstärktem Maße betrieben werden müssen:

- mehr Informationen an die Bürger, damit das kommunalpolitische Handeln der Stadt "durchsichtiger" und übersichtlicher für den einzelnen wird, und
- mehr Diskussionen mit dem Bürger, damit das Für und Wider bei Entscheidungen noch besser abgewogen werden können und sich gleichzeitig der Entscheidungsprozess so offen darstelle, wie er im Grunde genommen auch sei (gute Vorsätze für die Zukunft).

Dr. Stephan versprach auch, sich anzustrengen und in diesem Sinne dazu beizutragen, dass Informationen und Diskussionen mit dem Bürger wesentlich verstärkt werden.

Wie schon bei der ersten Wahl 1966 bleiben auch diesmal, bei der vierten Wahl, die Gerüchte nicht aus, dass Dr. Stephan nicht mehr allzu lange in der Möbelstadt bleibe. Auf eine betreffende Frage antwortete der Bürgermeister lachend: "Vielleicht behalten mich manche länger in Kelkheim, als es ihnen lieb ist." Doch wie wird es nun künftig mit den "Dauerbrennern" Stadtmitte, Rettershof und Ortsmitte Fischbach weitergehen? Eine zentrale Frage für die Arbeit der nächsten Jahre sei die Neugestaltung der Stadtmitte, erklärte Dr. Stephan. Hier seien in den letzten zehn Jahren wesentliche Vorarbeiten geleistet worden, die im vergangenen Jahr bekanntlich mit einem Architektenwettbewerb abgeschlossen worden seien. Dieser Wettbewerb bildet nun die Grundlage für weitere Planungsarbeit. Bereits am gestrigen Dienstag habe sich der Planungs- und Bauausschuss mit dem überarbeiteten Wettbewerbsergebnis auseinandergesetzt und sei hiermit der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

- Die Frage der Neugestaltung spiele auch im Ortsteil Fischbach eine wesentliche Rolle, fuhr Dr. Stephan fort. So würden die Stadtverordneten zur Zeit die Frage eines Bebauungsplanes für die Ortsmitte von Fischbach beraten. Dr. Stephan selbst ist nach eigenen Angaben der Auffassung, dass die Frage der Grundlage der Planung und die Möglichkeiten der Planung nochmals überdacht werden müssen, um durch Einbeziehung aller Betroffenen in die Diskussion Planungsüberlegungen zu schaffen, die von vielen mitgetragen werden.
- In Punkto Siedlungspolitik will man in den nächsten Jahren, so der Bürgermeister, ein wenig "zurückschrauben". Also keine verstärkte Siedlungspolitik wie in den vergangenen 10 Jahren. Dr. Stephan: "Die Neugestaltung der Stadt- und Ortsmitte soll Vorrang vor Neuerschließungen haben." Ferner betonte er, dass Kelkheim mit der Siedlungspolitik der letzten zwei Jahrzehnte eine Größenordnung erreicht habe - die für die Zukunft eine Zurückhaltung gebiete.
- Und wie steht's mit den Gemeinschaftseinrichtungen der Stadt, Dr. Stephan? Auch hier schlich er nicht wie die Katze um den heißen Brei - er stand Rede und Antwort: "Kelkheim verfügt über so viele Gemeinschaftseinrichtungen, dass insbesondere im Hinblick auf die Folgekosten Vorsicht bei Überlegungen zur Schaffung weiterer Einrichtungen geboten sein muss." Ergänzungen will man jedoch im Bereich der Sport- und Kulturvereine und insbesondere bei der Jugendarbeit vornehmen.
- Ein weiterer Schwerpunkt für die nächsten Jahre sei der Ausbau des Rettershofes als Freizeit und Erholungszentrum. Dort, so der Bürgermeister, wolle man den Versuch starten, über Investitionen, die sich zum Teil aus sich selbst finanzieren, die Attraktivität der Einrichtung zu steigern und gleichzeitig die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Besonders angetan zeigte sich Dr. Stephan von der Tatsache, dass nicht nur der damalige Ankauf eine breite Mehrheit im Parlament gefunden habe, sondern auch jene Mehrheit bei den Ausbaurbeiten vorhanden sei.
- Anschließend betonte der Bürgermeister, dass bei der Größe Kelkheims künftig bestimmt zahlreiche Aufgaben anstehen, wo Probleme zu lösen seien. Dr. Stephan selbst ist der Auffassung, dass zu lösende Probleme bei der vorhandenen Wirtschaftskraft der Stadt für die kommenden Jahre eine interessante kommunalpolitische Aufgabe seien; wenn wir bisher die Finanz- und Wirtschaftskraft angemessen in Anspruch genommen werde, sei noch gute kommunale Gestaltung möglich. Dr. Stephan: Das macht den Reiz der Aufgabe aus."

6.3.1983: Der Bau- und Planungsausschuss legte jetzt den überarbeiteten Strukturplan für das Baugebiet "Neue Stadtmitte" vor. Vor etwa einem Jahr wurden die eingereichten Arbeiten der beiden Frankfurter Architekten von der mehrköpfigen Jury auf Platz eins gesetzt. Mit großer Mehrheit (40:5 Stimmen) entschlossen sich dann im Juni 1982 die Stadtverordneten zur Weiterführung des Projekts. Allerdings wurden damals einige Zweifel an der vorliegenden Konzeption laut. Sechs Verbesserungsvorschläge formulierten die Parlamentarier.

Anregungen erhielten die Architekten Sollwedel und Hense auch während einer Bürgerversammlung im Herbst 1982, allerdings weniger über bauliche, wohl aber über verkehrstechnische Veränderungen Gedanken machen. Nicht einverstanden waren die Stadtverordneten mit den Standort für das vorgesehene Gemeindezentrum. Von den Architekten war es im nördlichen Bereich angesiedelt worden. In ihrer Überarbeitung schlagen die beiden nun vor, das Gemeindezentrum in den südlichen Planungsbereich, an das Liederbachufer, zu versetzen. Zusammen mit der Stadthalle soll es jetzt einen, wie die Architekten sagen, "sinngemäßigen, räumlichen Abschluss" der Innenstadt bilden.

Ferner erschien den Stadtvätern die Anzahl der unterirdisch verplanten Parkplätze als zu hoch. In Ergänzung ihres Wettbewerbsentwurfs, bietet der überarbeitete Plan etwa 100 neue, ebenerdige und dezentral angelegte Parkplätze. Auch die vorgesehene Größe des Marktplatzes wurde nach unten korrigiert. Er soll in Zukunft 32 x 57 Meter umfassen. Als zu zentral erachteten die Stadtverordneten auch die Lage des geplanten Supermarktes. Sie befürchteten einen Verdrängungswettbewerb zuungunsten der angesiedelten Einzelhandelsgeschäfte. Er soll nunmehr so gebaut werden, dass vor Betreten des Großmarktes zuerst die Geschäfte der Ladenzeile passiert werden müssen.

In allen veränderten Punkten stimmten die Mitglieder des Bauausschusses der Neuplanung zu. Somit wird also schon in Kürze das Stadtparlament sein endgültiges Votum abgeben. Damit jedoch nicht allzu viel Zeit für die weiteren Schritte verrinnt, schlägt Bgm. Dr. Stephan derzeit vor, für ein Teilgebiet bereits schon alsbald einen kompletten Bebauungsplan aufzustellen. Auserkoren wurde das Gebiet südlich der Straße Nach dem Busch. Im Plan ist die Bebauung dieses Gebietes mit viergeschossigen Wohnhäusern, nebst Ladenzeile vorgesehen. Der Magistrat hat schon Kontakte zu in Frage kommenden Baufirmen aufgenommen und stieß dabei auf erstaunliche Resonanz von Seiten einheimischer Unternehmer. Immerhin betragen die Gesamtinvestitionskosten für dieses Teilgebiet mehr als 25 Mio. DM.

"Im ersten Bauabschnitt sind natürlich", so Dr. Stephan, "auch schon die ersten 50 Meter Fußgängerzone vorgesehen." Erfreut zeigte sich der Bürgermeister, und in dieser Ansicht bestärkt ihn der Planungs- und Bauausschuss über die im Vergleich zur ersten Planvorlage, verbesserte Differenzierung und

gestalterische Ausarbeitung der Häuserfronten. "Dadurch werden die Orientierung- und Identifikationsmöglichkeiten des Bürgers mit ihrem Stadtzentrum gestärkt", befand der Ausschuss.

Wohnraummangel ist auch in Kelkheim ein Begriff. In diesem und dem nächsten Jahr soll dieser Mangel etwas abgebaut werden. In der Breslauer Straße tut sich einiges. Die Gesellschaft für gemeinnützigen Wohnungsbau Höchst will dort als Fortsetzung der schon vorhandenen Bebauung 27 Eigentumswohnungen errichten.

Auch in der Falkensteiner Straße und in der Münsterer Straße sollen mehr Bürger eine Wohnung ihr Eigen nennen können. Private Bauträger werden dort weitere Eigentumswohnungen bauen.

Auch die Hessische Zahnärzteesversorgung will noch zusätzlich zu ihren Wohnungen am Berliner Ring drei weitere Bauten mit je 12 Wohneinheiten errichten.

Auch in Fischbach wird zurzeit über ein größeres Bauprojekt beraten. Im Bereich der Taunusstraße/Sodener Straße sollen in zweigeschossiger Bauweise 70 bis 80 Reihenhäuser entstehen. Alles in allem sollen bis Ende des nächsten Jahres rund 200 neue Eigentumswohnungen dem Kelkheimer Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

Mit einem Schreiben wandte sich jetzt die Bürgerinitiative BIK im BUND-Kelkheim an alle im Stadtparlament vertretenden Parteien und Wählergruppen. Grund des Schreibens: die Sindlinger Wiesen. So schreibt Vorsitzender Manfred Guder, dass die Bürgeranhörung zum

Flächennutzungsplan der Stadt im Jahre 1982 deutlich gezeigt habe, dass Kelkheims Bürger eine starke Reduzierung der Grünzüge nicht wünschen.

In einem anschließenden Gespräch mit der Stadtverwaltung habe man sich insbesondere über die bauliche Abriegelung im südlichen Bereich der Sindlinger Wiesen unterhalten, erklärte Guder. Dabei habe man seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass die im FNP dargestellten Bauflächen in der Talau lediglich Zeichenfehler seien und man diese korrigieren wolle. Wie Guder weiter erörterte, habe man sich nun in der Sitzung des Bauausschusses Anfang dieses Monats mehrheitlich gegen eine solche Korrektur des FNP im südlichen Bereich der Sindlinger Wiesen ausgesprochen. Vorausgegangen war der Entscheidung ein Antrag der SPD-Fraktion zur Offenhaltung der Sindlinger Wiesen.

Manfred Guder, als BIK- Chef wusste nun zu berichten, dass nach dem Hess. Natur- und Landschaftspflegegesetz "Fließgewässer einschließlich der Talauen zur Förderung ihrer vielfältigen Wirkung auf Natur und Landschaft zu schützen und zu erhalten sind". So bittet die BIK die Stadtverordneten, diese Gesetze zum Naturschutz und der Landschaftspflege zu beachten. So dürfe sich nach BIK- Meinung, ein Negativbeispiel wie im Stadtteil Hornau - beiderseits des Gagernrings - nicht wiederholen.

Schwester Egbertine, die Vorsteherin des St.-Viktor-Altenheimes auf dem Klosterberg, muss jetzt auf Wunsch ihres Ordens Kelkheim verlassen und in Rom das Prokurat antreten. Die Oberin des Ordens der "Dienerinnen des heiligen Herzen Jesu", ist seit 15 Jahren für die älteren Menschen in Kelkheim tätig. Schweren Herzens, wie sie selber sagt, verlässt sie das Altenheim, das sie in den Jahren ihres Wirkens als Oberin entscheidend geprägt hat. Ihre Nachfolgerin wird Schwester Ernestella; sie kommt aus Bad Hersfeld und war früher schon einmal acht Jahre im Fischbacher Roteldis-Haus tätig.

16.3.1983: Die Arbeiterwohlfahrt Kelkheim feierte ihr 25-jähriges Bestehen. Herausragendes Ereignis bei der Jubiläumsfeier war die Ehrung der beiden Gründungsmitglieder Käthe Opitz und Hans Draisbach. Adeltraud Hildebrand, die amtierende Vorsitzende des Kreisverbandes der Arbeiterwohlfahrt, überreichte die Urkunden.

Sie äußerte sich zu den Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt, die sich ihrer Meinung nach im Verlaufe der Jahre gewandelt haben. Sei es vor zwei Jahrzehnten noch mehr materielle Not gewesen, die es zu lindern galt, so liegen heute der Schwerpunkt mehr darauf, seelische zu geben. Das Jubiläum solle in Kelkheim der Anfang sein, diese neuen Aufgabengebiete anzugehen, meinte sie.

Der Bezirksvorsitzende Hessen-Süd sprach die große Palette der sozialen Aufgaben an, die die AWO bewältige. Fachschulen, Fortbildungsstätten, Krankenhäuser, Heime für Jugendliche, Mütter, Kranke und Senioren betreibe die AWO, die bundesweit 600.000 Mitglieder und 120.000 hauptamtlich Tätige habe. Ohne den Einsatz der "Ehrenamtlichen", das betonte der Bezirksvorsitzende Muntzke, sei die AWO aber nicht lebensfähig, daher sei auch jeder Ortsverein von so großer Wichtigkeit.

Glückwünsche brachte namens des Magistrats Bgm. Dr. Stephan. Er dankte dem Jubelverein für die umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen Bereich. Für die weitere Arbeit übergab er dem Vorsitzenden Hans Draisbach ein Geldgeschenk. Zu den Gratulanten, die ebenfalls ein finanzielles Präsent mitgebracht hatten, zählte auch der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Joachim Hauff, und der Vorsitzende der AWO Fischbach, Willi Hackel. Käthe Opitz, so der 1. Vorsitzende Hans Draisbach, verdanke man es,

dass es in Kelkheim überhaupt ein Verein der AWO existiere. Sie habe vor nunmehr einem Vierteljahrhundert die Initiative ergriffen und die AWO in unserer Stadt gegründet.

Die Gründerin selbst schildert diesen Vorgang am 16. März 1958 anhand des Sitzungsprotokolls. Da es vor dem 2. Weltkrieg schon einmal eine Arbeiterwohlfahrt in Kelkheim gab, nahm man in 50er Jahren eine Wiedegründung vor. Vorausgegangen war eine rege Werbetätigkeit der daran Interessierten, die auch damals schon sämtlich karitativ tätig waren. 68 Mitglieder waren es in der Anfangsphase, später wuchs die Zahl auf weit über 200, heute gehören etwa 160 Personen der AWO Kelkheim an. Nachwuchssorgen, das wurde deutlich, sind auch hier nicht wegzuleugnen.

18. und 21.3.1983: "Wir sollen Sachprobleme für den Bürger lösen und nicht fragen, wer nun wen beleidigt hat." Dies stellte Stadtverordnetenvorsteherin Alwine Bock zu Beginn der Stadtverordnetensitzung am 18.3. ganz richtig fest. Waren es doch die vom Bürger gewählten Vertreter, die sich immer noch mit den "Nachwehen" der Bürgermeisterwahl und den dabei mehr oder weniger geäußerten Beleidigungen befassen wollten. Doch die Vorsteherin, sonst schon mal leicht aus dem Konzept zu bringen, hatte diesmal die Sache fest im Griff: sie verbannte Stellungnahmen dazu an den Schluss der Sitzung und betonte, dass sie keine Kindergartentante sei. Nicht sehr schmeichelhaft für ein Stadtparlament, diese Feststellung. Weit gefehlt, wenn man annahm, dass die Stadtverordneten nunmehr den eigentlichen Problemen zuwenden würden. Wie schon so oft im Kelkheimer Stadtparlament kamen die Sprecher fast aller Fraktionen (die FWG hielt sich diesmal heraus) einfach nicht zur Sache. Da half auch ein ermahnendes Wort von Frau Bock nichts. Man hatte ein enormes Pensum von Punkten auf der Tagesordnung. Dessen ungeachtet geriet man sich beim Punkt Stellungnahme zum FNP des UVF, einem reinen Sachproblem, prompt wieder in die Haare. Sowohl SPD als auch UKW warfen dem Bürgermeister grobe Missachtung eines Parlamentsbeschlusses vor. Emotionsgeladen blieben sie dann wieder auf der Strecke, die Sachprobleme und die Zeit wurde mal wieder nicht sinnvoll genutzt bei den mehr oder weniger qualifizierten, der Sache undienlichen Vorwürfen war es dann schnell 23.00 Uhr - die Sitzung musste beendet werden.

Dennoch wurden einige TOP vor dem Punkt Stellungnahme zum FNP abgehandelt. Die Stadtverordneten genehmigten einstimmig über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Rj. 1982 bezüglich des Fremdwasserbezugs von Frankfurt und für die Stadtentwässerung.

Einstimmig wurden auch für den Ausbau des Zeilsheimer Weges überplanmäßige Ausgaben für das Rj. 1983 genehmigt.

Der Vertrag über die Erschließung der Grundstücke "Am Schieferberg 10" wurde auch einstimmig genehmigt. Gleichfalls einstimmig genehmigten die Stadtverordneten den Vertrag über die Erschließung und Bebauung des Grundstückes "Münsterer Straße 37".

Der Umschuldung von Krediten wurde auch einstimmig zugestimmt.

Für die "Ortsmitte Fischbach" wurde die Aufstellung eines Bebauungsplanentwurfes (Nr. 35) einstimmig beschlossen.

Der Aufstellung eines Bebauungsplanentwurfes zur Erweiterung des Bebauungsplanes "Frankenwald" wurde mit 39 gegen 5 Stimmen zugestimmt. Der Änderungsantrag der UKW-Fraktion zum Bebauungsplan "Frankenwald" wurde mit 5 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Wie schon beschrieben ging es hoch her, als eine Stellungnahme zum Flächennutzungsplan (FNP) des Umlandverbandes Frankfurt (UVF) erstellt werden sollte. Um es gleich vorwegzunehmen: alle Änderungswünsche von SPD, FWG und UKW wurden abgelehnt, und man einigte sich mehrheitlich für den vom Planungs- und Bauausschuss erstellten Beschlussvorschlag.

Doch bevor die Stadtverordneten zu diesem Ergebnis gelangten, fuhren SPD und UKW mit schweren Geschützen gegen Bgm. Dr. Stephan auf. Während UKW-Sprecher Stv. Albrecht Kündiger lautstark von einer Missachtung einer Parlamentsentscheidung sprach, war es Stv. Bernd Wellershaus (SPD), der den Bürgermeister beschuldigte, die Meinung der Verwaltung beim UVF vorgetragen zu haben, ohne die Stadtverordneten zu unterrichten. Auch sei zum jetzigen Zeitpunkt bereits der Termin für einen Zwischendruck des Plans verstrichen, wusste Stv. Wellershaus zu berichten. Stv. Kündiger sagte es dann noch deutlicher: "Das Parlament hat einen Beschluss gefasst, dass eine Stellungnahme zu erfolgen hat, doch unser Bürgermeister hielt sich nicht daran und lief bereits vorher zum UVF."

Souverän zeigte sich nun Dr. Stephan, indem er den Vorwurf beider Oppositionsmitglieder und die falsche Sachdarstellung zurückwies. Rückblickend betonte er, dass das Parlament beschlossen habe, sich mit dem FNP erneut zu befassen, was ja nun in vier Bauausschusssitzungen geschehen sei. Der Ausschuss, so der Bürgermeister, sei nie Herr des Verfahrens gewesen. Ferner verdeutlichte er, dass er lediglich mit einigen Leuten der Verwaltung zu einem Klärungsgespräch beim UVF gewesen sei. Man habe vorgetragen, welche Planzeichen falsch gesetzt seien und sich auch über den Standort des Gewerbegebietes unterhalten.

Dr. Stephan an den Stv. Kündiger (UKW) gerichtet: "Sie können doch ein Gespräch von Verwaltung zu Verwaltung nicht verbieten." Auch sei es mit der jetzigen, vom Parlament nun beschlossenen Stellungnahme keinesfalls zu spät. Bis Dezember, so Dr. Stephan, könne man noch Wünsche äußern. Stv.

Kündiger nun wollte sich ganz und gar nicht mit den Aussagen des Bürgermeisters zufrieden geben: "Dr. Stephan hören Sie endlich auf, das Parlament zum Narren zu halten."

Jetzt meldete sich auch Erster Stadtrat Klug zu Wort: "So kann man einen Wahlbeamten nicht behandeln. Die ganze Sache lag am Bauausschuss. Und so kann man Dr. Stephan nicht den "Schwarzen Peter" zuschieben." Nun war es Stv. Dr. Reinhard Kunz (CDU), der die Aussage von Dr. Stephan "untermauerte". Er bestätigte die Richtigkeit seiner Aussagen und stellte hier heraus, dass man bis zum letzten Monat dieses Jahres eine Stellungnahme beim UVF abgeben kann.

Nachdem, wie eingangs schon berichtet, alle Anträge von SPD, FWG und UKW abgelehnt wurden, beschlossen die Stadtverordneten mehrheitlich folgende Stellungnahme: So soll in Kelkheim die im Schlemmer vorgesehene gewerbliche Baufläche als Grünland ausgewiesen werden und eine gleichgroße Fläche südlich des Industriegebietes Münster als gewerbliches Bauland ausgewiesen werden. Der südlich des Zentralfriedhofs geplante Raum für Sportanlagen soll in eine Fläche für Erholung und Freizeit umgewandelt werden. Außerdem soll die Straßenbaubehörde baldmöglichst den Damm der B 8 im Bereich des Liederbachtals beseitigen.

Nun zur Gemarkung Fischbach: Da ist die vorgesehene Mischbaufläche südlich der Sodener Straße in eine Wohnbaufläche umzuwandeln. Der kleine Wohnbaubereich am Waldrand innerhalb des Staufen Am Mannstein soll gemäß der tatsächlichen Bebauung in den FNP übernommen werden. Reduzieren wolle man das ausgewiesene Gebiet des Campingplatzes am Gimbacher Hof im östlichen Bereich. Und in Ruppertshain soll die Wohnbaufläche "In den Erlen" östlich eingeschränkt werden; eine Erweiterung des Ruppischer Friedhofes und ein Gelände für eine Turnhalle westlich der Dreschhalle soll im FNP ausgewiesen werden.

In Eppenhain nun, soll nach den Wünschen der Stadtverordnetenversammlung die auszuweisende Fläche, an der westlichen Ortsgrenze, nicht über die Begrenzung der Wohnbaufläche hinausgehen.

Der TOP Strukturplan "Stadtmitte" konnte nun erst am 23.3. beraten werden. Die Stadtverordneten stimmten dem Plan mit 37 gegen 5 Stimmen bei 1 Enthaltung zu - einer Konzeption, nach der die künftige Stadtmitte von Kelkheim gestaltet werden soll. Grundlage des Entwurfs war die preisgekrönte Architektenarbeit eines Ideenwettbewerbs, die auf Wunsch der Stadtverordnetenversammlung noch einmal überarbeitet und dem Stadtparlament jetzt als "Strukturplan" vorgelegt worden ist.

Danach soll in der Innenstadt zwischen Frankfurter Straße, Hauptstraße und Sindlinger Wiesen ein Wohn- und Geschäftszentrum entstehen.

Allerdings stoßen die ehrgeizigen Pläne der Parlamentsmehrheit nicht auf einhellige Gegenliebe. Die UKW-Fraktion interpretierte das Konzept als Ausdruck "kommunaler Großmannssucht" und lehnte eine "betonierte Stadtmitte" ab. Doch der überwiegenden Mehrheit des Stadtparlamentes erscheint ein Stadtzentrum notwendig, das man in der aus drei kleinen Orten zusammengewachsenen Möbelstadt bislang vergeblich sucht. Stv. Wellershaus (SPD): "Die Kaufkraft Kelkheims floss ins benachbarte Main-Taunus-Zentrum und nach Höchst und Frankfurt ab." In der neuen City werden die Kelkheimer künftig viele kleine Geschäfte, einen Supermarkt, soziale Einrichtungen, Dienstleistungsbetriebe, Wohnungen und ausreichend Parkplätze vorfinden. Auch die Evangelische Paulusgemeinde beabsichtigt, in der neuen Stadtmitte einen Treffpunkt zu bauen.

Was die CDU-, SPD-, FDP- und FWG- Fraktionen als zukunftsorientiertes Projekt priesen, wurde von der UKW-Fraktion als "an Kelkheimer Bedürfnissen vorbeigeplant" verworfen. Eine "wirkliche und menschliche Stadtmitte" müsse langsam wachsen und könne nicht von heute auf morgen aus dem Boden gestampft werden. "Wenn man kein natürliches Stadtzentrum hat, muss man eben darauf verzichten", verdeutlichte UKW-Sprecher Stv. Albrecht Kündiger die Ansicht seiner Fraktion.

Dies indessen trug den UKW-Stadtverordneten den Spott der übrigen Parlamentarier ein, die vom gewünschten "Anglerparadies" der UKW sprachen und gar argwöhnten, dass die Unabhängigen auf der bereits bestehenden riesigen Freifläche an der Straße Nach dem Busch "ein paar Apfelbäume pflanzen und dort die Hütten wieder aufstellen wollen, die damals auf dem B 8-Damm abgeräumt wurden".

Der gegen die Stimmen der UKW genehmigte Strukturplan, der nach Auffassung von Stv. Wellershaus in seiner Rechtsverbindlichkeit "zwischen Bebauungsplan und Flächennutzungsplan" anzusiedeln ist, soll jetzt nach und nach verwirklicht werden.

Einen ersten Schritt haben die Stadtverordneten am heutigen Abend getan. Sie beschlossen die Aufstellung eines Bebauungsplanes für einen Teilbereich der Stadtmitte mit 38 gegen 4 Stimmen bei 1 Enthaltung. Zügiges Vorgehen scheint geboten, nachdem mehrere Kelkheimer Geschäftsleute der Stadt Interesse bekundeten, dort möglichst bald zu investieren und Läden zu eröffnen.

Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion bezüglich eines vierten Ausbildungsplatzes in der Verwaltung wurde einstimmig zur abschließenden Beratung in den HFA - Ausschuss überwiesen.

Renoviert wird zurzeit die Stadtkapelle in der Hauptstraße. Das den beiden Aposteln Petrus und Paulus geweihte kleine Gotteshaus war durch das Eindringen von Regenwasser vor allem im Chorraum stark in Mitleidenschaft gezogen. Um weitere Schäden am Mauerwerk zu verhindern, mussten die Regenrinnen und Holzteile am Gesims erneuert werden. Zurzeit wird am Turm gearbeitet, wo es vor allem gilt, die Jalousien und Schäden am Mauerwerk wieder in Ordnung zu bringen. Vorher schon war der Innenraum

restauriert worden, 14 Bildtafeln - aus Holz geschnitzt-, die den Kreuzweg von Jesus Christus darstellen, wurden neu aufgehängt. Sie stammen von der Kolpingfamilie Kelkheim, die sie anlässlich ihres 80. Stiftungsfestes anschaffte. Neu ist auch eine Statue des Heiligen Josef, dem Patron der Handwerker. Über 90 Jahre ist jetzt der Backsteinbau der Stadtkapelle alt. Er wurde in den Jahren 1891/92 als Nachfolgebau der ersten Kelkheimer Kapelle von 1774 errichtet. Dieser ursprüngliche Bau war damals aus Kostengründen aus dem Holz der abgebrochenen Hofheimer Bergkapelle errichtet worden. In der anheimelnd wirkenden Kapelle mit der hübschen alten Holzdecke, finden montags, donnerstags und freitags um 19.15 Uhr, mittwochs um 10.00 Uhr und an Sonntagen um 8.30 Uhr wieder Gottesdienste statt.

1.4.1983: Heute vor 45 Jahren wurde den drei ehemaligen Gemeinden Münster, Hornau und Kelkheim die Stadtrechte als Stadt Kelkheim im Taunus verliehen.

Aus Personalmangel muss der Orden der Herz-Jesu-Schwester das Altersheim Roteldishaus in Fischbach schließen. Allerdings ist sichergestellt, dass die wenigen älteren Menschen, die jetzt noch in dem Altenheim leben, in gleichwertige Heime untergebracht werden.

Die erste Ausgabe der "Münsterer Rathauspost" ist jetzt erschienen. Herausgeber ist der Vorstand der "Bürgervereinigung Altmünster". Zu ihrer Hauptaufgabe hat es sich diese BI gemacht, das Ortsbild des alten Münster zu erhalten. Als Schwerpunkt hat sich dabei die Gestaltung der Ortsmitte, d.h., das Gelände rund um das Alte Rathaus, um die alte Schule und die St. Dionysiuskirche herauskristallisiert. Die erste Ausgabe der "Münsterer Rathauspost" informiert auch zunächst nur über den aktuellen Stand der Kirchplatzgestaltung. Später sollen Hintergründe, Meinungen und Analysen zum jahrelangen Kampf der Münsterer Bürger bezüglich der Gestaltung einer Ortsmitte, die Treff- und Mittelpunkt für jetzige und spätere Generationen sein soll, aufgezeigt werden, heißt es in der Einleitung. Reinhard Herr, Vorsitzender der Bürgervereinigung und auch federführend bei der neuen "Rathauspost" weiß ganz aktuell von einem Bauauftrag zu berichten, der Ende des vergangenen Jahres beim Kreisbauamt von einer Bauherrngemeinschaft eingereicht wurde und der die massive Bebauung des Kirchplatzes in Münster vorsieht.

Eine mit abgebildete Planskizze zeige, dass dies zwar den Investoren einen guten Gewinn bringe, sie zerstöre aber auch für alle Zeiten die Möglichkeit, einen Treff- und Mittelpunkt im Stadtteil Münster zu schaffen, stellt Herr fest. Alle Kräfte müssten mobilisiert werden, um dies zu verhindern. Eingaben an das Kreisbauamt hätte man bereits vorgenommen und zwei ortsansässige Architekten hätten kostenlos Alternativpläne erstellt, von denen der eine ganz besonders gut gelungen scheint, betonte Herr. Angeschrieben und um Unterstützung gebeten wurde auch Landeskonservator Dr. Kiesow. Altes Rathaus, Kirche und Randbebauung im Kirchplatzbereich stünden unter Denkmalschutz, stellt die Bürgervereinigung in ihrem Brief fest. Im höchsten Maße erschreckt sei man daher gewesen, als man die Dichte der Bebauung, den geringen Abstand zum Rathaus und die Verbauung des klassizistischen Portals der Kirche festgestellt habe. Die Architektur des von der Stadtverwaltung an das Kreisbauamt zur weiteren Bearbeitung zugeleiteten Pläne verrate nichts von einer maßstäblichen Anpassung an die in der Nachbarschaft befindliche, teilweise noch sehr einheitliche Architektur der fränkischen Höfe. Die Bürgervereinigung befürchtet, dass durch die Massierung der Baumassen durch den ebenfalls geplanten Supermarkt und der dadurch notwendigen Park- und Anlieferungseinrichtungen sowie der Parkflächen ein Verkehrssturm in den alten Ortskern gezogen werde, der den Wohnwert dieses Ortsteils völlig zunichtemache. Dabei könne man leicht durch schon vorhandene und voll funktionierende Umgehungsstraßen diesen alten historischen Ortskern in Zukunft verkehrsberuhigt gestalten, meinen sie. Aus dem zur Genehmigung vorliegenden Bauantrag gehe ferner hervor, dass die alte Schule abgerissen werden soll. In der öffentlichen Diskussion sei dies bisher immer als eine mögliche Alternative gesehen worden.

Das neue Seniorenwohnheim an der Kreuzung "Münsterer Knoten" ist inzwischen im Rohbau fertig gestellt. In der dritten Wohnanlage für ältere Mitbürger entstehen 24 Wohneinheiten.

Die Diskussion um die Randbebauung des Kirchplatzes Münster geht weiter. In einer Presseerklärung plädierte die UKW für eine lockere Randbebauung des Platzes zwischen dem Alten Rathaus und der katholischen Kirche. Die Planung der Bebauung solle sich an der Architektur und Bauweise des alten Rathauses orientieren. Außerdem müsse ausreichend Platz vorhanden sein, um die traditionellen Münsterer Feste inmitten des Ortskerns feiern zu können, erklärte Pressesprecher Michael Henninger. Nur so werde gewährleistet, dass sich der Ortskern zu einem kulturellen Mittelpunkt entwickle. Des Weiteren spricht sich die UKW dafür aus, dass die Vorstellungen der Münsterer Bürger, insbesondere Vertreten durch die Bürgervereinigung Altmünster und die Münsterer Vereine, unbedingt berücksichtigt werden müssten. Ein stärkerer direkter Einfluss der Bürger auf kommunalpolitische Entscheidungen müsse ermöglicht werden.

Auch die CDU meldete sich zum Thema "Bebauungsvorschlag zum Ortskern Münster" zu Wort. Wie ihr Sprecher Gerhard Noeske nun bekannt gab, sei die CDU-Fraktion in ihren Beratungen noch einmal auf die Planungsüberlegungen der Jahre 1974/75 eingegangen, aber auch auf die 1979/80 erstellten Pläne. In den Jahren 1973/74 hätte die Diskussion um die Erhaltung oder Nichterhaltung des Alten Rathauses und der alten Schule weiten Raum eingenommen. Von den alten Planungsüberlegungen, so Noeske, sei inzwischen der Ausbau des Alten Rathauses in Angriff genommen.

Hinsichtlich der Verkehrsüberlegungen schließe die CDU-Fraktion die Lösungsansätze dieser alten Planung aus, sie wolle keine durchgehenden Straßen im alten Ortskern, sondern verkehrsberuhigte Zonen. Diesen Ansatz habe die Planung von 1979/80 bereits aufgezeigt. Hier sei gegenüber dem Alten Rathaus eine Eckbebauung vorgesehen gewesen, die das alte Straßenkreuz Frankfurter-/Königsteiner Straße und die Straße Am Kirchplatz in etwa wieder hergestellt hätte. Beginnend am Alten Rathaus bis zur Einmündung Borngasse sei eine verkehrsberuhigte Zone vorgesehen gewesen. Noeske weiter:

- "Die weitere Bebauung auf dem Kirchplatz ließ keine klare Abgrenzung von Straßen und Plätzen erkennen, es waren "Einzelbaukörper" vorgesehen, die sich nach Auffassung der CDU-Fraktion nicht in die Struktur des alten Ortskerns von Münster harmonisch einfügen.
- Der neue Bebauungsvorschlag greife nun die Vorstellungen eines verkehrsberuhigten Bereichs im Ortsteil Münster auf, den die CDU bejahe. Der Stadtteil sei durch die umgebenden Straßen von allen Seiten so gut an das Verkehrsnetz angeschlossen, dass es nicht erforderlich erscheine, den durchfließenden Verkehr in der Ortsmitte zu haben."

Wenn man diesem Verkehrskonzept zustimme, sei es möglich, die Straßenflächen mit sonstigen Freiflächen zu einer Einheit zu verschmelzen, wovon auch der Vorschlag ausgehe, betonte Gerhard Noeske. Die CDU-Fraktion sei allerdings der Auffassung, daß die in dem Vorschlag vorgesehenen Höhenunterschiede einzelner Flächen ausgeglichen werden sollten. In dem neuen Bebauungsvorschlag sei die Eckbebauung in der Frankfurter Straße gegenüber dem Alten Rathaus in ähnlicher Weise aufgegriffen, wie in dem Vorschlag aus dem Jahre 1979. Dies halte die CDU-Fraktion für gut. Sodann werde erstmals ein Bebauungsvorschlag für den Kirchplatz selbst vorgestellt, der zwei Plätze schaffe: ein kleinerer, der zwischen dem Alten Rathaus und dem klassizistischen Teil der katholischen Kirche, der mit der vorhandenen Bebauung am Kirchplatz, mit dem Alten Rathaus und der Kirche abschließe. Diese Bauzeile bilde gleichzeitig die Begrenzung für den Platz, der an der Westseite entstehe und bis zur Bebauung auf der westlichen Seite der Frankfurter Straße reiche. Diese Bauzeile, dem Alten Rathaus und der Kirche soll nicht bis an das historische Gebäude herangeführt werden, sondern in einem angemessenen Abstand vor dem Alten Rathaus abgeschlossen sein. Dies sollte, so Noeske, als "Einzelbaukörper" von allen Seiten zugänglich sein. An jene Bauzeile schließe sich südlich ein "Baugelenk" an, das dann die südliche Platzwand bilde.

Das Verhältnis von Freifläche und bebauter Fläche sei nach Ansicht der CDU-Fraktion ausgewogen, und eine klare Platzbindung schaffe man erstmals mit diesem Vorschlag. Der westliche Platz weise übrigens die Abmessungen auf, die die Bürgervereinigung Altmünster zur Aufstellung eines Festzeltes und für ihr Dalles-Fest vorgegeben habe. Die ansonsten vorgesehene zweigeschossige Bebauung mit Dachgeschossen entspreche der Struktur des Ortskerns. Noch keine einheitliche Meinung habe man über die vorgesehene Ausbildung der Giebelfronten erreichen können. Ein Teil der Fraktion sei der Auffassung gewesen, dass man ähnlich wie beim Alten Rathaus Dachformen und Gauben aufgreifen sollte. Die vorgesehenen Nutzungen wie Lebensmittelmarkt, vier bis fünf kleine Läden im Erdgeschoß sowie Wohnungen unterschiedlicher Größenordnungen im Obergeschoß seien für die Gestaltung der Ortsmitte das Richtige. Gewisse Probleme sehe die Fraktion bei der Unterbringung des ruhenden Verkehrs, da Untersuchungen im Jahre 1980 gezeigt hätten, dass eine Tiefgarage wegen des "sumpfigen Untergrundes" aus Kostengründen nicht machbar sei. Wie Gerhard Noeske abschließend betonte, hält die CDU-Fraktion den Bebauungsvorschlag mit einigen Abänderungen für eine gute und interessante Lösung zur Neugestaltung der Ortsmitte Münster.

Die Arbeiten am Alten Rathaus gehen weiter zügig voran. Mit den Innenarbeiten ist inzwischen auch begonnen worden. Mit einer Fertigstellung der Umbauarbeiten des historischen Gebäudes ist bis Ende des Jahres zu rechnen.

22.4.1983: Die sechs Freiwilligen Feuerwehren der Stadt hielten heute ihre Hauptversammlung im Stadtteil Eppenhain ab. Neben dem alljährlichen Bericht über die Tätigkeit der Wehren stand als wichtigster Punkt die Wahl des Stadtbrandinspektors und seines Stellvertreters auf der Tagesordnung, nachdem die fünfjährige Amtsperiode von Wilhelm Hoppe und Hans Port im April ausgelaufen sind.

Für den Posten des Stadtbrandinspektors kandidierte nur der bisherige Amtsinhaber Wilhelm Hoppe. Er wurde mit 57 von 62 Stimmen wiedergewählt. Um die Position des Stellvertreters hatte sich außer dem bisherigen Amtsinhabers Hans Port auch der stellvertretende Wehrführer des Stadtteils Fischbach, Reinhold Schupp, beworben. Der bisherige stellvertretende Stadtbrandinspektor Port wurde mit 42 Stimmen gewählt, sein Gegenkandidat Schupp erhielt 16 Stimmen.

Der alte und neue Stadtbrandinspektor Wilhelm Hoppe ist Wehrführer der Wehr K.-Mitte, der Stellvertreter Hans Port ist Wehrführer der Wehr Münster. Die Ernennungsurkunden für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren werden in der nächsten Stadtverordnetensitzung überreicht.

Die Jahreshauptversammlung der sechs Freiwilligen Feuerwehren verlief sehr harmonisch. In allen Wehren stehen 303 Mitglieder im aktiven Dienst. Die Ehren- und Altersabteilung zählt 107 Mann, ebenso wie die Jugendfeuerwehren.

Die Zahl der Brandeinsätze hat sich 1982 gegenüber dem Vorjahr von 35 auf 62 erhöht. Insgesamt wurden 3.209 Einsatzstunden geleistet, gegenüber 701 im Jahre 1981. Der außerordentlich starke Anstieg wurde durch den Großbrand bei der ehemaligen Dichmann AG im Januar 1982 bewirkt.

Neben den echten Einsätzen ergibt sich bei den Feuerwehren eine große Zahl von Stunden für verschiedene Hilfs-, Sicherheits- und Ordnungsdienste, Übungen, Schulungsabende, Katastropheneinsätzen, Versammlungen und Lehrgänge. Insgesamt summierte sich der Zeitaufwand der Mitglieder im Jahre 1982 auf 33.280 Stunden. Wenn man diese Leistungen nur mit einem Stundensatz von 20 Mark verrechnen würde, müsste die Allgemeinheit mehr als 660.000 Mark aus Steuermitteln dafür aufwenden, um den Brand- und Katastrophenschutz sowie die vielerlei Hilfsdienste der Feuerwehr zu sichern, die unentgeltlich für die Allgemeinheit erbracht werden.

23.4.1983: Der Magistrat zeigte im Rathaus eine von Kreisheimatpfleger Dietrich Kleipa zusammengestellte Ausstellung mit dem Titel "Kelkheim im Dritten Reich". An zahlreichen Schautafeln und Vitrinen wurden Fotos, Zeitungsausschnitte und bisher unbekanntes Archivmaterial einiger Bereiche aus der Geschichte der Kelkheimer Stadtteile von 1933 bis 1945 dargestellt. Die Ausstellung zeigte u.a.:

Aus dem gesamten Stadtbereich: Wahlergebnisse 1933 - Auflösung der lokalen Demokratie – Hitlerlinden - Maifeiern - passiver Widerstand - Handwerkerumzüge - Feindliche Flugblätter - Kundgebungen - Luftaufnahmen von 1938 - Erntedankfeiern - Luftaufnahmen amerikanischer Aufklärungsflugzeuge - Luftangriffe und Bombenschäden - das Ende im März 1945.

Eppenhain: Wahlflugzettel der Wählergruppe "Gemeinwohl" - Hitler und Hindenburg werden Ehrenbürger - das Gästehaus des Amtes Rosenberg.

Ruppertshain: Frau Roth, Großmutter von 78 Enkeln und 69 Urenkeln - Besuch der Heilstätte-Ehrenmalsweihe - Chefarzt Dr. Schellenberg - Fahnenweihe des Stützpunktes.

Fischbach: Demonstrationen - Bürgermeister muss zurücktreten - 50 Jahre Kriegerkameradschaft – Erbhof und Reitschule Rettershof - KdF wirbt für Fischbach.

Hornau: Ein "Deutscher Tag" - ein Prozess wegen Abhören feindlicher Sender – Dorfverschönerung – 1. Heimatfest - Prinzenpaar mit Hindernissen.

Kelkheim: Gleichschaltung im Turnverein - neue ev. Kirche - 75 Jahre MGV Liederkrantz – NSSK-Sturm - ein Stimmungsbericht - Schließung des Klosters - Amtseinführung Bgm. Graf - Berufswettkampf der Schreiner - Wilddiebe - Möbelausstellungen - HJ-Heim - Planung einer Ausstellungshalle - das "Judenlager" im Taunusblick - Werkkunstausstellung bei Gebr. Dichmann - bei den Arbeitsmädchen im Kloster - ein Räumungsplan.

Münster: Siedlung Herrnwald entsteht - Waldfeste - Weihe der Schlageter-Anlage - Erfolge des Radfahrklubs 1922 - verheerende Überschwemmungen - Auflösung der Bildungsgemeinde – Sonnenwendfeier auf der Gundelhardt - Einweihung der Turnhalle - der Schulhaus- Erweiterungsbau - Fahnenjubiläum der Turngemeinde - Bürgermeisterwahl 1933.

In ihr Mutterhaus zurückgegangen ist jetzt nach 22 Jahren Tätigkeit in der evangelischen Paulus- und Stephanusgemeinde Gemeindegewester Charlotte Krzgitzki. Bei einer Kaffeestunde im Rettershof wurde Schwester Charlotte verabschiedet. Bgm. Dr. Stephan dankte ihr für die aufopferungsvolle Arbeit, die sie für die beiden evangelischen Kirchengemeinden im sozialen Bereich geleistet hat.

Das **Verdienstkreuz am Bande** des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhielt jetzt der Kommunalpolitiker und langjährige Stadtverordnetenvorsteher des Kelkheimer Stadtparlamentes, **Gerhard Claßen** (CDU), aus der Hand von Landrat Dr. Löwenberg überreicht. Nicht nur wegen seiner umfangreichen, kommunalpolitischen Tätigkeit habe der Bundespräsident diese hohe Auszeichnung vorgenommen, sondern weil er auch in seinem Beruf freiwillig Aufgaben für die Allgemeinheit erfüllte, betonte der Landrat. Dies vor allem durch sein Engagement in fach- und berufsständischen Organisationen.

Über Ostern besuchten die D-Jugendmannschaft der SG Kelkheim mit Betreuern und einigen Eltern die englische Stadt High Wycombe. Die Jugendmannschaft der SG Kelkheim war zu einem Osterturnier nach High Wycombe eingeladen worden. Vor dem Turnier sorgten die Gastgeber für Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung der Stadt, so dass die Kinder und ihre Begleiter unter Führung von Herbert Zill einen Blick auf den Markt von High Wycombe werfen konnten, oder an die Themse führen.

In sportlicher Hinsicht, so heißt es in dem Bericht von Herbert Zill, hatten die Kelkheimer während des Turniers nicht viel zu bestellen, da die gegnerischen Spieler durchweg 18 Monate älter waren als die Kelkheimer Gäste. So verlor man gegen die Marlow Valley Boys 0:2, gegen die Legion Lions 0:3 und gegen die Chalfont Scouts gleich 0:6. Das tat jedoch, wie Herbert Zill weiter berichtete, der guten Stimmung absolut keinen Abbruch, so dass man sich abends im Clubhaus der Marlow Valley Boys zu einem geselligen Beisammensein, den Gastgebern traf. Hier wurden Geschenke ausgetauscht, wurde über Fußball gefachsimpelt. Und wo es mit der Sprache nicht langte, nahmen Engländer und Deutsche die Hände und Füße zu Hilfe. Die Jungs vergnügten sich derweilen mit ihren neugewonnenen englischen Freunden bei Billard und Video-Spielen.

27.4.1983: Um die künftige Stadtmitte und den ersten Teilbebauungsplan "Stadtmitte Süd" drehte sich die teilweise kontroverse Diskussion bei der Bürgeranhörung im Rathaus. Gekommen waren knapp 50 Interessierte, obwohl an diesem Abend Fußball im Fernsehen war. Die Anwesenden diskutierten denn auch eifrig, stellten Fragen, gaben Anregungen und äußerten auch rechtliche Bedenken, da man keinen Alternativplan anbot. Doch Stadtbaumeister Hero Heiland und Architekt Sollwedel hatten die Sache im Griff und stets eine Antwort parat. Klar, dass bei den Fragestellungen die Straße "Nach dem Busch" einen großen Stellenwert einnahm. Hier will man ja den Fußgänger- und KfZ-Verkehr so koordinieren, dass eine optimale Verkehrslenkung erreicht wird. Man will den Verkehr so bremsen, dass kein Stau entsteht und auch die Fußgänger zu ihrem Recht kommen. Die von den Bürgern geäußerten Bedenken dass es an jener Stelle zu einem Verkehrschaos kommen könnte, räumte man seitens der Planer aus. BIK im BUND-Sprecher Manfred Guder war es, der der Stadt vorwarf, stets eine "Politik der Sachzwänge" zu betreiben. Geschickt beginne man jetzt an einer Stelle, wo man den geringsten Widerstand habe, betonte er. Habe man erst einmal dieses "Winkelchen" gebaut, so gäbe es mit den weiteren Teilstücken kein Aufhalten mehr, beschuldigte Guder die Stadt.

Als ziemlich hässlich bezeichnete ein weiterer Bürger die geplanten Häuser der Stadtmitte. Da die dortige Umgebung nur zwei- bis dreigeschossige Bauweise aufweise, solle man doch auch bei der künftigen Planung auf viergeschossige Bauten verzichten. Kleine Veränderungen, wie die unterschiedliche Höhe der Häuser, ein Versetzen der Bauten und eine Giebelveränderung wurden vorgeschlagen. Stadtbaumeister Heiland sagte es dann überdeutlich: "Wir haben ein architektonisches Gesamtkunstwerk." Architekt Sollwedel war es dann auch, der die Beantwortung eines Teils der Fragen übernahm. Doch bedauerlicherweise war der Fragesteller, der sich über die hässlichen Häuser mokiert hatte, schon gegangen.

Immer wieder drehte sich die Frage auch um Alternativpläne. Da war ein in Sachen Bundesbaugesetz engagierter junger Mann, der sich immer wieder auf die "Paragrafenreiterei" besann. Doch nach zweieinhalbstündiger Debatte, die teilweise auch Bereiche berührte, die nun wirklich wenig mit der künftigen Stadtmitte und dem Teilbebauungsplan zu tun hatten, versprach man seitens des Stadtbauamtes, alle Anregungen wohlwollend zu behandeln.

1.5.1983: Zum Thema "Umbau des Rettershofes" wird es im Stadtparlament sicher noch einige Diskussionen geben, vor allem, was den Um- und Anbau des "Schlösschens" zu einem Hotel betrifft. Hier ist die SPD nicht so recht mit den Planungen des Architekten Theodor Seifert einverstanden. Die Sozialdemokraten ließen sich an Ort und Stelle die Planungen erläutern. Das "Schlösschen" soll in ein Hotel mit Seminar-, Schulungs- und Konferenzräumen und Restaurant umfunktioniert werden. Als Bettentrakt hat Theodor Seifert ein rund 70 Meter langes, niedriges Gebäude als Anbau vor dem "Schlösschen" vorgesehen.

Dieser Bau soll nicht als "langer Schlauch", sondern in vier Teile unterteilt und diese etwas versetzt zueinander gebaut werden. Solange die Bäume belaubt sind, kann man den Neubau vor dem Schlösschen vom Gutshof aus noch nicht einmal sehen. Theodor Seifert hält einen derartig langen, schmalen Bau für weniger störend, als einen Bettentrakt in "Kompaktbauweise".

Eine Reihe von SPD-Parlamentariern war allerdings keineswegs von einem 70 Meter langen Neubau begeistert. Sie plädierten eher dafür, den Bau "doppelbündig" zu errichten. D.h., die Räume nicht alle nebeneinander, sondern sozusagen in einer "Zweierreihe" anzulegen. Dies würde den Bau verkürzen. Nach einem ausgearbeiteten Plan der Sozialdemokraten würde dieser Trakt auch nur 1,90 Meter höher werden, als jener des Architekten.

Nach einigem Hin und Her kam man zu dem Schluss: Ein Modell des Neubaus muss her. Anders könne sich der Laie den Neubau in Verbindung mit dem Schlösschen und der Umgebung nicht richtig vorstellen, meinten die SPDler. Allerdings kostet ein Modell auch einige tausend Mark. Doch die SPD-Fraktion hält den Neu- und Umbau, angesichts der Millionen, die dafür gebraucht werden, für eine zu wichtige Sache, als dass er auf dem Papier geplant werden sollte.

Lange Zeit war es unklar, ob die Oberstufe in der Pestalozzischule jemals selbständig, jemals Gymnasiale Oberstufe werden würde. Denn über Jahre hinweg war sie lediglich eine Außenstelle der Schwalbacher

Oberstufe und im Grunde keine "Kelkheimer" Schule. Inzwischen können die Kelkheimer diese Schule ihr eigen nennen. Die zweitgrößte Stadt des Kreises hat endlich eine eigene Gymnasiale Oberstufe (GOS). Als eigenständige Schule hat die GOS natürlich Anspruch auf einen eigenen Schulleiter und einen Stellvertreter. Diese beiden Stellen wurden nun auch besetzt. Der Schuldezernent des Kreises, Jürgen Nagel, überreichte im Namen des Hess. Kultusministers Studiendirektor Willi Frenz die Ernennungsurkunde zum Oberstudiendirektor und Leiter der GOS Kelkheim. Es hat sich also im Grunde nicht viel geändert, denn Willi Frenz ist seit rund fünf Jahren mit der Leitung dieser Schule beauftragt. Oberstudienrat Dietrich Horst Bergen, der Willi Frenz schon lange zur Seite steht, wurde nun auch offiziell zum Stellvertreter des Schulleiters ernannt und gleichzeitig zum Studiendirektor befördert. Lehrer, Elternbeirat, Schüler, der Magistrat, vertreten durch Ersten Stadtrat Klug und Jürgen Nagel - sie alle betonten, dass es Willi Frenz und Dietrich Horst Bergen zu verdanken sei, dass die Schule inzwischen von der Schwalbacher Oberschule abgekoppelt werden konnte und eine eigenständige Gymnasiale Oberstufe wurde.

Helle Aufregung herrscht zurzeit bei einigen Gartenbesitzern im Außenbereich, denn ihre Hütten sollen plötzlich abgerissen werden. Die SPD-Fraktion diskutierte mit Betroffenen und Fachleuten über die Abrissverfügung des Kreisbauamtes Höchst über die "Illegalen Hütten und Einfriedungen" im Außenbereich. Mit von der Partie waren Vertreter der betroffenen Behörden, angefangen von der Naturschutzbehörde des Kreises über den UVF bis hin zum Amt für Landwirtschaft und Landesentwicklung, die sich mit rund 50 verärgerten Gartenbesitzern und -pächtern auseinandersetzen mussten. Die Behördenvertreter mussten sich so manches bittere Wort und manche Fastbeleidigung anhören. Die Abrissverfügung war keineswegs auf Verständnis gestoßen.

Um was geht es hier konkret? Zurzeit arbeitet das Amt für Landwirtschaft und Landesentwicklung (es untersteht dem Hessischen Umweltminister) an einer "agrarstrukturellen Vorplanung", kurz AVP genannt. Dabei geht es auch um Dauerkleingärten, Freizeitgärten und den Obstanbau. "Wilde Gartensiedler" mit ihren illegalen Hütten und Einfriedungen sollen in diesem Plan keinen Platz haben. Denn wilde Gartenaussiedlungen hätten im Laufe der Jahre durchaus zur Landwirtschaftszerstörung beigetragen - erklärten die Vertreter der Fachbehörden.

Der AVP soll nun für eine sinnvolle Landschaftsplanung sorgen. Denn, "um es salopp zu sagen - mit der anarchischen Zersiedlung der Landschaft kommen wir nicht weiter", konstatierte der Vertreter des Amtes für Landwirtschaft und Landesentwicklung, H. Bornemann. "Es könne eben nicht angehen, dass - wer will - irgendwo in der Landschaft seinen Freizeitgarten anlegt, ohne auf die Umgebung Rücksicht zu nehmen." "Es macht uns bestimmt keinen Spaß, Hütten abzureißen", so die Erklärung der UVF-Vertreterin Viebig. Aber im MTK seien derzeit 3.000 illegale Hütten zu verzeichnen und die Tendenz sei weiter steigend. Diese Art der Zersiedlung könne nicht weiter geduldet werden. Dass nicht jeder, wie es ihm gerade gefällt, seinen Freizeitgarten in die Landschaft setzen könne - das wurde von den Bürgern, die zur Veranstaltung gekommen waren, ja eingesehen. Nicht aber diese plötzliche Abrissverfügung. Zumal zahlreiche Hütten schon seit 30, 50 Jahren bestehen. Also zu einer Zeit errichtet wurden, als es entsprechende Landschaftsgesetze noch gar nicht gab. Und außerdem wurde betont: "Wir pflegen ja die Landschaft." Außerdem mutete vielen Betroffenen die Abrissverfügung wie ein "Drohbrief" an, in dem mit einer Strafe in Höhe von 2.600 Mark gedroht wird, wenn die Hütten nicht beseitigt werden.

"Der Brief könnte aus der DDR kommen" - "der Briefschreiber hätte wenigstens höflich sein können" - so und ähnlich klangen die Beschwerden der empörten Betroffenen. Der Vertreter der Naturschutzbehörde des MTK, Kraus, musste manchen verbalen Angriff über sich ergehen lassen. Er hatte die Briefe geschrieben. Die Behördenvertreter rechtfertigten die Abrissverfügung damit, dass das Verwaltungsgericht Frankfurt inzwischen - per Gerichtsurteil - festgelegt habe, wie künftig gegen illegale Gartenhütten und ähnliches vorgegangen werden soll. Gegen alle, die ohne Baugenehmigung solche Hütten und Einfriedungen angelegt haben, müssen nun mit einer Abrissverfügung rechnen. Früher war man nur gegen einzelne störende Hütten vorgegangen. Ausnahmen - so stellten die Fachleute fest - seien lediglich die Hütten, die vor 1958 gebaut wurden, nicht größer als 15 qm sind, keine Feuerstelle und keinen Aufenthaltsraum haben. "Gegen die werden und können wir nichts unternehmen", erklärte Herr Kraus wörtlich.

Wenn die betroffenen Hütten- und Gartenbesitzer noch etwas retten wollen, müssen sie sich an die Stadt Kelkheim wenden, rieten die Behördenvertreter. Zwar schreibt der Gesetzgeber der Kreisbehörde vor, gegen illegale Hütten vorzugehen, doch überlässt der Gesetzgeber aber auch die Planungshoheit der jeweiligen Kommune. D.h., wenn die Stadt Kelkheim die Hütten zulässt in ihrem Bebauungsplan, dann kann der MTK nichts gegen die Hütten unternehmen. Diese Hütten und Einfriedungen müssen schließlich im FNP des UVF festgeschrieben werden.

Jetzt ist noch die Frage - so die Vertreter weiter - welche Hütten genehmigungsfähig, welche Gärten und Hütten mit der Landschaft vereinbar sind und welche nicht mehr akzeptabel sind. Um den sofortigen Abriss der Hütten zu verhindern, bleibe den Betroffenen nur der Instanzenweg bis der Bebauungsplan rechtskräftig sei.

Die Kelkheimer Straße in Fischbach wird in den kommenden Jahren zu einer Allee werden. Zwischen dem Ortseingang und dem Kreuzungsbereich der B 455 werden von den städtischen Gärtnern zur Zeit ca. 110 Bäume angepflanzt.

6.5.1983: Nach nur 12-monatiger Tätigkeit als Leiter der Polizeiinspektion West in Kelkheim wechselte Ende April Polizeihauptkommissar Horst Mitschke zum Präsidium nach Frankfurt a.M. Neuer Chef in Kelkheim wurde Hauptkommissar Georg Keppler.

6.5.1983: In der Stadtverordnetensitzung am 6.5. teilte der Erste Stadtrat Klug für den Magistrat u.a. mit, dass am gestrigen Tag die Verwaltung die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Verkehrszählung im Stadtgebiet durchgeführt hat. Die Zählung selbst wurde von 180 Zählern an 26 verschiedenen Punkten durchgeführt. Das Ergebnis wird nach der Auswertung bekannt gegeben. Hans-Jürgen Lutz, der seit der Kommunalwahl 1981 als UKW-Stadtverordneter im Parlament tätig ist, hat jetzt seinen Rücktritt erklärt. Dies gab Stadtverordnetenvorsteherin Alwine Bock zu Beginn der Sitzung bekannt. Hans-Jürgen Lutz, auf seinen Rücktritt angesprochen, verwies auf das Rotationsprinzip innerhalb der UKW. Schon beim Einzug in das Stadtparlament hatte die UKW ja erklärt, dass immer neue Leute mitreden würden. Lutz betonte ferner, dass er nach wie vor weiter in der UKW mitarbeiten werde. Aller Voraussicht nach werde Bodo Ulmer seinen Platz als Stadtverordneter und im Bau- und Planungsausschuss einnehmen.

Erster Stadtrat Klug händigte den wiedergewählten Stadtbrandinspektor Willi Hoppe und seinen Stellvertreter Hans Port die Ernennungsurkunden aus.

Dem Dringlichkeitsantrag der UKW-Fraktion betreffend Verbesserung der Situation der Asylbewerber in Kelkheim fand nicht die zur Aufnahme in die Tagesordnung erforderliche 2/3-Mehrheit, weil die Mehrheit der Stadtverordneten die Ansicht vertraten, dies sei nicht Sache der Stadt Kelkheim, sondern Sache des Kreises. Der Antrag wird als normaler Fraktionsantrag Nr. 104 behandelt.

Die Stadtverordneten nahmen von dem Bericht des Jahresabschlusses 1982 durch den Ersten Stadtrat Kenntnis. Einstimmig genehmigten die Stadtverordneten mehrere überplanmäßige Ausgaben und stimmten der Verlängerung eines Kredites zu.

Der bisherige Schiedsmann des Bezirkes Fischbach, Ludwig Angloher, wurde von den Stadtverordneten einstimmig für weitere 5 Jahre beginnend ab 6.5.1983 in seinem Amt bestätigt.

Die TSG Münster hatte unter dem 15.1.1983 beantragt, ihr den Parkplatz unterhalb des Hallen-Freibades für die Durchführung ihres 100-jährigen Jubiläums zur Verfügung zu stellen. Nach 45-minütiger, teilweise kontroverser Diskussion der Stadtverordneten um die Nutzung des Parkplatzes stand es fest: Der Antrag der TSG Münster wurde abgelehnt und es bleibt alles beim alten. Die TSG muss ihr Jubiläumsfest feiern, ohne dass eines oder mehrere Dressurvierecke des Reit- und Fahrvereins Kelkheim abgebaut werden. Da keiner der fünf eingebrachten Vorschläge eine Mehrheit fand, bleibt es nun alles so, wie es ist.

Die Stadtverordneten beschlossen einstimmig, beim UVF die Vergrößerung bzw. Änderung von landwirtschaftlichen Flächen des fortgeltenden FNP der Stadt Kelkheim in der Gemarkung Hornau: "Schlenkersgrund" und "Sauwasen", in der Gemarkung Münster: "In den Krautgärten", in der Gemarkung Fischbach: "Am Wolfsgraben", in Grünflächen für Kleingartenanlagen und außerdem in der Gemarkung Fischbach: "An der Röderser Hohl" in eine Grünfläche mit der Zweckbestimmung für Kleintierhaltung zu beantragen.

Die Bausatzung Nr. 21 für den Geltungsbereich der Bebauungspläne Nr. 24 "Industriegebiet II" und Nr. 36 "Hallwiel" wurde von den Stadtverordneten einstimmig beschlossen.

Außerdem beschlossen die Stadtverordneten einstimmig, im Zuge der Verlegung der B 455 in der Gemarkung Fischbach passive Lärmschutzmaßnahmen durchzuführen.

Die Versammlung beschloss aufgrund eines Eilantrages (Nr.103) der FWG-Fraktion, eine Bürgerversammlung zu den vorliegenden Bebauungsvorschlägen des Kirchplatzes Münster durchzuführen. Ferner beschloss die Versammlung aufgrund des Antrages (Nr. 41) und des Ergänzungsantrages hierzu von der SPD-Fraktion den Magistrat zu beauftragen, schnellstmöglich sowohl einen Zeit- wie Gestaltungsplan für Umbau bzw. Renovierung des Alten Rathauses Münster sowie des Kirchplatzes zu erarbeiten und vorzulegen. Bei der Gestaltung des Platzes ist sicherzustellen, dass die traditionellen Feste wie Kerb und Dallesfest durchgeführt werden können. Der Magistrat wird beauftragt, für den Bebauungsplan Nr. 50 für das Gebiet Kirchplatz Münster einen Änderungsvorschlag vorzulegen. Die Änderung soll eine Gestaltung und Bebauung des Platzes ermöglichen. Der vom Fachausschuss vorgeschlagenen Beschlussempfehlung zum Antrag (Nr. 73) der UKW-Fraktion betreffend Verkehrsverbindung nach Eppstein, wurde mit 40 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Der vom HFA - Ausschuss vorgeschlagenen Beschlussempfehlung zum Antrag (Nr. 85) der CDU-Fraktion betreffend Änderung der Satzung über die öffentliche Müllabfuhr im Hinblick auf die Verlängerung der Benutzung der 50-Liter-Gefäße bis zum 31.12.1986 stimmte man mit 40 Stimmen bei 1 Enthaltung zu. Der vom Fachausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung zum Antrag (Nr. 86) der SPD-Fraktion betreffend Rundwanderwegeplan, stimmten die Stadtverordneten einstimmig zu.

Der vom Fachausschuss vorgeschlagenen Beschlussempfehlung zum Antrag (Nr. 90) der CDU-Fraktion betreffend Aufstellung einer Gestaltungssatzung nach § 118 HBO (Ortsmitte Fischbach), stimmten die Stadtverordneten mit 38 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu. Dem Zusatzantrag der UKW-Fraktion stimmten die Stadtverordneten ebenfalls mit 33 gegen 1 Stimme bei 7 Enthaltungen zu. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

Bebauungsplan Nr. 35 (Ortsmitte Fischbach). Bereits im Jahre 1978 war für ein Teilgebiet ein Aufstellungsbeschluss gefasst worden. Schon damals setzten Überlegungen ein, das Plangebiet umfassender zu gestalten. Vor weiteren Beschlüssen sollte aber erst der Ausbau der neuen B 455 abgewartet werden. Fragen der Verkehrsführung standen bei den Ausschussberatungen im Mittelpunkt der Überlegungen zur Planung der Ortsmitte Fischbach. Nachdem die B 455 im letzten Jahr dem Verkehr übergeben wurde, fehlt nach wie vor als wichtigste Maßnahme für eine Veränderung der Verkehrslage die weitergeführte B 8. Deshalb besteht praktisch Einigkeit zwischen allen Fraktionen, dass vor weitergehenden Überlegungen zu Straßenbauten in Fischbach zunächst abgewartet werden muss, bis die Entlastung durch die angestrebte überörtliche Umgehung eintritt. Unter diesen Umständen hat sich keine Fraktion für eine Ersatzstraße am östlichen Ortsrand ausgesprochen, wie sie noch 1978 im Gespräch war, um die stark befahrene Langstraße zu entlasten. Diese Durchgangsstraße ist als Landesstraße eingestuft. Vor fünf Jahren gab es erstmals die Vorstellung, die Langstraße dadurch zu beruhigen, dass östlich der Ortskernbebauung eine Straße geführt würde, die im unteren Bereich parallel zur neuen B 455 am Fuße von deren Böschung laufen sollte. Diese Überlegungen standen nun nicht mehr in gleicher Form zur Debatte.

Die Fraktionen sind sich aber darüber einig, dass die Gesamtschule durch eine Straße abgeschlossen werden muss. Falls die Staufenschule nicht über die Straße Am grünen Baum an die Langstraße angebunden wird oder eine unmittelbare Verbindung zum Haingraben bekommt, was beides vermutlich wegen der Enge nicht genügend Straßenbreite für die Schulbusse schaffen würde, muss gleichwohl mehr als die Hälfte der 1978 vorgesehenen Straße gebaut werden, um die Anbindung der Schule sicherzustellen.

Der Bebauungsplan Nr. 35 "Ortsmitte Fischbach" soll nicht nur Verkehrsfragen lösen. Der Plan ist von den Stadtverordneten zur Aufstellung beschlossen worden, um den dörflichen Charakter des Stadtteils Fischbach in seinen typischen Elementen bewahren zu helfen.

Nach langjährigen Vorgesprächen mit den Fachbehörden zeichnet sich jetzt ab, dass im Stadtteil Fischbach ein Farmgelände für den Kleintierzuchtverein "Fischbachtal" ausgewiesen werden kann. Das ins Auge gefasste Gelände von knapp einem Hektar Fläche liegt in der Röderser Hohl hinter dem Friedhof an der Wegegabel. Der erste Versuch, dem Verein ein geeignetes Gelände zuzuweisen, liegt schon einige Jahre zurück.

Neben einigen anderen Vorschlägen ging es seitdem stets um die jetzt ins Auge gefasste Ausweisung. Im letzten Jahr wurde schließlich bei einem gemeinsamen Gespräch aller beteiligten Fachbehörden Einigkeit darüber erzielt, dass in der Röderser Hohl der beste Standort für die Farmanlage des Kleintierzuchtvereins wäre.

Allerdings wurde zur Bedingung gemacht, dass schon bei der Planung landschaftspflegerische Maßnahmen festgelegt werden müssten. Der UVF hat das Verfahren schon in den Entwurf des FNP aufgenommen. Problematisch ist die Nachbarschaft zweier Wassergewinnungsanlagen. Die Stadt empfiehlt in ihrem Antrag, die Kleintierzuchtanlage so zwischen die beiden Brunnen zu legen, dass der Grundwasserschutz gewährleistet bleibt.

Von der Planfläche, die insgesamt mehr als 9.700 qm umfasst, wird für die eigentliche Anlage nur eine Fläche von rund 5.500 qm gebraucht. An den Rändern bleibt also genügend Gelände, um den Übergang zur freien Landschaft, insbesondere zur Talau des Fischbachs, im Sinne der Landschaftspflege zu gestalten. Landschaftsschutz spielt bei den Überlegungen der Fachbehörden die übergeordnete Rolle, um die Schönheit des Tales nicht zu beeinträchtigen und störende Einflüsse fernzuhalten. Die Ansiedlung des Kleintierzuchtvereins muss sich dieser Forderung unterordnen.

In dem Bebauungsplan, der im Anschluss an die Änderung des Flächennutzungsplanes aufgestellt werden muss, soll ein landschaftspflegerischer Begleitplan gemäß dem Hess. Naturschutzgesetz aufgenommen werden. Die Stadt wird durch ihre Gremien schon jetzt die Absicht festlegen, beim Fortschreiten der Bauleitplanung einen solchen landschaftsbezogenen Bebauungsplan in der Röderser Hohl aufzustellen.

Schon seit vier Jahren kämpft die Interessengemeinschaft Gagernring und angrenzende Gebiete um die Verbesserung der Verkehrssicherheit am Gagernring. Da wurde auch erst vor kurzem ein Gespräch mit den im Stadtparlament vertretenen Fraktionen geführt. Doch nach Meinung der Interessengemeinschaft sei jener offene Brief, den man nun an die Parlamentarier geschrieben habe, nötig gewesen, da die CDU-Fraktion die ganze Angelegenheit bagatellisiert habe. So wies man in diesem Schreiben erneut auf die Verkehrssicherheit auf den Gagernring hin.

Anlass, so die Interessengemeinschaft, seien die beiden Straßenplanalternativen gewesen, die das beauftragte Verkehrsplanungsbüro zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erarbeitet habe. Ferner wird in diesem Schreiben auf die Gespräche mit den Fraktionen der FDP, FWG, SPD und UKW hingewiesen. Sie hätten eine vollkommene Übereinstimmung mit der Interessengemeinschaft hinsichtlich der Beurteilung der unzureichenden Verkehrssicherheit gezeigt. Weiterhin sei man sich einig gewesen, dass nur auf der Grundlage dieser Pläne, die im öffentlichen Interesse notwendige Sicherheit hergestellt werden könne. Damit hätten sich die Fraktionen erneut zu der, vor zwei Jahren in Gesprächen mit der Interessengemeinschaft, erfolgten Beurteilung bekannt.

Wolfgang Philipp, Vertreter der Interessengemeinschaft, zeigte sich nun sehr verwundert, dass die CDU, die damals die gleiche Auffassung vertreten habe, nun anders entscheiden wolle. Erhard Roser, Fraktionschef der CDU habe mitgeteilt, dass am Gagernring kein Sicherheitsrisiko bestehe und unzulässige Geschwindigkeitsüberschreitungen und Überholvorgänge nicht stattfinden würden. Demzufolge lehne die CDU beide Straßenplanalternativen des Planungsbüros ab. Man soll untersuchen, ob die zwei vorhandenen Ampelanlagen nicht so zu schalten seien, dass bei Geschwindigkeiten von 30/40/50 Stundenkilometern eine grüne Welle entstehe.

Damit, so die Interessengemeinschaft, würden von der CDU die vorhandenen Fakten, die Geschwindigkeitsübertretungen und unzulässige Überholvorgänge verneint, die fachtechnisch kompetente Planung eines Verkehrsingenieurs abgelehnt und Maßnahmen vorgeschlagen, die im Widerspruch zum Untersuchungsergebnis der Verkehrssicherheitskommission des Hess. Ministers für Wirtschaft und Technik stünden.

Jene Kommission habe festgestellt, dass der großzügige Ausbau und die sehr gute Übersicht der Kreuzung dazu führen, dass sehr schnell gefahren und häufig überholt werde. "Es müssen Maßnahmen zur Minderung der Fahrgeschwindigkeiten gefunden werden." Auch habe die Kommission festgestellt, dass der Vorschlag der Interessengemeinschaft, einen Mittelstreifen einzubauen - grundsätzlich positiv bewertet werde. Der Innenminister dazu: "Es kann jedoch kein Zweifel bestehen, dass eine durchgreifende und dauerhafte Verkehrsberuhigung nur durch einschlägige bauliche Maßnahmen erreicht werden kann." Auch habe Kelkheims Bürgermeister in der Sitzung des Verkehrsausschusses betont, dass der Trend eindeutig gegen Signalanlagen gehe und man nicht zu sehr der Technik vertrauen solle.

15.5.1983: Heute feiert der Kirchenchor von St. Franziskus Kelkheim sein 75-jähriges Bestehen. 41 Männer waren es, die im Jahre 1908 den Chor gründeten. Erst 1913 wurden auch Frauen in die Chorgemeinschaft aufgenommen. Während des 1. Weltkrieges erfolgte eine Unterbrechung der Aktivitäten des Chores. 1919 fand man sich wieder zu regelmäßigen Übungsstunden zusammen. Auch der 2. Weltkrieg brachte eine zwangsläufige Pause. 1946 ging es mit dem damaligen Pfarrer Pater Flavian aufwärts. Der Chor hatte 1948, wenn auch nur für kurze Zeit, die Mitgliederzahl von 100 erreicht. Das 40-jährige Bestehen wurde 1948 in bescheidenen Rahmen gefeiert. Beim Bezirkssingen am Nachmittag des Jubiläumstages mit 12 Chören, sang der Chor von St. Franziskus unter der Leitung von Paul Schiedeck mit 90 Aktiven. In den folgenden Jahren ging die Mitgliederzahl stark zurück. So waren es im Juni 1958 zum 50-jährigen, nur noch 60 Sangesfreunde. Von Mai bis Juni 1982 unternahm der Chor seine erste Auslandsreise. Sie führte auf Einladung des Orpheus-Chores aus High Wycombe nach England.

Beim Festgottesdienst in der Klosterkirche gab es u.a. die Krönungsmesse von Mozart, die Motette "Lobet den Herrn aller Heiden" von Bach sowie das Halleluja von Händel zu hören. Es spielte das Kelkheimer Kammerorchester. Die Gesamtleitung hatte C. Schindling. Darüber hinaus ist der Chor durch seine vielen Konzerte unter Clemens Schindling bekannt. Er wirkte u.a. auch bei Gottesdiensten, Direktübertragungen des Hessischen- und Deutschlandfunks mit. Das Repertoire umfasst außer kirchlichen Chorälen und klassischen Stücken auch Volkslieder.

Die Festansprache hielt Pfarrer Dr. Werner Brünling aus Frankfurt. Der Kirchenchor St. Franziskus will heute über seine kirchliche Aufgabe bei der Liturgie mitzuwirken hinaus, im Rahmen der Kulturarbeit der Stadt seinen ihm möglichen und auch anerkannten Beitrag leisten. So ist der Chor St. Franziskus auch über die Grenzen Kelkheims hinaus bekannt.

Bürgermeister Dr. Stephan wurde in diesem Jahr mit dem "Dicken Hund" ausgezeichnet. Diese von den Freien Wählern (FWG) verliehene "Ehrung" wurde dem Bürgermeister zuteil, weil er mit seiner Wiederwahl die "Begriffe von Legalität und Legitimität gegenüber den Bürgern der Stadt" verdeutlicht habe. Mit dem "Dicken Hund" bedenkt die FWG alljährlich kuriose kommunalpolitische Entscheidungen. Im vergangenen Jahr wurde der CDU-Fraktion Urkunde und Plakette verliehen, weil sie einer Abwassersatzung im Parlament zustimmte, deren einzelne Paragraphen sie nach eigenem Bekunden selbst nicht verstanden hatte.

21.5.1983: Über Pfingsten feierte der Stadtteil Ruppertshain sein "Wäldchesfest". Organisiert wurde die viertägige Veranstaltung von der Sängervereinigung Alemania Concordia Ruppertshain.

28.5. bis 13.6.1983: (100 Jahre TSG Münster). 14 Tage, angefüllt mit einem großartigen sportlichen und gesellschaftlichen Programm, beging die TSG Münster ihr 100-jähriges Bestehen. Auftakt der Festveranstaltungen des einhundertsten Geburtstages der Turn- und Sportgemeinde Münster war die akademische Feier in der Turnhalle der TSG. Nachdem der Dirigent des Kelkheimer Kammerorchesters, Heinz Krämer, den Taktstock nach Haydn's Overtüre in D-dur sinken ließ, begrüßte der Vorsitzende der TSG Heinrich Kilp die Festversammlung, darunter viele Repräsentanten des öffentlichen Lebens, der städtischen Gremien, die Vorstände der Kelkheimer Vereine und die Mitglieder. Festredner war Dr. Rudolf Frank (Direktor der Hoechst AG) aus der Johann-Strauß-Straße, der als Schirmherr der Festveranstaltungen über das Thema "Sport und Wirtschaft" einen interessanten Vortrag über die Sportförderung der Hoechst AG hielt.

Der Festabend war auch Anlass für die Ehrungen von langjährigen Mitgliedern. Zuerst aber war der Verein selbst Mittelpunkt von Ehrungen. Kreisbeigeordneter Jürgen Nagel überreichte dem Verein die "Silberne Ehrenplakette" des Hess. Ministerpräsidenten Holger Börner, der Vorsitzende des Sportkreises des MTK. Lothar Gabriel, überreichte eine "Jubiläumsp plakette" des Landessportbundes Hessen und der Vizepräsident des DTB und Vorsitzende des Hessischen LSB Schindling verlieh die Plakette "100 Jahre Turnen" des DTB an die TSG Münster.

Die meiste Verehrung und der Dank der Mitglieder gehörte zweifellos dem Vorsitzenden der TSG, Heinrich Kilp, der sein Amt schon seit 25 Jahren zum Wohle des Vereins ausübt. Ihm heftete Schriftführer Kurt Sachs die Goldene Vereinsnadel mit Brillanten an den Rockaufschlag, die einzige, die bisher im Verein verliehen wurde.

Anschließend ehrte Heinrich Kilp langjährige Mitglieder mit Vereinsnadeln und Urkunden. Seit 65 Jahren ist Peter Mohr im Verein. Über 30 Jahre Mitglied sind die Damen Martel Schindelbeck (Übungsleiterin der Turndamen) und Karin Gemmer (Elferratspräsidentin der Karneval-Damen). Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurden geehrt: Josef Gehring und Walter Krug (Radsport), Jakob Hornbacher (Vorsitzender des Spielmanns- und Fanfarenzuges, Handball), Josef Kilp (Turnen und Handball), Paul Koch (Karneval), Sebastian Mohr (Turnen), Kurt Sachs (Vorstandsmitglied), Hans Zimmermann (Turnen und Leichtathletik), Georg Christmann (Turnen und Handball), Horst Ferber (Spielmanns- und Fanfarenzug), Manfred Wurst (Turnhallenwirt) und Gerhard Claßen. Für turnerische Leistungen wurden Georg Christmann und Jakob Hornbacher außerdem noch mit dem Gau-Ehrenbrief ausgezeichnet.

3.6.1983: In der Stadtverordnetensitzung am 3.6. konnte die UKW-Fraktion noch keinen Nachfolger für den zurückgetretenen Stv. Lutz bestimmen.

Für den Magistrat teilte der Bürgermeister u.a. mit, dass der Schwarzbachverband plane, für den Rettershof eine Teichkläranlage zu bauen. Die Kläranlage in Ruppertshain, die mit rund 5 Mio. DM erbaut wurde, wird am 14.6. offiziell eingeweiht.

Die Stadtverordneten genehmigten einstimmig außerplanmäßige Ausgaben (Rj. 1983) für folgende Vorhaben:

- Erneuerung der Fahrbahndecke im unteren Teilstück der Straße "Am Rosenwald",
- Anschaffung eines Rüstwagens (RW 1) für die Wehr K.-Mitte,
- Ausbau des Bahnhofsplatzes K.-Mitte.

Einstimmig wurden auch neue Zinsvereinbarungen für Kommunaldarlehen zugestimmt.

Der Wasserlieferungsvertrag zwischen der Stadt Kelkheim und der Gemeinde Liederbach wurde einstimmig aufgelöst.

Dem Änderungsvertrag über die Erschließung und Bebauung des Grundstücks Taunusstraße 7 wurde mit 34 gegen 4 Stimmen zugestimmt.

Der Bebauungsplanentwurf Nr. 118 Teilbereich "Stadtmitte Süd" wurde mit 31 gegen 10 Stimmen zur Offenlegung beschlossen. Breiten Raum nahm die Diskussion um diesen TOP in der Sitzung ein. Da war der Stv. Hans-Eberhard Schnabel (FWG), der bezweifelte, Ausführungen von damals heute noch Gültigkeit hätten. So sprach er sich dafür aus, dass man sich bei der Stadtmitte bei der Belegung des Erdgeschosses nicht unbedingt auf Läden festlegen solle. Er plädierte für eine Auflockerung und mehr Abwechslung bei der Bebauung der gesamten Stadtmitte. Man sollte von Fall zu Fall nachdenken, ob man generell Arkaden wolle. Stv. Schnabel: "Der Bebauungsplan sollte noch einmal überdacht werden."

Bgm. Dr. Stephan zu den Ausführungen Schnabels: "Die Fassadengestaltung ist nicht Gegenstand des Bebauungsplans." Sicher könnten die Stadtverordneten Bezug nehmend auf die Gestaltung noch Vorgaben machen und bestimmt gebe es hier noch "offene Punkte", meinte Dr. Stephan, aber jene hätten mit dem jetzigen Bebauungsplanentwurf nichts zu tun.

Stv. Erhard Roser, CDU-Fraktionsvorsitzender, verlieh seiner Freude Ausdruck, dass nach zehn Jahren die Möglichkeit bestehe, ein Gelände von zwei- bis zweieinhalb Hektar, einen preisgekrönten Entwurf und einen Strukturplan vorzuweisen, um somit den Anfang für eine neue Stadtmitte zu machen. Roser betonte auch, dass der Planungs- und Bauausschuss künftig jede Menge Arbeit habe, wenn er sich mit der

Gestaltung der neuen Stadtmitte befassen werde. Sicher werde man später auch eine Gestaltungssatzung ausarbeiten und verabschieden.

Stv. Hans Krützfeld (FDP) verwies darauf, dass wohl noch kein Bebauungsplanentwurf soviel Interesse geweckt habe, wie dieser, und dies sei gut so.

Einig waren sich die Stadtverordneten, als es um Ausbaumaßnahmen im Bereich des Bahnhofs K.-Mitte ging. Einstimmig sprachen sie sich für den Beschlussvorschlag der zuständigen Ausschüsse aus, der den Ausbau des Bahnhofsplatzes im Bereich zwischen Bahn- und Friedrichstraße nach der Planvorlage eines Ing.-Büros für rund 320.000 Mark vorsieht. Stv. Heinrich Lenzmann (CDU) begrüßte es, dass Dank der guten Haushaltsführung wieder ein Schandfleck in Kelkheim beseitigt werde. Auch befürwortete er, dass man einige neue Parkplätze schaffen wolle.

"Schön, dass der alte Bahnhof erhalten bleibt", meinte Stv. Albrecht Kündiger (UKW). Doch er befürchtete, dass es im besagten Bereich künftig arg eng werden könnte. Da sich die FWG dem Thema verschrieben habe, Kelkheim als eine liebenswerte Kleinstadt zu erhalten, könne man seitens der FWG dieses Vorhaben nur begrüßen, betonte Stv. Schnabel. Froh über die jetzige Lösung zeigte sich auch Stv. Horst Remmeke (SPD).

Gespräche im Magistrat und im Verkehrsausschuss hätten ergeben, an der einen oder anderen Stelle Ampelanlagen abzubauen, erklärte Bgm. Dr. Stephan. In diesem Zusammenhang verwies er auf die schwierige Diskussion B 519/Langstraße. Hier habe man eine Entscheidung getroffen, dass die Leichtigkeit des durchfließenden Verkehrs Vorrang habe.

Der Geschäftsordnungsantrag der UKW-Fraktion, den UKW-Antrag "Sommerfahrplan 1983" als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu setzen, wurde mit 19 gegen 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Zu dem Antrag (Nr. 89) der SPD-Fraktion betreffend Transport und Lagerung von ABC-Waffen wurde mit 18 gegen 14 Stimmen bei 6 Enthaltungen "Nichtbefassung" (nicht zuständig) beschlossen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung stand die Verabschiedung des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers Hans Krützfeld (FDP) auf dem Papier. Hans Krützfeld, ein Mann, den seine Menschlichkeit besonders auszeichnet, nahm heute Abschied vom Parlamentsleben. Sichtlich gerührt nahm er die Präsente und Blumen von Vorsteherin Alwine Bock, CDU-Fraktionschef Erhard Roser, Willi Poths (FDP), FWG-Fraktionschef Karlheinz Moormann, SPD-Fraktionschef Horst Ackermann und UKW-Sprecher Albrecht Kündiger entgegen und hörte ihren Reden aufmerksam zu.

Übereinstimmend wurde Hans Krützfeld als ein ausgleichender, beruhigend wirkender und viel geschätzter Kollege bezeichnet. Auch die stets angenehme und vor allen Dingen ehrliche Zusammenarbeit habe man an ihm, der nun nach 14-jähriger Parlamentsarbeit ausscheidet, sehr geschätzt, betonte Erhard Roser. "Er war bei der FDP als erster Mann stets unumstritten", sagte Willi Poths. "Auch wenn wir oft mit Worten die Klinge gekreuzt haben, so hat es Ihnen nie an Bereitschaft zum Zuhören gefehlt", betonte Stv. Moormann. Er habe stets andere Argumente gelten lassen und nie sei ein böses Wort über seine Lippen gekommen, so Horst Ackermann. Auch Albrecht Kündiger war von der stets sachlichen Zusammenarbeit mit Hans Krützfeld angetan. Der Mann, der dem Stadtparlament nun den Rücken kehrt, gab den Parlamentariern noch einen letzten Rat: "Sie sollten versuchen, mit weniger Rechthaberei, Arroganz und Ironie aufzutreten."

Der Bebauungsplan Frankenwald ist in seinem räumlichen Geltungsbereich erweitert worden. Das ehemalige Werksgelände der Firma Dichmann, soweit es nicht betrieblichen Zwecken dient, soll in den Bebauungsplan "Frankenwald" einbezogen werden. Damit wird sichergestellt, daß eine einheitliche planerische Konzeption für ein zusammenhängendes Wohngebiet gefunden werden kann, beginnend von der Stadtmitte her über das ehemalige Werksgelände bis zur vorgesehenen Wohnbebauung südlich des Klosters.

Beim Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist offen geblieben, ob daraus endgültig ein einziges Plangebiet werden soll oder ob die Planung in mehrere Teilgebiete zerlegt werden soll. Unabhängig davon kann jedenfalls das Gesamtbild einheitlich gestaltet werden. Die Erweiterung des Bebauungsplanes "Frankenwald" ist in der Stadtverordnetenversammlung mit breiter Mehrheit bei fünf Gegenstimmen beschlossen worden.

6.6.1983: Ein Herzstück des Stadtteils Fischbach existiert nicht mehr. Das Roteldishaus wurde nach 23 Jahren segensreicher Pflege alter Menschen geschlossen. Dies war der Tenor beim Abschied der drei Ordensschwwestern Elodia, Margaretha und Egberta, die das von ihnen betreute Altenheim "Roteldishaus" aufgeben mussten. Die Leitung des Ordens der "Dienerinnen des heiligsten Herzen Jesu" hatte seine drei Ordensfrauen aus Alters- bzw. Gesundheitsgründen zurückgerufen. Ersatz kann wegen Nachwuchsmangel nicht gestellt werden. Während eines Abschiedsgottesdienstes, den der Kirchenchor der Pfarrgemeinde St. Dreifaltigkeit feierlich umrahmte, wies Pfarrer Bertram Rohr auf das segensreiche Wirken der Ordensschwwestern in Fischbach hin.

Im Oktober 1960 konnte nach mehreren Grundstücksüberschreibungen das von der Kirchengemeinde erbaute Roteldishaus eingeweiht werden. 382.500 Mark kostete der Bau damals. Die Summe finanzierten

das bischöfliche Ordinariat und die Pfarrei zu gleichen Teilen. Die Gemeinde verlegte kostenlos die Trinkwasserleitung im Wert von 1.600 Mark.

Das Roteldishaus beherbergte Altenheim, ambulante Krankenpflegestation und einen Kindergarten. In den vier Zimmern des Seniorenwohntraktes mit sieben Betten wurden im Laufe der Jahre 38 alte Menschen, meist Sozialhilfeempfänger, bis zu ihrem Tode betreut. Die Ältesten erreichten 92, 99 und gar mehr als 100 Jahre. Stattlich sind die Zahlen der 23 Jahre währenden Krankenpflege. So wurden 62.000 Hausbesuche und 75.000 verschiedene Hilfeleistungen gewährt. 2.400 Kranke betreuten die Schwestern zu Hause wochenlang, bis zu einem Jahr und länger. Mehr als 3.000 Patienten kamen in die Ambulanz des Roteldishauses, so dass auch hier noch einmal 22.000 Hilfeleistungen zusammenkamen.

Von Anfang an dabei war die in der Krankenpflege tätige Schwester Margaretha; sie wird auch in Zukunft vom Kloster Kelkheim aus die Krankenpflege in Fischbach, wenn auch etwas eingeschränkt, wahrnehmen können. Schwester Elodia, die seit 1965 im Roteldishaus Fischbach ist und 1975 Oberin wurde, geht nach Lorchhausen. Schwester Egberta, seit 1974 als Hausschwester in Fischbach, wird wegen ihrer angegriffenen Gesundheit in ein Krankenhaus in Bad Hersfeld aufsuchen.

Zum Abschied überreichten Vertreter der Kirche, von Vereinen und Organisationen während eines Empfanges im Pfarrzentrum den Schwestern Geschenke. Pfarrer Rohr hatte für jede eine großformatige Fotografie des Kircheninnenraumes. Er dankte auch als Vorsitzender der Fischbacher Ökumene. Dr. Jury, der stellvertretende Vorsitzende des Pfarrgemeinde- und des Verwaltungsrates, stellte fest: "Erst wenn man etwas verliert, weiß man den Verlust zu schätzen." Dank und Anerkennung für das segensreiche stille Wirken gebühre den Schwestern. Als ein trauriges Kapitel der heutigen Zeit nannte er den Grund des Weggehens. Fischbach sei ohne das unaufdringliche, bescheidene Dasein der Ordensschwester ein Stück ärmer geworden.

Stadtrat Ludwig Ditsch, für den Magistrat der Stadt, bedauerte ebenfalls die Schließung des Hauses, fragte aber gleichzeitig, ob die Kirche tatsächlich personell und finanziell nicht in der Lage gewesen sei, das Haus weiterhin offen zu halten, denn Seelenbetreuung, wie sie im Roteldishaus praktiziert worden sei, könne auch heute noch nicht in dem modernsten Altersheim geboten werden. Mit zu denen, die sich mit Präsenten und Worten des Dankes verabschiedeten, gehörten auch die Chorvereinigung Fischbach, die Seniorengruppe, die katholische Frauengemeinschaft, der Taunusklub, das DRK-Kelkheim, der Malteser Hilfsdienst Fischbach und die Kindergartenabteilung.

Das Altenheim und die Schwesternwohnungen des Roteldishauses stehen leer. Die bisher dort lebenden Senioren konnten sämtlich im St. Viktor-Altenheim im Kloster untergebracht werden. Über die Weiterverwendung des Gebäudes besteht noch keine Klarheit. Eventuell wird ein städtischer Kindergarten neu eingerichtet oder die Räume werden zu Wohnungen für Bedienstete der Kirchengemeinde umgebaut.

Mit einem kürzlich eingegangenen Schreiben ist das Hess. Straßenbauamt Wiesbaden auf die seit Jahren von der Stadt Kelkheim vorgetragene Forderung eingegangen und hat sich bereit erklärt, in Kürze den Knotenpunkt der B 8 und B 519 am Ende der B 8 - Neubaustrecke zu vermessen und anschließend umzubauen. Nach dem Umbau wird es möglich sein, aus Richtung MTZ kommend die B 519 zu unterqueren und direkt zum Gagernring zu gelangen. Damit wird die jetzige Einmündung der B 8 auf die B 519 wesentlich entlastet. Dort wird nur noch der rechts abbiegende Verkehr nach Königstein bleiben. Der gefährliche, links abbiegende Verkehr in Richtung Kelkheim entfällt, weil diese Fahrzeuge die B 519 unterqueren und dann an die ampelgesicherte Kreuzung mit dem Gagernring gelangen.

Die Verbesserung des Knotenpunktes bringt nicht nur für die Verkehrsteilnehmer aus Kelkheim, sondern auch für den Verkehrsstrom von und zum Taunus spürbare Minderung der bisherigen Gefahren. Die Stadt sieht jetzt eine Forderung erfüllt, die sie seit Jahren den Verkehrsbehörden immer wieder vorgetragen hat.

10.6.1983: Oberamtsrat Hans-Dieter Schirmmacher, Leiter der Kämmereiverwaltung, wechselt seinen Arbeitsplatz. Ohne Gegenstimme wurde er jetzt von der Eppsteiner Stadtverordnetenversammlung zum Ersten Stadtrat der Stadt Eppstein gewählt. Am 1. August wird Hans-Dieter Schirmmacher, für sechs Jahre gewählt, seinen neuen Dienst antreten.

12.6.1983: Die Straße entlang des Bahnhofs K.-Mitte zwischen der Bahnstraße und Friedrichstraße ist seit Jahren in sehr schlechtem Zustand. Sie konnte nicht ausgebaut werden, weil sich das Gelände im Eigentum der Kleinbahn befand, die es der Stadt nicht überlassen wollte, solange nicht geklärt war, wie der Bahnhof-Mitte endgültig aussehen sollte. Jahrelang war vorgesehen, ein neues Bahnhofsgebäude an der westlichen Seite der Geleise zu errichten, etwa in Höhe des jetzigen Parkplatzes an der Altkönigstraße. Für die Fußgänger sollte eine Unterführung gebaut werden. Der Plan für einen Neubau des Bahnhofsgebäudes und der Unterführung wurde im letzten Jahr von der Königsteiner Kleinbahn aufgegeben.

Anschließend konnte über die Verlegung des Omnibusbahnhofs von der Westseite des Bahnhofs an der Altkönigstraße zum Bahnhofsplatz hin verhandelt werden. Die Gespräche sind inzwischen so weit vorangekommen, dass die Kleinbahn sich bereit erklärt, das Gelände des Bahnhofsplatzes zwischen Bahnstraße und Friedrichstraße kostenfrei der Stadt zu überlassen, wenn sich die Stadt zum Ausbau der

Straße und des Platzes, einiger Taxenstände und des Omnibusbahnhofs bereitfindet. Die Gesamtkosten dafür sind mit 320.000 Mark errechnet worden.

Nach Beratungen im Magistrat und im Haupt und Finanzausschuss hat die Stadtverordnetenversammlung am 3. Juni einstimmig den Ausbauplänen einstimmig zugestimmt. Der HH-Überschuss aus dem Vorjahr ermöglicht die Entnahme der Mittel aus der Rücklage. Die Arbeiten sollen kurzfristig nach vorliegen des Ausschreibungsergebnisses vorgenommen werden. Im Ausbauplan ist der endgültige Ausbau der jetzt vorhandenen Parkplätze vor dem Geschäftshaus enthalten. Weitere Parkplätze entlang der Bahngleise und auf dem unbebauten Eckgrundstück sollen erst dann ausgebaut werden, wenn zuvor geprüft ist, ob es Möglichkeiten für Zuschüsse aus dem Programm für Park- and- Ride- Plätze gibt. Auch soll erst noch geklärt werden, ob das Eckgrundstück auf lange Sicht wieder bebaut oder freigehalten werden soll. Mit dem Ausbau des Bahnhofsvorplatzes wird sich ein besseres Gesamtbild rings um den Bahnhof K.-Mitte ergeben, der seit vielen Jahren ein städtebauliches Sorgenkind der städtischen Gremien ist. Das Umsteigen von der Bahn in den Bus wird künftig wesentlich erleichtert, wenn der Weg über den Bahnübergang wegfällt. Auch bekommen die Taxen einen ordentlichen Standplatz unmittelbar am Bahnhof.

Mit einem Schreiben wandte sich jetzt die Interessengemeinschaft Gagernring und angrenzende Gebiete an Bürgermeister Dr. Stephan, in diesem Fall als Chef der Ortspolizei und Straßenverkehrsbehörde. Anlass ihres Briefes - ein ihrer Meinung nach symptomatischer Unfall (überhöhte Geschwindigkeit) für die Gefahrensituation am Gagernring. Erneut wiesen die Interessenvertreter darauf hin, dass der Gagernring aufgrund seines breiten Ausmaßes, besonders im letzten Teilstück, nicht als Ortsstraße, sondern als Schnellstraße zur und von der B 8 von den meisten Autofahrern angenommen werde. Auch würden sich 50 Stundenkilometer auf einer Strecke mit 12 Prozent Gefälle zur Rotebergstraße nur durch permanentes Bremsen erreichen lassen.

In dem Schreiben wurde Bgm. Dr. Stephan, als Verantwortlicher der Ortspolizeibehörde, aufgefordert, diese Gefahrenquelle, wie sie die Interessenvertreter sehen, so rasch wie möglich zu beseitigen. Die Briefschreiber fordern, dass der Fischer-Plan, Variante 2 (Schaffung von bepflanzten Verkehrsinseln), kurzfristig durchgeführt werde. Soweit die Meinung der Interessengemeinschaft Gagernring.

Nach Angaben von Bgm. Dr. Stephan und Ordnungsamtsleiter Günther Uebelacker sei besagter Unfall nicht durch eine Geschwindigkeitsübertretung des Autofahrers verursacht worden. Stattdessen habe, so auch die Polizeiauskunft, der beteiligte Radfahrer den Gelbblinker und das Stoppschild überfahren. Dr. Stephan: "Eine Reihe der in dem Schreiben angeführten Sachpunkte sind nicht richtig: Schilderung des Unfalls, Schlussfolgerungen...".

Ferner betonte der Bürgermeister, dass aufgrund der von der Polizei aufgenommenen Unfälle keine Häufung am Gagernring auftrete. "Die Straße ist nicht besonders gefährdet." Zur Frage der Straße selbst, so Dr. Stephan, habe man ja im zuständigen Verkehrsausschuss bereits ausführlich diskutiert. Mehrheitlich sprach man sich dafür aus, rechts und links des Gagernrings Bäume zu pflanzen, um die viel befahrene Ortsdurchgangsstraße optisch schmaler zu gestalten und auch die Fußgänger so zu schützen. Zusätzlich soll ein weiterer Fußgängerüberweg geschaffen werden.

Dr. Stephan persönlich hält einen Umbau im Fahrbahnbereich für nicht sinnvoll. Er befürwortete es auch, dass jeder mit seinen Problembereichen an politische Gremien herantrete, jedoch halte er es für nicht richtig, wenn eigene Lösungsvorschläge einmal nicht angenommen werden, dann den weiteren Beteiligten Dummheit und Ignoranz vorzuwerfen. Nach der Sommerpause werden die Stadtverordneten eine Entscheidung treffen meinte der Bürgermeister.

15.6.1983: Mit einer Ausstellung "Unser Heer" präsentierte sich die Bundeswehr in Kelkheim. Im Vorfeld dieser Ausstellung gab es sehr heftige politische Diskussionen. Vor allem die UKW hatte wiederholt, auch in der Stadtverordnetenversammlung, gefordert, auf dieses militärische Spektakel zu verzichten. Bis zum 19.6. zeigen die Streitkräfte auf dem Festplatz im Stückes modernste Waffensysteme, Panzer, Raketenwerfer, Hubschrauber und Feldhaubitzen.

Wehrdienstberater informieren über die Soldatenlaufbahn, Jugendoffiziere diskutieren mit den Besuchern über sicherheitspolitische Probleme, es werden Filme gezeigt und die Rad- und Kettenfahrzeuge vorgeführt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bejaht die Bundeswehr und bekundete ihr Interesse in vielen Gesprächen mit den Soldaten. Eine Gruppe von Alternativen und UKW-Sympathisanten protestierten gegen die Waffenschau und versuchten mit einem "Sitin", für den extra Sympathisanten aus Frankfurt mit Bussen herangefahren wurden, die Vorführungen der Bundeswehr zu verhindern, was aber nicht gelang.

Unter 40 teilnehmenden Mannschaften sicherte sich die A-Jugend des SV Fischbach im Endspiel mit einem 3:0 Sieg über Flörsheim den diesjährigen Kreispokal im Fußball.

Am 30. Juni will die Stadt Frankfurt ihr Kinderheim in Eppenhain, das seit langem unterbelegt ist, schließen und an den Verein Jugendberatung und Jugendhilfe vermieten. Dieser Verein will in dem Heim eine Therapiestätte für drogenabhängige Minderjährige einrichten. Eine solche Heilstätte ist dringend notwendig, da jeden Monat in Frankfurt zwei oder drei Minderjährige, meistens Mädchen, den Behörden als drogensüchtig und einer stationären Behandlung bedürftig, bekannt werden.

Die bestehenden Einrichtungen für ältere Suchtkranke seien für Behandlung und Unterrichtung Jugendlicher nicht geeignet, erklärte die zuständige Behörde in Frankfurt. Versuche, Minderjährige in Heimen für die Erwachsenen zu heilen, seien in der Regel gescheitert. Der Verein will die Therapiestätte in Eppenhain, der auch eine Schule angegliedert werden soll, am 1. September eröffnen. Die Stadt Frankfurt besitzt das Kinderheim in Eppenhain, das 44 Heimplätze hat, schon seit Jahrzehnten. Zuletzt wurden hier Kinder ohne Familie untergebracht. Zur Zeit sind nur noch 14 Kinder im Heim. Größere Umbauten sind nicht erforderlich. Man will nur die Dampfheizung auf Warmwasser umstellen. Die Kosten von rund 500.000 Mark übernimmt das Hess. Sozialministerium.

Im Herbst dieses Jahres, spätestens im kommenden Frühjahr, soll der erste Spatenstich zum Bau der neuen Stadtmitte in Kelkheim getan werden. Der erste Teilbebauungsplan für eine Fläche von 7.500 qm liegt zur Zeit im Rathaus aus. Privatleute wollen hier Geschäfte und Wohnungen für mehr als 20 Mio. Mark bauen. Ein zweiter Bauabschnitt, ungefähr doppelt so groß wie die jetzt ins Auge gefasste erste Teilfläche, soll in einigen Jahren folgen und Kelkheims neue Stadtmitte vervollständigen. Damit sich Alt und Neu nahtlos aneinanderfügen, hatte die Stadt nach langjährigen Voruntersuchungen 1980 einen städtebaulichen Wettbewerb ausgeschrieben. Als Sieger ist daraus der Frankfurter Architekt Sollwedel hervorgegangen. Seine Vorstellungen einer neuzeitlichen Bauweise, die den Formenkanon der umliegenden Gebäude behutsam aufgreift und Beziehungen der neuen Mitte zu den umliegenden Straßenzügen herstellt, sind jetzt in den ersten Teilbebauungsplan eingeflossen.

Die "Mitte" für eine Stadt, die seit 1938 aus drei Straßendörfern ohne rechten Stadtkern zusammengefügt wurde, stand Bgm. Dr. Stephan seit seinem Amtsantritt vor 18 Jahren als wichtigste Aufgabe vor Augen. Das Vorhaben wurde schließlich durch veränderte Verkehrsplanungen erleichtert. Zentrales Gelände, das für die Verlegung der engen Kelkheimer Ortsdurchfahrt reserviert worden war, wurde frei, von der Stadt aufgekauft und bildet seitdem den Grundstock städtischer Flächen im Gebiet der neuen Stadtmitte. Seit 1972 diskutieren die städtischen Gremien, wie sie sich die Neugestaltung der Innenstadt wünschen. In den folgenden Jahren wurde ein erstes Gutachten eingeholt, um vage Vorstellungen mit anschaulichen Plänen anzureichern. Auch die wirtschaftlichen Grundlagen ließ der Magistrat prüfen.

Die zeitweise diskutierte Absicht, mitten im alten Kelkheim ein überdachtes Einkaufszentrum zu bauen, wie es beispielsweise in Viernheim an der Autobahn steht, brachte die einheimische Geschäftswelt in Abwehrstellung. Gutachten über Bedarf und Kaufkraft in und um Kelkheim sowie über den Branchenfächer des heute ortsansässigen Handels haben die zunächst weit auseinander fliegenden Vorstellungen zusammengebracht. Maßgebliche Investoren für die neue Stadtmitte kommen aus dem Kreis der einheimischen Gewerbetreibenden selbst.

Weitgespannte Hoffnungen, außer Kirchen auch ein Bürgerhaus und andere kommunale Dienststellen in der neuen Stadtmitte anzusiedeln, um alle Arten urbaner Dienstleistung dort zu bündeln, sind nüchternen Überlegungen gewichen. Das neue Rathaus steht bereits an anderer Stelle, wenn auch nicht weit entfernt. Eine Stadthalle hat die Stadt von der SG Kelkheim erworben, einen Neubau wird es nicht geben, da die Sanierung der alten Halle von den städtischen Gremien beschlossen wurde und bereits durchgeführt wird. Die Aufgabe, ein unverwechselbares Merkmal der neuen Stadtmitte vorzuschlagen, hat im Architektenwettbewerb nicht zu überzeugenden Lösungen geführt. Die Kommunalpolitiker hoffen nach den Ideen Sollwedels als typische Eigenart einen Stil zu finden, der die Fehler der schnell gewachsenen Wohnstädte aus den 60er und 70er Jahre vermeidet. Der erste Bebauungsplan war schon einige Jahre vor dem Architektenwettbewerb vorgelegt und in Bürgerversammlungen ausführlich erörtert worden. Er bildet seitdem die Grundlage der weiteren Planungen.

Seit 1976 wurden auch die Eigentümer und Mieter des Planungsgebietes, ungefähr 200 Haushalte, nach den Grundsätzen des Städtebauförderungsgesetzes befragt. Die Stadt begann gleichzeitig mit dem Grunderwerb. Die Grundstücke werden jetzt wieder reprivatisiert, nachdem jetzt fast bis in jede Einzelheit feststeht, wie die Nutzung aussehen soll.

Im Gebiet der künftigen Stadtmitte gab es bis vor kurzem einige Betriebe, die von den Bewohnern der umliegenden Häuser als störend empfunden wurden (Dichmann AG). Inzwischen konnte die Stadt zwei Kraftfahrzeugbetriebe und einen Steinmetzen ins Gewerbegebiet Münster umsiedeln. Ohne größere Schwierigkeiten kam die Stadt auch mit den Mietern und Hauseigentümern überein. Neue Wohnungen sind vermittelt, vereinzelt auch Ersatzhäuser gebaut worden. Der Neubeginn ist von langer Hand vorbereitet, die Pläne ausdiskutiert.

Wesentliche Einwendungen gegen den jetzt ausliegenden Bebauungsplan für das erste Teilgebiet zwischen der Frankfurter Straße, der Straße Nach dem Busch, dem Liederbach und den Sindlinger Wiesen sind nicht zu erwarten. Der Baubeginn des "Jahrhundertwerkes" ist in unmittelbare Nähe gerückt.

29.6.1983: Wie man gestern miterleben konnte, werden die vorbereitenden Arbeiten zur Neugestaltung der Stadtmitte zügig fortgesetzt: ein älteres Wohnhaus an der Frankfurter Straße wurde abgerissen. An dieser Stelle sollen ebenfalls wieder Wohn- und Geschäftshäuser entstehen. Dort liegt auch der Zugangsbereich für den geplanten Marktplatz. Die freigewordene Fläche wird voraussichtlich bis zur Neubebauung erst einmal als Parkplatz genutzt. Dieser Bereich liegt nördlich der Straße Nach dem Busch und ist nicht Gegenstand des zur Zeit offen liegenden Teilbebauungsplanes.

Im HH-Plan 1983 sind 640.000 DM für den Ausbau der Stadtentwässerung bereitgestellt. Gegenüber dem vergangenen Jahren ist das nur die Hälfte der früheren Investitionen. Hier zeigt sich, dass zur Zeit kaum noch Neubaugebiete erschlossen werden. Der Ansatz im Haushalt ist durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auf knapp 800.000 DM erhöht worden, um noch ein Teilstück des Baugebietes "Schieferberg" zusätzlich kanalisieren zu können.

Die bedeutendste Baumaßnahme des Jahres 1983 ist der erste Teil des Sammlers West von der Lessingstraße auf der Westseite der Bahngleise mit Unterführung bis zur Straße Am Flachsland mit Kosten von ca. 300.000 DM. Hier sollen sich in den nächsten Jahren weitere Bauabschnitte in Richtung Berliner Ring anschließen. Erstmalige Verlegungen von Kanälen sind nur im Neubaugebiet "Ofterdingstraße" mit einem Aufwand von rund 200.000 DM vorgesehen.

Auch bei der Wasserversorgung geht der Umfang der Arbeiten um die Hälfte gegenüber den Investitionen der letzten Jahre zurück. Vorgesehen sind Maßnahmen für insgesamt nur noch 252.000 DM. Das größte Vorhaben darunter ist das Verlegen einer Wasserleitung im Neubaugebiet "Ofterdingstraße" für rund 150.000 DM.

Vorgesehen ist weiter die Verlegung einer Wasserleitung in der Kelkheimer Straße in Fischbach von der Egerländer Straße bis zur Spessartstraße, um hier eine Ringleitung zur besseren Sicherung der Versorgung herzustellen.

30.6.1983: Urkunden und Lob als Dank und Anerkennung gab es heute im Rathaus: der Ortsgerichtsschöffe und stellvertretende Ortsgerichtsvorsteher Rudolf Sauer wurde für 25-jährige Tätigkeit als Ehrenbeamter im öffentlichen Dienst geehrt und der Ortsgerichtsvorsteher des Ortsgerichts Kelkheim II, Georg Schmitt, verabschiedet. Georg Schmitt, der aus persönlichen Gründen sein Amt abgibt, ist seit 1971 im Ortsgericht Fischbach tätig und seit 1979 Vorsteher. Von 1968 bis 1976 war er Gemeindevertreter und im Bauausschuss der Gemeinde Fischbach und von 1977 bis 1981 in der Stadtverordnetenversammlung Mitglied im Gewerbe- und Verkehrsausschuss.

Rudolf Sauer, der bis zur Ernennung eines neuen Ortsgerichtsvorstehers als Stellvertreter die Geschäfte weiter führen wird, war von 1965 bis 1977 ehrenamtlicher Verwaltungsrichter beim Verwaltungsgericht Frankfurt und von 1965 bis 1969 ehrenamtlicher Beisitzer beim Ausgleichsamt Frankfurt. Ab 1974 bis heute war er zunächst Ortsgerichtshilfsschöffe des Ortsgerichts Eppenhain und nach der Zusammenlegung mit Kelkheim ab 1978 ist er Ortsgerichtsschöffe und Stellvertreter des Vorstehers im Bereich Fischbach. Außerdem war R. Sauer von 1972 bis 1976 Gemeindevertreter der Gemeinde Rossert.

9.7.1983: Es war eine schöne Geste: Bürgermeister Dr. Stephan lud seine daheimgebliebenen "Untertanen" aus allen Stadtteilen, die nicht in den Urlaub gefahren sind, zu einer Stadtrundfahrt ein. Diese erste Veranstaltung in Kelkheim fand so großen Anklang, dass der Bürgermeister noch am Samstag eine Wiederholung der Stadtrundfahrt ankündigte. Wobei der "Reiseleiter" - in diesem Metier noch etwas ungeübt - aus den Erfahrungen der ersten Tour gelernt hat, dass weniger Ziele anzusteuern besser sei, denn er hatte die Wissbegier der Ausflügler unterschätzt. Mit so vielen Fragen habe er nicht gerechnet und so geriet der Zeitplan ziemlich durcheinander und das Programm musste geändert werden.

Es wurde zwei Touren durchgeführt, eine am Vor- und eine am Nachmittag. Folgende Ziele wurden angesteuert: Altes Rathaus Münster mit Erklärungen über die Bebauung des Kirchplatzes, Hallen-Freibad, Seniorenhaus Görlitzer Straße, Rathaus am Gagernring, Wasserversorgung Fischbach, Kläranlage Ruppertshain, Atzelbergturm und zum Abschluss ein kleiner Umtrunk auf dem Rettershof. Die Besichtigungsfahrt war auf zwei Stunden ausgerichtet, die nur mit Mühe eingehalten werden konnte.

Einen weiteren großen sportlichen Erfolg konnte der SV Fischbach mit seiner A- Jugendmannschaft vermelden. Die Jungens trumpten ganz groß auf, nachdem sie von Trainer Peter Weck, dem Co- Trainer Harald Rausch und den Betreuern Egon Nachtwey und Jürgen Landau auf ihre Aufgabe in der Pokalrunde vorbereitet wurden. Zwei Jahre lang wurde diese Mannschaft im Training und in der Punktrunde geformt, um dann endlich in der Saison 1982/83 im wahrsten Sinne des Wortes von Erfolg zu Erfolg zu eilen. Sie wurde Vizemeister in ihrer Klasse, nahm an zwei stark besetzte Turniere teil, bei denen sie jeweils als Sieger hervorgingen. Gegen Flörsheim folgte dann mit dem Sieg der Gewinn des Kreispokals des MTK. In den Bezirkspokalspielen folgte nach dem grandiosen 6:1 Sieg über den TSG Idstein ein Freilos, so dass man dann gegen den eine Klasse höher spielenden SV Steinbach bis ins Endspiel kam. Dieses Endspiel, ausgetragen in Niederselters vor einer großen Zuschauerkulisse, wurde von der A- Jugend des SV

Fischbach ebenfalls gewonnen, und zwar mit 1:0 Toren. Beim SV Fischbach ist man natürlich sehr stolz auf diesen Nachwuchs. Die Mannschaft wird leider so nicht bestehen bleiben, weil sechs Spieler in den Seniorenkader wechseln werden, wo sehr große Hoffnungen auf sie gesetzt werden.

13.7.1983: Im Rahmen des HH-Planes 1983 war ein Straßenbauprogramm von knapp 2,6 Mio. DM geplant. Aufgrund des guten Jahresabschlusses 1982 war es möglich, das Programm auf rund 3,5 Mio. DM zu erhöhen. Es liegt damit weiter über den Straßenbauten des Jahres 1981 mit 1,7 Mio. DM und des Jahres 1982 als rund 2 Mio. DM für den Straßenbau ausgegeben wurden.

Die im Umfang größten Maßnahmen im Straßenbau des Jahres 1983 sind der Fertigausbau der Gebiete "Schieferberg" mit 750.000 DM, des Eppenhainer Neubaugebietes mit rund 830.000 DM und die Straße Am Mannstein in Fischbach mit rund 480.000 DM. Außerdem ist der provisorische Ausbau des kleinen Neubaugebietes "Opferdingstraße" zwischen der Hornauer Straße und dem Gagernring mit rund 220.000 DM vorgesehen.

18. bis 29.7.1983: Die diesjährigen Ferienspiele für daheimgebliebene Kinder wurden nach bewährtem Muster von zahlreichen Helfern aus den Vereinen gestaltet und betreut. Manches im Programm war dieses Jahr neu und hat auch die Kinder überrascht, die schon öfters teilgenommen haben. Die Nachfrage nach Ferienspielplätzen ist gegenüber früheren Jahren weiter zurückgegangen. Der Magistrat hatte wegen des Rückgangs die Zahl der Plätze schon von 300 auf 250 vermindert.

Bei jüngeren Kindern ist das Interesse offensichtlich größer, als bei den älteren. Mehr als 200 Vereinsmitglieder und städtische Bedienstete stellten ihre Ideen und Kraft in den Dienst der guten Sache. Neu war 1983 insbesondere das Kennen lernen von Pfadfindertechniken. Auch eine Wanderung von der Billtalhöhe zum Atzelberg, wo die Kinder nach zweistündiger Wanderung durch die Bundeswehr aus der Gulaschkanone verköstigt wurden, stand erstmals auf dem Plan.

Die Schiffsreise ging diesmal Mainaufwärts von Höchst über Frankfurt nach Hanau. Weiter standen ein Ausflug zum Ponnyhof nach Lochmühle, Schwimmbadbesuche, Wanderungen, Filme, sportliche Wettbewerbe und der Bau von Holzhütten auf dem Ferienspielprogramm. Für die Kinder waren die diesjährigen Ferienspiele bei herrlichem Sommerwetter wieder eine schöne Abwechslung.

Der neue UKW-Stadtverordneten heißt nicht wie gemeldet Andreas Hoppe, sondern Volker Dosch. Aufgrund einer plötzlichen beruflichen Veränderung lehnte Hoppe entgegen seiner ursprünglichen Absicht kurzfristig das Mandat wieder ab, das durch das Ausscheiden von Hans-Jürgen Lutz frei geworden war.

Statt rund 600.000 Mark kostet die Sanierung des Alten Rathauses Münster etwa 1 Mio. Mark. HFA - Ausschuss, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben der Mehrausgabe bereits zugestimmt. Die Mehrausgaben entstehen, weil sich zu Beginn der Sanierung gezeigt hat, daß eine wesentlich schlechtere Bausubstanz als angenommen vorhanden war, betonte Dr. Stephan in einer Presseerklärung.

Der historische Bau soll künftig zum Teil gastronomisch genutzt werden, daneben sollen einige Münsterer Vereine hier auch eine Heimstätte finden. Bereits 1967 stand die Zukunft des Alten Rathauses auf der Kippe. Mit Mehrheit hatten die Stadtverordneten beschlossen, das alte Gebäude, das damals ein Verkehrshindernis darstellte, abreißen zu lassen. Nach einer langen wechselvollen Geschichte als Hofgut, Rathaus, Schule und Wohnhaus empfand man den Fachwerkbau als Last. Nach Jahren der Diskussion über den Abbruch und Protesten aus der Münsterer Bevölkerung beschlossen die Stadtverordneten 1975 wiederum mit Mehrheit den Erhalt des historischen Gebäudes.

1981 schließlich wurde entschieden, dass Alte Rathaus mit Kosten von 600.000 Mark zu sanieren. 1982 wurde dann mit den Baumaßnahmen begonnen und dabei die Bürgervereinigung Alt- Münster in die Planungen mit einbezogen. In den Gesprächen wurde dann festgelegt, dass das Alte Rathaus im ersten Obergeschoß eine Gaststätte erhält und das Dachgeschoß künftig den Münsterer Vereinen zur Verfügung stehen soll.

Ein weiteres Problem konnte bisher noch nicht gelöst werden, nämlich die künftige Gestaltung des Kirchplatzes Münster. Es werden noch weitere zehn Jahre vergehen, bis dort eine endgültige Planung und Bebauung erfolgen wird.

Fast alle 25 Wohnungen in der neuen Altenwohnanlage "Altenburger Weg" sind jetzt vergeben worden. Die älteren Herrschaften werden in die 16 eineinhalb Zimmer großen Wohnungen und in die acht Zweizimmerwohnungen einziehen. Eine Dreizimmerwohnung steht dem Hausmeister zur Verfügung. Bereits im September soll das neue Haus bezogen werden.

Die Stadt Kelkheim verfügt damit über drei Altenwohnanlagen mit insgesamt 127 Wohneinheiten und hat damit bei rund 27.000 Einwohnern einen hohen Versorgungsgrad. Bereits im Oktober 1973 konnten die 62 Wohnungen in der Anlage Sindlinger Wiesen bezogen werden. Hier sind auch zahlreiche Gemeinschaftseinrichtungen wie Saal, Fernseh- und Leserraum, Teeküche, Arztgesprächszimmer vorhanden. Im Juli 1977 folgten 40 Wohnungen der Anlage "In den Padenwiesen".

Nachfolger für den aus Altersgründen zurück getretenen ehemaligen Stv. Hans Krützfeld als Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion wird Willi Poths. Willi Poths ist 53 Jahre alt und wohnt seit elf Jahren in der Stadt Kelkheim. 1976 trat Willi Poths in die FDP ein, und bereits 1979 wurde er FDP-Stadtverbandsvorsitzender, was er auch heute noch ist. Als Stv. zog Poths bei der letzten Kommunalwahl vor zwei Jahren in das Stadtparlament ein. Bisher ist Stv. Poths Vorsitzender des Gewerbe-, Verkehrs- und Umweltausschusses, er strebt aber einen Wechsel in den Haupt –und Finanzausschuss an.

1.8.1983: Der Heizungs- und Sanitärbetrieb Karl Fuhr aus der Königsteiner Straße in Münster feiert sein 50-jähriges Geschäftsjubiläum.

5.8. bis 8.8.1983: Der Fischbacher Carneval-Verein e.V. feiert an diesem Wochenende sein 25-jähriges Bestehen. Beim Festkommers am Freitag zeichnete Wilhelm Krebs, der Mitbegründer des Vereins ist und seit 25 Jahren den Vorsitz führt, zahlreiche Mitglieder mit den Orden Goldenes Vlies, Goldene Flamme und Silberne Flamme aus. Die Orden werden für aktive Mitarbeit und langjährige Mitgliedschaft verliehen. Ausgezeichnet mit dem Goldenen Vlies wurden Anneliese Thoma, bisher die einzige Frau im Verein, August Thoma, Lothar Pleines, Ewald Wittekind, Rudi Breitenstein, Rudi Hess und Manfred Krissel. Mit der Goldenen Flamme: Gerhard Schmidt, Walter Schirdewan, Heinrich Wilhelm, Dieter Philipp, Hans-Dieter Klein, Ede Hiob, Erna Krebs, Annelie Wittekind, Lilo Pleines, Eva Focke, Agnes Breitenstein, Brigitte Rattay und Marianne Arnold.

Mit der Silbernen Flamme: Alfred Eberhard, Hans-Dieter Claus, Karlheinz Kästner, Hans Fürchtenicht, Waldemar Berninger, Arno Ohlenschläger, Günther Kluge, Ilse Schirdewan, Gertrud Wittekind, Bärbel Pleines, Jutta Hess, Heike Stenner und Gabi Krebs.

Silberne Ehrennadeln gab es für Wilhelm und Erna Krebs, Ferdinand und Maria Heidl, Gerhard Schmidt, Lothar und Ruth Pleines, Horst Eberhardt, Erich Mauermeyer, Margot Gehringer, Heinz Mayer, Karl Scharmann, Walter Schirdewan, Josef und Christel Westerfer, Georg Jungels, Alfred und Irene Eberhard, Aloysia Keller, August Thoma, Ewald und Annelie Wittekind, Fritz Röss, Reinhold Schmitt, Hans Wittekind, Georg und Hilde Schmitt.

Am Sonnabend fand im Festzelt ein großer bunter Abend mit vielen bekannten Stars statt, und am Sonntag schließlich, nach dem Frühschoppen der Tanz der Gardemädchen, ein attraktiver Wettbewerb mit vielen hübschen Mädchen aus Vereinen von nah und fern.

7.8.1983: Die ersten Arbeiten für den Umbau zu einem Hotel und die Restaurierung des Schlösschen am Rettershof haben jetzt begonnen. Aufgrund eines Stadtverordnetenbeschlusses werden diese Umbauarbeiten durchgeführt. Es sollen dafür rund vier Mio. DM investiert werden. Erste Schwierigkeiten haben sich bei den Arbeiten am Fundament des Schlösschen ergeben. Sie sind nicht so gut wie erwartet, so dass hier einige zusätzliche Arbeiten notwendig werden. Das bedeutet aber nicht, dass die vorgegebenen Termine nicht eingehalten werden können.

An diesem Wochenende besuchte auch eine Delegation aus Mitgliedern des Magistrats und des FZH das Patenschiff "Gefion" in Neustadt/Holstein. Die Einladung war vom Kommandeur des Minensuchgeschwaders, Fregattenkapitän Schulz, und dem Kommandanten der "Gefion", Oberleutnant zur See Manthey, ausgesprochen worden.

Die Marine hatte wieder ein reiches Programm mit Vorführungen von Flottenteilen auf der Ostsee vorbereitet. Gezeigt wurde der Einsatz des Seenotrettungskreuzers, Übungen mit Kampfschwimmern und mit Hubschraubern, außerdem das Manöver "Mann über Bord". Bei dieser letzten Übung wurde der über Bord gegangene Mann in voller Fahrt wieder ins Boot aufgenommen. Die Bundesmarine erwies sich gegenüber den Kelkheimer Besuchern als guter Gastgeber. Immerhin bestand die Gruppe aus rund 60 Gästen des Fanfarenzuges Hornau und der Stadt. Führung und Besatzung des Patenbootes kümmerten sich eingehend um ihre Besucher.

Gustav Lorenz feiert dieser Tage sein 25-jähriges Dienstjubiläum im Ortsgericht Kelkheim und außerdem mit seiner Ehefrau die Goldene Hochzeit. Gustav Lorenz wurde am 17.9.1907 geboren. Seit Juli 1963 ist er als Ortsgerichtsschöffe beim Ortsgericht Kelkheim I tätig. Auch war er von 1960 bis 1968 und dann nochmals von 1969 bis 1972 Stadtverordneter der SPD und hat sich auch in verschiedenen Ausschüssen engagiert. Im Jahre 1972 erhielt er den Ehrenring der Stadt Kelkheim. Nun gratulierten ihm zum 25-jährigen Jubiläum der Direktor des Amtsgerichts Königstein, Erster Stadtrat Klug und Ortsgerichtsvorsteher Heinrich Haub.

19.8.1983: Die heutige Stadtverordnetensitzung war die bisher heißeste Sitzung des Jahres aber nicht nach den Redeschlachten, sondern ganz allgemein von den Temperaturen her. Stadtverordnetenvorsteherin Alwine Bock begrüßte die Anwesenden und sprach einige Glückwünsche für Geburten und Geburtstage aus. Neue Gesichter gab es auch. Eingeführt wurden Heinz Kunz (FDP) aus

Münster, der für Hans Krützfeld nachrückte, und Volker Dosch (UKW), der für den ausgeschiedenen Hans-Jürgen Lutz Platz nahm.

Abgehakt wurden an diesem Abend alle vorgesehenen TOP. Im großen und ganzen herrschte bis auf eine Ausnahme eitel Friede, Freude und Sonnenschein. Es kam sogar zur Übereinstimmung zwischen FWG- und CDU-Fraktionsvorsitzenden, nachdem Stv. Moormann (FWG) gewisse außerplanmäßige Ausgaben gerügt hatte, bezogen auf den Ausbau des Alten Rathauses Münster und des Bahnhofs K.-Mitte.

Stv. Roser (CDU) deutete an, dass auch er sich darüber erheblich geärgert hatte und der Verwaltung entsprechendes in der Ausschusssitzung gesagt habe.

Stv. Albrecht Kündiger (UKW), der übrigens seine langen Haare abgeschnitten hatte, dafür aber einen Kinnbart trug, geriet im Verlauf der Sitzung erheblich in das Kreuzfeuer der Kritik. Es waren seine Formulierungen und langen Reden, die einige Stadtverordnete in Harnisch brachten. Stv. Schölzel aus Fischbach: "Hat der denn keinen Knopf zum abstellen?" Als Kündiger dann den Stv. Ackermann (SPD) persönlich angriff und ihm vorwarf, der könne Weiß von Schwarz nicht unterscheiden, war das Maß voll. Es gab harsche Worte der Kritik und Stv. Claßen war es, der davor warnte, dass dieses Parlament mehr und mehr in eine Quasselbude ausufere, dass man hier Weimarer Verhältnisse bekäme, wenn nicht eingegriffen würde. Er forderte die Vorsteherin auf, in Zukunft von ihrem Recht Gebrauch zu machen, bei Beleidigungen Stadtverordnete des Saales zu verweisen.

Hier nun die weiteren Beschlüsse der heutigen Sitzung: Für den ausgeschiedenen Stv. Krützfeld wurde der Stv. Poths bei 1 Stimmenthaltung zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher gewählt.

Einstimmig wurde Erich Wichmann zum neuen Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Kelkheim II (Fischbach) ernannt.

Einstimmig wurde dem Unterhaltungsvertrag mit der TuS Hornau für die Sportanlage "Reis" zugestimmt. Einstimmig genehmigten die Stadtverordneten für das Rechnungsjahr 1983 über- und außerplanmäßige Ausgabe sowie Verpflichtungsermächtigungen. Auch der Umschuldung und Verlängerung von Darlehen wurde einstimmig zugestimmt.

Mit 31 gegen 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde der Abrechnung von Erschließungsbeiträgen für die Gebiete "Odenwaldstraße", "Straße am Hohenstein" und "Spessartstraße" zugestimmt.

Mit 38 gegen 4 Stimmen wurde den eingegangenen Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplanentwurf Nr. 111 (Offerdingstraße) teilweise entsprochen, teilweise wurden sie abgelehnt. Der Bebauungsplan Nr. 111 wurde als Satzung beschlossen.

Einstimmig stimmte man der von Ausschuss für Jugend, Sport und Kultur vorgeschlagenen Beschlussempfehlung zum Antrag Nr. 75 (SPD-Fraktion), betreffend Ausbau von Jugendräumen in der Stadthalle, zu.

Der vom HFA - Ausschuss vorgeschlagenen Beschlussempfehlung zum Antrag Nr. 88 (FDP-Fraktion), betreffend privatwirtschaftliche Nutzung von Räumen im Hallenbad, stimmte man mit 42 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Der von den Fachausschüssen vorgeschlagenen Beschlussempfehlung zum Antrag Nr. 91 (CDU-Fraktion), betreffend Fuß- und Radwege im Bereich "Brühl" stimmte man mit 36 gegen 1 Stimme bei 4 Enthaltungen zu.

Der vom Fachausschuss vorgeschlagenen Beschlussempfehlung zum Antrag Nr. 92 (FDP-Fraktion), betreffend Abfallbeseitigung außerhalb der Müllabfuhr, stimmte man unter Berücksichtigung des Änderungs- bzw. Ergänzungsantrages der UKW-Fraktion, einstimmig zu. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

20.8.1983: Christa Westenberger eröffnete heute in der Bahnstraße ein exklusives Modegeschäft mit dem Namen "La Donna". Der Name sagt es schon, hier soll Pariser Chic für den gehobenen Bedarf angeboten werden.

21.8.1983: Mit einem Empfang nach dem Gottesdienst wurde Pfarrer Wilfried Hegner als neuer Pfarrvikar in der evangelischen Paulusgemeinde in sein Amt eingeführt. Pfarrer Hegner ist 36 Jahre alt und wohnt mit seiner Familie, seine Frau ist auch Pfarrin, in Hofheim.

Mit dem **Bundesverdienstkreuz am Bande** wurden zwei verdiente Kelkheimer Bürger dieser Tage ausgezeichnet. Mit dieser hohen Auszeichnung hat der Bundespräsident **Alois Sonnack** und **Rolf Westhoff** geehrt, deren Verdienste um die Allgemeinheit und um die Mitbürger bis in die Kriegszeit zurückreichen.

26. bis 29.8.1983: Das diesjährige Stadtfest, zum 10. Mal gefeiert, wurde vom Vereinsring Fischbach ausgerichtet. Die Bewirtung durch die Fischbacher war so hervorragend, dass das diesjährige Stadtfest in fast allen Bereichen Rekorde verzeichnen konnte. Mittelpunkt des Festes war wieder das Festzelt auf dem Stückes. Das Stadtfest wurde in diesem Jahr nicht mehr mit einem Altenachmittag eingeleitet, nachdem es über das Jahr gesehen eine Fülle von Veranstaltungen der Altenklubs, der Kirchen und der freien

Wohlfahrtsverbände gibt. Beim letzten Stadtfest waren nur noch ca. 300 ältere Menschen beim Alternachmittag anwesend. Stattdessen gab es in diesem Jahr einen großen bunten Nachmittag für Jedermann, der auch sehr gut angenommen wurde. Am Abend gab es eine Zeltdisco für die Jugend. Der Samstag wurde mit dem traditionellen Flohmarkt der Ökumene auf dem Rathausvorplatz eingeleitet. Der Erlös von ca. 13.200 DM kam wie immer mehreren sozialen Zwecken zugute.

Das Hornauer Schubkarrenrennen zog wieder viel Publikum an. Bestes Wetter und viel Beifall waren die äußere Kulisse und Ansporn für die Wettkämpfer. Sieger bei den Herren wurden Hans-Jörg Matzenbach und Thomas Jäger vor Bernd Heublein und Jürgen Becker sowie Robert Graf und Gunnar Nees. Bei den Damen lagen vorn: Corinna Meyer und Cornelia Hofmann, denen Barbara Schwab und Sabine Stephan sowie Regina Jung und Beate Ernst folgten. Eisenbereift kamen als erste ins Ziel: Michael Henninger und Joachim Mühl vor Stefan Thalheimer und Klemens Böhm sowie Markus Becker und Stefan Graf. In diesem Jahr hat man auch auf den Bunten Abend mit bekannten Fernsehstars am Samstagabend verzichtet. Stattdessen wurde ein Abend der Vereine durchgeführt, auf dem die Kelkheimer Vereine einen Querschnitt ihrer Arbeit und ihres Könnens präsentieren konnten, darunter auch Teilnehmer aus der Partnerstadt Saint-Fons.

Der Sonntag begann mit dem traditionellen bundesweiten Großtauschtag der Kelkheimer Philatelisten im Plenarsaal des Rathauses. Im Festzelt veranstaltete der Vereinsring Fischbach einen Frühschoppen mit einem bunten Programm, dargestellt von den Fischbacher Vereinen.

Im Rathaus initiierte die Kulturgemeinde eine Ausstellung mit neuen Farbradierungen der Künstlerin Lorna Cassidy aus High Wycombe, und am Nachmittag veranstaltete die Karnevalsabteilung der TSG Münster ein Kinderfest mit vielen Überraschungen im Festzelt. Am Abend gab es eine Festgaudi mit dem Blas- und Show-Orchester Heinz Stadler im Festzelt.

Der Montag begann wieder mit dem traditionellen Frühschoppen mit der Bundeswehr aus Mainz, der für viele bis in den Abend des Manöverballes reichte. Wer nicht nach Hause zum Essen wollte oder die Bratwürste der Fischbacher verschmähte, speiste Erbsensuppe aus der Gulaschkanone. Derweil zeigte die Bundeswehr (Fernmelder und Nachschub aus Mainz), was man so nebenher alles beim Bund lernen kann. Gegen 18.00 Uhr, zum Manöverball, traf der Chef der Mainzer Soldaten, Generalmajor Martin Holzfuß, ein. Es war dies das erste Mal, dass ein General das Kelkheimer Stadtfest beehrte. Er ward noch lange nach Mitternacht auf der Tanzfläche gesehen und man hatte den Eindruck, dass er sich in Kelkheim recht wohl fühlte, und das, obwohl er bis zur letzten Minute korrekt den Schlips anbehielt und bis obenhin zugeknöpft blieb. Den Abschluss bildete wieder das herrliche Brillantfeuerwerk, das die laue Sommernacht über Kelkheim erhellte.

Am Stadtfestwochenende weilte die Fußballmannschaft der Brooklyn Boys aus New York als Gäste der SG Kelkheim wieder in unserer Stadt. Die Verbindung zu den Soccer-Playern aus Brooklyn wurde über den ehemaligen Trainer der SG, Nauheimer, hergestellt. Die Mannschaft wurde im Rathaus von Stadtrat Rudi Alscher empfangen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Gastgeschenke ausgetauscht. Der Sprecher der Brooklyn Boys hat der Stadt Kelkheim eine Urkunde des New Yorker Bürgermeisters übergeben, deren Text in deutscher Übersetzung folgendermaßen lautet:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich freue mich, namens der Stadt New York Grüße an Sie und die Bürger der Stadt Kelkheim zu übermitteln. Anlass ist der Besuch der Brooklyn Boys Fußballmannschaft, des ersten deutschen Sportclubs von Brooklyn. Internationale Begegnungen auf dem Fußballfeld ist eine gute Gelegenheit, den Geist der Freundschaft zwischen unseren beiden Städten zu vertiefen. Zusammen mit mir wünschen alle New Yorker diesem wichtigen sportlichen Ereignis besten Erfolg." Aufrichtig Ihr Edward I. Koch (Bürgermeister).

3.9.1983: In der Frankfurter Straße 54 eröffneten zwei neue Geschäfte ihre Pforten "Der gedeckte Tisch" und "forte herrenmoden". Es sind zwei neue Unternehmen, die in ihrem Sortiment und in ihrer Ausstattung das Kelkheimer Angebot nicht nur abrunden, sondern auch auf vielen Gebieten Neues bringen. In beiden Geschäften haben sich junge Frauen als Besitzerinnen etabliert, die schon jahrelang in den entsprechenden Branchen tätig waren. Marianne Fricke und Liane Beck eröffneten das Geschäft "Der gedeckte Tisch" und Selinde Forte möchte die Kelkheimer Männer schick anziehen mit ihrem Geschäft "forte herrenmoden".

3.9.1983: Heute verstarb im Alter von 53 Jahren der Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Hornau, Herr Toni Steyer. Er war 36 Jahre Mitglied der Hornauer Wehr und davon 26 Jahre Ortsbrandmeister bzw. Wehrführer. Für seine Verdienste wurden Herr Steyer seitens des Hess. Ministers des Inneren zwei hohe Auszeichnungen verliehen. Die Stadtverordnetenversammlung von Kelkheim hat Herrn Steyer am 22.8.1980 mit der Heinrich- Freiherrn- von- Gagern- Plakette in Silber ausgezeichnet. In der langen Zeit seiner ehrenamtlichen Tätigkeit hat er seine Aufgaben stets zum Wohle der Allgemeinheit erfüllt. Die Stadt Kelkheim wird sein Andenken immer in Ehren halten.

Am Sonntag feierten die Eppenhainer in althergebrachter Weise ihr Atzelbergfest.

Schon im Mai hatte sich der Magistrat mit dem Gutachten über den Bau der geplanten Hauptsportanlage auseinandergesetzt und als Standort den Platz an der Jahnstraße unterhalb des Hallen-Freibades empfohlen. Während der folgenden Ausschussberatungen mussten zahlreiche Einzelfragen erörtert werden. Der Magistrat hat jetzt seine abschließende Empfehlung in der Standortfrage gegeben und bekräftigt die Auffassung, dass die neu zu bauende Anlage vom Typ B mit 400-Meter-Bahn auf dem Gelände unterhalb des Hallen-Freibades errichtet werden soll.

Die Jahnstraße war auch vom beauftragten Gutachter als der beste unter den zur Wahl gestellten vier Standorten Am Reis, Sindlinger Wiesen, Waldwiese und Jahnstraße benannt worden. Der Magistrat geht in seiner Grundsatzentscheidung für das Gelände südlich des Bades von einer Reihe von Voraussetzungen aus. Der südliche Eingang für das Bad muss verlegt werden. Der künftige Parkplatz auf dem heutigen Rasenplatz muss auch als Festplatz, insbesondere für den Stadtteil Münster, genutzt werden können. Für den Bau der Sportanlage und der leichtathletischen Einrichtungen muss ein Bauleitplanverfahren durchgeführt werden. Um die Interessen des Reit- und Fahrvereins zu wahren, soll die Nutzung eines Geländes im Gebiet "Vierzehn Morgen" westlich der Hallwielbebauung geprüft werden.

5.9.1983: Heute verstarb Herr Friedrich Meier. Herr Meier war 1947 bis 1960 ununterbrochen als Gemeindevertreter für die ehemalige Gemeinde Fischbach ehrenamtlich tätig. In dieser Zeit war er Mitglied verschiedener Ausschüsse und Kommissionen und zeitweise Fraktionsvorsitzender der SPD. Während seiner ehrenamtlichen Tätigkeit hat sich Herr Meier stets für das Wohl der Bürger seiner Heimatgemeinde eingesetzt. Die Stadt Kelkheim wird sein Andenken immer in Ehren halten.

9.9.1983: "Kirchliche Zeugnisse der Pfarrei" heißt eine Ausstellung, die im Saal des St. Dionysius Gemeindezentrums in Münster zu sehen ist. Pfarrer Hermann Stinner eröffnete heute die Ausstellung vor zahlreichen geladenen Gästen. Größtenteils liturgische und theologische Objekte, darunter auch sehr alte Objekte, werden gezeigt. So wird u.a. ein Kirchenbuch von 1549, ein Dorfgeschichtsbuch von 1648, Münsterer Trau-, Tauf- und Sterberegister von 1613 bis 1813, ein handgeschriebenes Gebetbuch für Jugendliche aus dem Jahre 1732 ausgestellt. Weiter ein Relief und eine Pieta aus der nicht mehr existierenden Gimbacher Kapelle, ein Glaubensbuch von 1516 sowie ein Predigtbuch, das im Jahre 1772 geschrieben wurde.

Zu den sehenswerten Gegenständen zählen vor allem die Monstranzen aus dem 18. Jh., die aus Münster, Fischbach und Bad Soden stammen. Auch der Tabernakel aus der alten St. Dionysiuskirche in Münster ist zu sehen. Aus den Jahren 1720 und 1729 stammen die ältesten Messkelche, die in Münster bei hohen Festlichkeiten heute noch benutzt werden. Messgewänder, Reliquien, Kruzifixe, Medaillons, um nur einiges zu nennen, machen die Ausstellung zu einem interessanten Einblick in die religiöse Vergangenheit. In der Chronik der St. Dionysius-Gemeinde, die im Rahmen der Ausstellung auch zu erwerben ist, steht u.a.: "Was den Namen der Pfarrei Münster im Taunus, Kreis Höchst a. M. betrifft, so hieß sie früher Münster- Liederbach oder Monsterliederbach oder auch Münster auf der Liederbach. Die erste Kirche oder Kapelle stand da, wo Pfarrer Schüler 1883 die Martinskapelle neben dem neuen Friedhof erbauen ließ. Um dieselbe lagen in ziemlich weiter Entfernung sechs einzelne Höfe, umgeben von ihren Ländereien. Dazu gehörte auch der Hof "Hausen vor der Sonne", der jetzt Hofheim eingemeindet ist. Den Gottesdienst in dieser Kirche besorgten die Klostergeistlichen (Antoniter) zu Höchst. Münster (Monserium) wird wohl seinen Namen erhalten haben von dem Kloster der roten Mönche (Antoniter), das da, wo heute die alte Schule steht, gestanden haben soll. Dieses Kloster wurde in Kriegszeiten zerstört und seine Klosterkirche dann als Pfarrkirche angenommen.

Wie die Annalen berichten, bestand die Pfarrei Münster schon 975, wo der Erzbischof von Mainz sie samt Kirche, Fronhof und Zehntem dem Stephansstift in Mainz schenkte mit der Bedingung, daß dem Pfarrer in Münster ein Drittel des Zehnten verbleiben solle. 1373 bestätigte Erzbischof Johann die Errichtung eines Marienaltars in der Kirche." Dies schrieb Pfarrer Neeb, der bis 1927 Pfarrer in Münster war, und wurde später von seinem Nachfolger Pfarrer Hilpisch in seinem Buch "Aus der Geschichte des Kirchspiels Münster..." bestätigt.

10. bis 12.9.1983: An diesem Wochenende feierten die Ruppcher ihre Kerb und in Kelkheim fand das 2. Mühlgrundkonzert statt.

13.9.1983: Heute wurde die dritte Altenwohnanlage im Gebiet der Stadt Kelkheim seiner Bestimmung übergeben. Das Haus Ecke Altenburger Weg/ Königsteiner Straße beinhaltet 25 Wohnungen für ältere Mitbürger. An der kleinen Einweihungsfeier nahmen Mitglieder des Magistrats und der städtischen Gremien teil. Der größte Teil der Wohnungen wurde schon Anfang September bezogen, der Rest folgt zum 1.10.

Mit dem Bau der dritten Altenwohnanlage ist der Bedarf auf absehbarer Zeit gedeckt. Größere Wartelisten gibt es nicht mehr. Die Stadt Kelkheim hat sich finanziell am Bau aller drei Altenwohnanlagen beteiligt. Insgesamt betrug das städtische Engagement knapp 1,6 Mio. DM.

Anfang Mai hat auf Beschluss der städtischen Gremien eine groß angelegte Verkehrszählung an den wichtigen Verkehrsschnittpunkten der Stadt Kelkheim stattgefunden, um Aufschlüsse über die Wirksamkeit der örtlichen Verkehrsplanungen und über notwendige Maßnahmen zu bekommen. Mittel dafür waren schon bei den Haushaltsberatungen für 1983 bewilligt worden. Der Magistrat hat als Termin für die Zählung den 5. Mai gewählt, weil zu dieser Zeit weder Feiertage noch Ferien das Ergebnis verfälschen konnten. Gezählt wurde an diesem Tag an 26 Punkten des Stadtgebietes. An sechs besonderen Stellen wurde der Verkehr über 24 Stunden beobachtet und gezählt, an den restlichen Zählstellen von morgens 6.00 bis abends 20.00 Uhr. Insgesamt waren dabei 180 Zähler eingesetzt.

Vorbereitet wurde die Zählung in Abstimmung mit einem Verkehrsingenieurbüro. Die Zählung selbst und die erste Auswertung lag in den Händen der Stadtverwaltung. Dabei haben sich einige interessante Entwicklungen gezeigt, die durch einen Vergleich der neuen Zahlen mit der Zählung vom 9.10.1979 deutlich werden. Hier seien einige Vergleiche von Verkehrsbelastungen an Kreuzungen und Einmündungen oder stark befahrenden Durchgangsstraßen herausgegriffen.

Bisher galt der Kreuzungspunkt der Frankfurter Straße mit der Parkstraße, der Töpferstraße und der Straße Nach dem Busch als der Brennpunkt mit der höchsten Verkehrsbelastung. Die neue Zählung hat ergeben, dass sich der Verkehr inzwischen nicht mehr dort, sondern auf den beiden Kreuzungen beiderseits des Bahnübergangs am Bahnhof K.-Mitte konzentriert, also auf Fischbacher Straße, Altkönigstraße, Berliner Ring, Bahnstraße und Pestalozzistraße. Die Kreuzungen wurden auf die Belastung aus sämtlichen Einmündungen untersucht, wobei sich 56 Punkte besonderer Belastung ergaben. All diese Stellen werden jetzt durch ein Verkehrsbüro genau mit ihren Verkehrsströmen dargestellt und für die städtischen Gremien aufgearbeitet. Folgende interessante Einzelergebnisse sprechen unmittelbar für sich selbst.

Die Kreuzung Eppsteiner Straße/Ruppertshainer Straße/Langstraße im Stadtteil Fischbach war 1979 noch mit mehr als 12.000 Fahrzeugen belastet. Der Wert ist 1983 auf weniger als 6.000 PKW-Einheiten zurückgegangen. Die beachtliche Abnahme um 52,5 % bestätigt den Wert der inzwischen vorhandenen Neubautrasse der B 455 für Fischbach.

Zwischen Kelkheim und Fischbach wurden vor vier Jahren 12.590 Fahrzeuge gezählt. 1983 ist diese Zahl um 735 auf 13.325 gestiegen, was einer Verstärkung des Verkehrs um 5,8 % gleichkommt.

Auf der Frankfurter Straße zwischen Bahnstraße und Töpferstraße ergab die Tageszählung 1979 insgesamt 16.148 PKW-Einheiten. 1983 hatte hier der Verkehr um 2,3 Prozent auf 16.619 Einheiten zugenommen. Die Frankfurter Straße zwischen Straße Nach dem Busch und Hauptstraße war 1979 mit 11.847 Fahrzeugen belastet. 1983 nur noch mit 7.584 Fahrzeugen. Der Rückgang um über 4.000 Einheiten oder 36 % zeigt, dass die südliche Frankfurter Straße in K.-Mitte und der gesamte Stadtteil Münster durch die neue Verkehrsregelung erheblich entlastet wurden. Hier wirkt sich der Neubau der B 519 im Osten der Stadt und der Anschluss am Hauptfriedhof aus, denn der Verkehr über den Durchbruch der Straße Nach dem Busch zur Frankfurter Straße zugeführt wird. Über die ersten Ergebnisse der Verkehrszählung sind inzwischen der Magistrat und die Fachausschüsse unterrichtet worden. Wenn die vollständige Auswertung durch das beauftragte Ingenieurbüro vorliegt, wozu auch genaue Aufzeichnungen über die Verkehrsströme gehören, werden sich die städtischen Gremien weiter mit den Verkehrsfragen im Stadtgebiet auseinandersetzen.

22.9.1983: Bürgeranhörung zum Thema "Bebauung des Kirchplatzes Münster" im Plenarsaal des Rathauses. 110 Besucher, ein auskunftswilliger Dr. Stephan, an den Wänden allerlei Pläne, warnende Worte des Vorsitzenden der Bürgervereinigung Altmünster, eine über weite Strecken sachlich und sachkundig geführte Diskussion. Im Plenarsaal des Rathauses war einiges los. Um die "Gestaltung der Ortsmitte Münster", sprich dem Gelände zwischen der Kirche, dem mittlerweile sanierten Alten Rathaus und dem Kirchplatz ging es.

Zum dritten Mal bereits lud der Magistrat zu einer Bürgerversammlung zu diesem Thema: "Raus mit der Sprache, ihre Meinung ist gefragt." In moderatem Ton eröffnete Bgm. Dr. Stephan die Versammlung. Wie die Münsterer zu den vom Magistrat gesammelten Plänen zur Neugestaltung des Stadtteilortskerns stehen, welche Vorschläge ihnen am Herzen liegen, wollten die Stadtoberen in Erfahrung bringen.

Stadtbaumeister Hero Heiland oblagen - bevor das allgemeine "Brainstorming" eröffnet wurde - die Erläuterungen zum gegenwärtigen Planungsstand. Deutlich wurde dabei folgendes: Bereits seit dem Jahre 1965 beschäftigt man sich in Kelkheim mit der Münsterer Ortsmitte. Erst sollten das Alte Rathaus und die alte Schule dem Erdboden gleichgemacht werden: Jahre später wurden diesbezügliche Entscheidungen rückgängig gemacht. "Erhalt alter Bausubstanz" lautete das Gebot der Stunde. Dann kam die Vorstellung einer verkehrsberuhigten Zone ins Gespräch. Studenten der Fachhochschule Frankfurt machten sich ans Werk, entwarfen großzügige Bebauungspläne. Mittlerweile hat der Magistrat einige Schwerpunkte gesetzt.

Die Ortsmitte soll mit Wohn- und Geschäftshäusern bebaut werden, umgeben von einer verkehrsberuhigten Zone, die die gesamte Ortsmitte umfasst. Straßen- und notwendige Freiflächen sollen zu einer Einheit verschmelzen. Dazu Stadtbaumeister Heiland: "Die Architektur müsste dem zärtlich-barocken Rathaus und der klassizistischen Kirche angepasst sein." Seiner Meinung nach könne die Umgestaltung des Platzes und die Eckbebauung nur im Zusammenhang gesehen werden. Dann wurde die Diskussion freigegeben.

Reinhard Herr von der Bürgervereinigung Münsterer Altstadt meldete sich als erster zu Wort. Er holte weit aus. Wie denn das mit der geplanten "Ladenzeile" sei, wollte er wissen. Eingehende Untersuchungen über die Anzahl der in Münster ansässigen Geschäfte zeigten nämlich einen gewissen Sättigungsgrad. "Es muss vermieden werden, dass dort in ein paar Jahren Geschäftsruinen en masse stehen!" Wenn über dies die "Alte Schule" der Spitzhacke zum Opfer fiele - wo sollen die dort beheimateten Vereine hin?

Nächster Punkt seines umfassenden Fragenkatalogs: "Denkt die Stadt auch an einen genügend großen Platz für die zahlreichen Münsterer Feste, allen voran das "Dallesfest?" Mindestens 1.000 qm seien nämlich dafür erforderlich - außerdem eine entsprechende Anzahl von Parkplätzen. Skeptisch - und das erst nicht seit wenigen Tagen - steht die Bürgervereinigung auch den Verkehrsberuhigungsplänen gegenüber. Aus einsichtigem Grund: "Bringt den ein Geschäftszentrum nicht zwangsläufig mehr Verkehr mit sich", wollte Reinhard Herr wissen? Schon jetzt wollen die Altstadtfreunde in der für Durchgangsverkehr gesperrten Frankfurter Straße rege Fahrtätigkeit beobachten.

In weiteren Wortmeldungen wurden noch mehr neuralgische Punkte freigelegt: Ob sich der Standort für Geschäftsleute überhaupt eigne? fragte eine interessierte Münsterin. Schließlich gebe es gute Verbindungen sowohl zum Main-Taunus-Zentrum als auch zur Stadtmitte. Und schließlich: Warum die Stadt immer nur nach einem Investor suche, der dann alles baut. Herr Hagen, ebenfalls aus Münster, plädierte für eine breite "Eigentumsstreuung".

Bgm. Dr. Stephan war gefordert. Sachlich korrekt beantwortete er Bürgerfragen und Bedenken.

Überzeugend konnte er sämtliche Bedenken ausräumen, was die Unterbringung der Vereine - die bisher in der alten Schule ihr Domizil haben - anbelangt. Die könnten entweder im ausgebauten katholischen Pfarrzentrum, oder im "Waldhaus" eine "neue Heimat" finden. Weitaus schwieriger die Frage bezüglich der Geschäftsansiedlung. An entsprechende Beratungsorganisationen habe sich die Stadt bereits im Jahre 1975 und aktualisiert 1980 gewandt. Die nicht ganz eindeutigen Resultate: Die Kelkheimer geben ihr Geld meistens nicht in Kelkheim aus. Gewisse, optimistisch zu bewertende Chancen, dass sich aufgrund der Bevölkerungsstruktur auf Dauer ein "Unterzentrum" etablieren könne, gebe es dennoch, erklärte Dr. Stephan.

Mit den Antworten des Bürgermeisters geben sich die Besucher zufrieden. Vor den ausgehängten Plänen entfachen sich anschließend rege Fachsimpeleien.

23.9.1983: Einstimmig beschlossen die Stadtverordneten den Nachtragshaushalt 1983 mit allen Anlagen in die Fachausschüsse zu verweisen. Eine kontroverse Debatte entwickelte sich, als es um die Darlehnsaufnahme für die Stadthallen GmbH ging. "Wir sind kein Kindergarten, sondern ein Parlament!" Dies war der Schlusssatz von Bgm. Dr. Stephan, nach einer längeren Debatte, die von Stv. Albrecht Kündiger (UKW) zum Thema "Geschäftsführer für die Stadthallen GmbH" ausgelöst worden war. Es war weniger die Tatsache, dass Stv. Kündiger diese Frage zur Sprache brachte, sondern die Art und Weise, die Empörung quer durch die Fraktionen auslöste. Der Bürgermeister, wiewohl von Stv. Kündiger entsprechend mit Seitenhieben bedacht, ließ sich jedoch nicht provozieren und erläuterte noch einmal in aller Ruhe den Gang der Dinge. Vor allem forderte er Kündiger und seine Fraktion auf, zuzuhören und sich besser zu informieren.

Stv. Kündiger hatte auch nicht vor Stv. Horst Ackermann (SPD) haltgemacht, als er meinte: "Der Ackermann, der ist doch von Beruf Oberstudienrat, der hat eben eine Probe seines Könnens gegeben". Und vorher: "Die SPD hat sich zusammen mit der CDU einen weiteren Geschäftsführerposten zugemauscht. Warum hat man nicht den Vorschlag der UKW akzeptiert, dass alle Fraktionen einen Geschäftsführer stellen?" Und gezielt auf die Stv. Elisabeth Hofmeister (SPD) bezogen, die neben den Stv. Willi Vogt (CDU), diesen Posten ehrenamtlich bekleidet: "Sie haben von dieser Mauschelei profitiert, natürlich nur ehrenamtlich".

Frau Hofmeister: "Herr Kündiger, jetzt hören Sie aber auf!" Es ging vor allem um die Anschuldigung der "Mauschelei", die zur Debatte stand, nachdem zunächst die Mehrkosten des Stadthallen-Umbaus und das Abspecken der Umbaupläne im Vordergrund gestanden hatten. Und quer durch die Fraktionen war später zu hören, man habe den Eindruck, Albrecht Kündiger komme zunächst mit Anschuldigungen, um sie dann halb zurückzuziehen. Man müsse sich aber klar sein, dass er durchaus meine, was er zunächst sagte, dass dies eine Form der Taktik sei. Es bleibe eben etwas hängen.

Dr. Stephan: "Es ist immer ein Problem, wenn neue Mandatsträger ins Parlament kommen. Verwaltung und andere Mandatsträger müssen dann aufklären, wie die rechtlichen Grundlagen aussehen. Und, Herr Kündiger, ich will es bei Ihnen noch einmal probieren". Der Bürgermeister erläuterte den Beschluss der

Stadtverordnetenversammlung zum Gesellschaftsvertrag der Stadthallen GmbH. Diese Grundlagen des Vertrages beinhalten, dass einer oder mehrere Geschäftsführer bestellt werden können. Und nichts anderes habe der Magistrat genutzt, als er neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer Herbert Uhrig, der zur Stadtverwaltung gehört, Elisabeth Hofmeister und Willi Vogt bestellte. Dies sei so von der Mehrheit des Parlaments beschlossen worden, auch wenn kleinere Fraktionen nicht zugestimmt hätten.

Dr. Stephan warf Kündiger weiter vor, dass es um Geld, nicht um Posten gehe. Die Geschäftsführer hätten die Aufsichtsfunktion des Parlaments gegenüber der Stadthallen GmbH zu vertreten, wobei Vertreter aller Fraktionen zu viel seien, weil sie sich gegenseitig in der Arbeit behindern würden. Dieser Argumentation schloss sich auch der Stv. Ackermann (SPD) an.

Nun zu dem eigentlichen Thema. Es ging darum, dass die Kostenschätzungen für den begonnenen Umbau der Stadthalle, vor allem im Heizungs- und Kellerbereich, nicht mehr den gegenwärtigen Gegebenheiten entsprechen. Deshalb soll das Stadtparlament mehr Geld bewilligen. Frau Stv. Hofmeister: "So geht das nicht. Wir wissen, dass viel dazwischen kommen kann, vor allem bei einer Altbausanierung. Aber Fachleute müssten das besser wissen. Wir können hier nicht als Geldbewilliger für den Magistrat auftreten. Hier sind detaillierte Informationen notwendig!"

Stv. Karl-Heinz Moormann (FWG): "Wir sehen nicht das Endkonzept. Und wir haben den 1,5 Mio. DM nicht zugestimmt, weil hier die erste Salamischeibe abgeschnitten wurde. Das Ende ist nicht abzusehen".

Stv. Erhard Roser (CDU): "Man solle doch Zahlen richtig zusammenaddieren". Er meinte, daß die Endkosten für den Umbau der Stadthalle bei 6 bis 7 Mio. DM liegen könnten, auch in der jetzt abgespeckten Form. Jedoch: "Wir hoffen, dass wir dann auch 10 bis 20 Jahre etwas an diesem Gebäude haben, bis wir in der Stadtmitte eine entsprechende Einrichtung schaffen können. Heute ist das einfach nicht möglich, weil wir mit mindestens 20 Mio. DM Baukosten rechnen. Und die können wir uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht leisten".

Stv. Albrecht Kündiger: "Wir werden den Ausgaben zustimmen, obwohl manches zu aufwendig geplant ist. Wir müssen das Geld für den Bürger ausgeben. Eine spätere Stadthalle in der Stadtmitte wird auf unseren Protest stoßen!"

Stv. Horst Ackermann ganz trocken: "Dann seit Ihr nicht mehr im Parlament drin!" Anschließend bewilligten die Stadtverordneten der Stadthallen GmbH überplanmäßig eine weitere Darlehenssumme in Höhe von 1.335.000 DM. Ferner wurden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 965.000 DM bewilligt. Die Abstimmung erfolgte mit 38 gegen 5 Stimmen.

Die Stadthalle wird zur Zeit auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung renoviert und durch einen Anbau erweitert. Der Umfang der Arbeiten ist gegenüber früheren Vorstellungen verringert worden. Die Stadtverordneten haben zunächst 3,8 Mio. Mark für die Renovierung und den Umbau bewilligt. Weitere 3 Mio. Mark werden noch erforderlich, um in einen kommenden Bauabschnitt (1993) den großen und kleinen Saal sowie das Foyer zu renovieren und das Dach der Halle zu sanieren.

Ursprünglich waren aufwendige Einbauten vorgesehen gewesen, die inzwischen wegen der hohen Kosten wieder aus dem Programm gestrichen worden sind. Es wird in der Stadthalle weder eine so genannte Mittelbühne geben, deren technische Einrichtungen Theatergastspiele erlaubt hätten, noch ein fest eingebautes Kino mit ansteigenden Sitzreihen und Vorführraum im Obergeschoß. Auch soll die Außenfassade nicht mit Holz völlig neu gestaltet, sondern in ihrer ursprünglichen Form renoviert werden. Statt zweier Anbauten wird es nur noch einen geben.

Die jetzt beschlossenen Arbeiten umfassen die Sanierung des Kellergeschosses mit Gaststube, Kegelbahnen, Stuhl- und Tischlager sowie den technischen Einrichtungen für die Halle. Der Seitenanbau im so genannten Innenhof wird errichtet, um Räume für einen Jugendtreff zu schaffen. Die Sanierung des großen und des kleinen Saales sowie die Dachsanierung sind einem folgenden Bauabschnitt vorbehalten.

Bemerkung: Der zweite Bauabschnitt der Sanierung der Stadthalle wurde im Jahre 1993 begonnen. Mit einem Tag der offenen Tür wurde die mit Kosten von rund 4,7 Mio. DM sanierte Stadthalle am 16. Januar 1997 von den Kelkheimern in Besitz genommen. Aus dem „hässlichen Entlein“ ist ein stolzer Schwan geworden, die neue Stadthalle ist ein wirkliches Schmuckstück geworden.

Weiterhin beschlossen die Stadtverordneten einstimmig gemäß § 10 der Satzung der Stadt Kelkheim über das Erheben von Erschließungsbeiträgen Vorauszahlungen von 15 DM pro Berechnungseinheit zu erheben. Für die Herstellung der Erschließungsanlagen für das Gebiet "Schieferberg" einschließlich Seitenstraße haben die Stadtverordneten im Wege der Kostenspaltung für die Teileinrichtungen Freilegung, Fahrbahnausbau, Bürgersteigausbau, Straßenentwässerung und Straßenbeleuchtung die Erhebung von Erschließungsbeiträgen einstimmig beschlossen.

Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am Gagernring zwischen Rotebergstraße und Königsteiner Landstraße beschlossen die Stadtverordneten einstimmig beidseitig auf den Bürgersteigen eine Baumbepflanzung. Die Kosten wurden auf 40.000 DM festgelegt. Ferner beschlossen die Stadtverordneten die Anlage des Fußgängerüberweges unterhalb der Fasanenstraße vorerst zurückzustellen. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

24.9. bis 2.10.1983: In Anwesenheit mehrerer Bundestags- und Landtagsabgeordneter eröffnete Wirtschaftsminister Herbert Reiz die Kelkheimer Möbelausstellung. Der Minister betonte in seiner Ansprache, dass man seit einigen Jahren die Kelkheimer Möbelausstellung auch dem nicht ansässigen Gewerbe zugänglich gemacht habe.

Dies sei seines Erachtens ein Zeichen für das Selbstbewusstsein, mit dem sich das heimische Gewerbe dem Wettbewerb stelle, und ein Beweis dafür, dass das Kelkheimer Möbelhandwerk lebe. Nach der Ausstellung waren die Kommentare der Aussteller sehr unterschiedlich. Sie reichten von ausgezeichnet bis nicht zufrieden stellend. Einig war man sich aber in jedem Fall, dass die geführten Gespräche - wie in anderen Jahren auch - oft erst später zum Erfolg führen.

Allgemein wurde aber auch betont, dass zwar die Zahl der Besucher weniger geworden sei, dass aber das Niveau der Besucher erheblich über dem anderer Jahre gelegen habe. Auf einen Nenner gebracht: es kamen in diesem Jahr weniger Menschen, die sich nur etwas ansehen wollten, als ernsthafte Interessenten. Und wenn sofort gekauft wurde, dann griffen die Käufer auch gleich tief in die Taschen.

25.9.1983: Hundert Jahre alt wird in diesem Jahr die Kapelle am alten Münsterer Friedhof. Sie steht an der Stelle, wo schon 1540, also lange Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg, ein Münsterer Bürger ein kleines Gotteshaus, die so genannte Wendelinskapelle hatte errichten lassen. Diese war jedoch schon im 18. Jh. verfallen. Die heutige Kapelle wurde von dem Geistlichen Franz Schüler in Auftrag gegeben. Schüler wurde 1806 in Aschaffenburg geboren und war von 1861 bis zu seinem Tode 1890 Pfarrer in Münster. Den Bau der Kapelle finanzierte er aus seinem eigenen Vermögen. Den Grund und Boden kaufte er von der Gemeinde Münster und zahlte 30 Mark dafür.

Die Kapelle, die dann entstand, wurde im neugotischen Stil gebaut und zwar der Mutter Gottes geweiht. Pfarrer Schüler wurde hier auch begraben, nachdem er in seinem Testament verfügt hatte: "Meine Leiche soll dort nach Standesbrauch zu Füßen der schmerzhaften Muttergottes auf dem Grund und Boden der von mir erbauten Kapelle bestattet werden." Die Statue, die sein Grab ziert, kam aus der Gimbacher Kapelle und steht heute in der St. Dionysiuskirche.

Wie schon der Name besagt, befand sich der Bauplatz an einem Ort, wo früher eine Kirche stand. Es war die dem hl. Wendelin geweihte und um 1540 vom Kelkheimer Einwohner Hen Zöppel gebaute Kapelle. Hen Zöppel stiftete dafür nicht nur Grund und Boden, sondern errichtete das Gebäude auch aus eigenen Mitteln. Der hl. Wendelin wurde sicherlich deshalb Namensgeber des Kirchleins, weil er Schutzheiliger und Patron der Felder und der Herden ist. Zur Erhaltung der Kapelle sollte später Zöppels ganzer aus Äckern, Wiesen und Weinbergen bestehender Besitz dienen, den er der Pfarrei Münster vermachte.

Sein Testament ging noch weiter: er bat darum, dass ein Pfarrherr aus Münster dort Messen lesen und ihm ein Glöckner dabei assistieren sollte. Als Entgelt, so verfügte Hen Zöppel weiter, konnte der Pfarrherr das Grundstück nutzen; der Glöckner erhielt für seine Dienste den Ertrag der Gimbacher Wiese. Wie so oft jedoch - im Laufe der Zeit verwilderte das Grundstück und wurde anderweitig vergeben. Die Kirche verfiel, so dass dann im Jahre 1891 die letzten Mauerreste abgebrochen und die Steine für 28 Gulden verkauft wurden.

Pfarrer Hermann Stinner, von dem diese Informationen stammen, berichtet weiter, dass auch Pfarrer Schüler, wie schon der erste Mäzen, seine Kapelle nach seinem Tode der Kirchengemeinde Münster vermacht habe. Die sparsamen Münsterer Kirchenvorstände mochten das Geschenk jedoch nicht annehmen, weil ihnen die Unterhaltungskosten (heute Nachfolgelasten genannt) zu hoch erschienen. Und erst als die Alleinerbin 2.000 Mark stiftete, übernahm der kath. Kirchenfonds Münster die Kapelle. Die Erbin starb 1927. Ihr Vermögen fiel an die Kirchenkasse. Allerdings war das Geld nach der Inflation kaum noch ein paar Mark wert. Heute wird die Kapelle nach Errichtung des Münsterer Friedhofs als Totenkapelle genutzt.

Die Kelkheimer UKW hat gegen die CDU einen Strafantrag gestellt. Wie UKW-Sprecher Albrecht Kündiger mitteilte, fühlt sich die UKW durch ein Flugblatt, das die CDU zur Landtagswahl verbreitet habe, diffamiert. Darin sei ein Leserbrief der UKW zum so genannten Blutattentat des grünen Landtagsabgeordneten Schwalbe-Hoth abgedruckt worden. Da dieser abgedruckte Brief nur mit UKW unterschrieben war und jeder Hinweis auf die CDU-Urheberschaft bei dem Flugblatt fehlte, sollte nach der Vermutung Albrecht Kündigers der Eindruck erweckt werden, das Flugblatt stamme von der UKW.

Zudem habe die CDU einen Verstoß gegen die gesetzlichen Urheberschriften begangen, da auf dem Flugblatt jeder Hinweis auf die CDU fehlte. Wie Albrecht Kündiger weiter mitteilte, habe ihm gegenüber der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes, Dr. Klaus Fischer, eingeräumt, dass das Flugblatt von der CDU verbreitet worden sei.

7.10.1983: Die Anlieger des Gimbacher Weges gehen auf die Barrikaden. Hübsch sind sie, die vielen Häuschen entlang des idyllisch gelegenen Gimbacher Weges. Hier scheint die Welt auf den ersten Blick noch in Ordnung. Doch der Schein trügt - es gibt Probleme, und das schon seit Jahren. Nicht etwa, dass

sich die Anwohner untereinander das Leben schwermachen, nein, die Verkehrsverhältnisse sind es, die die Bewohner dort "auf die Palme bringen".

Sage und schreibe 17 Anwohner des betreffenden Teilstücks haben sich jetzt bei der Verwaltung beschwert - manch einer schrieb sogar schon an das Ministerium. So führt das zu knappe Parkplatzangebot des nahe gelegenen Ausflugsziels "Gimbacher Hof" dazu, dass Besucher ihre Autos oftmals schon im Gimbacher Weg abstellen und dabei auch einmal eine Ausfahrt versperren. Und auch der rückfließende Verkehr, also jene Leute, die sich mit ihrem PKW einen Parkplatz am "Gimbi" ergatterten und zu später Stunde dann die Heimfahrt antreten, bereiten Kummer und Sorgen für die Anlieger: Sie fühlen sich speziell in den Sommermonaten, wenn das Ausflugsziel ja öfters frequentiert wird, um ihre Nachtruhe gebracht. Zu allem kommt, dass der Gimbacher Weg in einem Teilbereich recht schmal ausgebaut ist, und auch dies hat seinen guten Grund: Man wollte den dortigen alten Baumbestand (70 und 80 Jahre) schützen.

Nun ist es indes nicht so, dass sich die Verwaltung noch nicht mit dem Problem beschäftigt hätte. Bereits 1979/80 wurde die Sache ausführlich in den Ausschüssen diskutiert, und jetzt befassen sich die städtischen Gremien wieder mit dem Problem. Doch zu einer Lösung kam man bis zum heutigen Tag nicht. Was wurde in der Vergangenheit getan, und was will man künftig ändern? Bgm. Dr. Stephan, der in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gewerbe, Verkehr und Umwelt betonte, dass das Problem in dem Teilstück seit langem klar sei, erklärte nun, dass man in der Vergangenheit, auf einen Verwaltungsentwurf zurückgreifend, den Verbindungsweg zwischen dem Gimbacher Hof und der Gundelhardtstraße ausbauen wollte, um eine Aufspaltung des Verkehrs zu erreichen. Auch eine eventuelle Einbahnregelung sei schon im Gespräch gewesen. Auf einen Bebauungsplan konnten sich die Stadtverordneten in der letzten Legislaturperiode nicht einigen. Jedoch habe man versucht, durch eine Verkehrsbeschilderung das Problem der abgestellten Fahrzeuge "in den Griff zu bekommen".

Ende Juni d. J. flatterten dem Bürgermeister dann zahlreiche Beschwerdebriefe auf den Schreibtisch, und er nahm dies nach seinen Worten zum Anlass, die Angelegenheit erneut im Magistrat zu diskutieren. Aber auch dort kam man bis jetzt noch zu keiner abschließenden Entscheidung. Man habe die Möglichkeit gesehen, den Verkehr auf der vorhandenen Straße und weiter dann über den Spazierweg nach Fischbach zu leiten. Doch würden sich hier noch einige Probleme ergeben. Und zu dem Problem des ruhenden Verkehrs: "Die Eigentümerin müsste auf alle Fälle mehr Stellplätze für die Besucher ihres Ausflugslokals zur Verfügung stellen", erklärte Dr. Stephan.

Inzwischen wurde die Sache ja weiter im Ausschuss behandelt. Und hier soll die Frage der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am Gimbacher Hof erst einmal in den Fraktionen und dann wieder im Ausschuss behandelt werden. Doch sprach man sich im Ausschuss dafür aus, dass mittelfristig folgende Lösungen der Probleme denkbar seien: Da wäre einmal die Sperrung der Zufahrt zum Gimbacher Weg bei Ausweisung eines Parkplatzes an der Altkönigstraße für die Besucher des Gimbacher Hofes, dann die Errichtung eines Ringverkehrs (Einbahnregelung) ab Gimbacher Hof über den Betonweg nach Fischbach und die Schaffung einer neuen Zufahrt von der Fischbacher Straße her. Doch auch einige der hier betroffenen Anwohner sollen hier einmal Gelegenheit haben, sich zu ihrem Problem zu äußern.

"Bis ein Uhr in der Nacht brausen die Motorradhelden mit ihren frisierten Maschinen an unserem Haus vorbei", ärgert sich Familie Walter Beuch aus dem Gimbacher Weg 24. So richtig ausspannen können sie nur mittwochs, wenn das Ausflugslokal Ruhetag hat. Besonders erzürnt ist die Familie, dass die Stadt in dieser Angelegenheit immer noch keine Lösung gefunden hat. "Da werden Katzen totgefahren, Hoftore aus ihrer Verankerung gerissen und die Leute um ihre Nachtruhe gebracht, und die Stadt tut nichts." Die Familie, die im Sommer nicht bei geöffnetem Fenster fernsehen kann, wäre schon mit einem Hinweisschild "Geschlossene Wohnsiedlung – Geschwindigkeitsbegrenzung 30 Stundenkilometer" zufrieden.

Insgesamt gefällt es uns nicht, dass der Gimbacher Hof zunehmend Gäste anzieht, und die dann mit ihren Fahrzeugen durch die relativ kleine und enge Straße rasen", erklärte ein weiterer Betroffener, Rolf Oppenländer, der auch im Gimbacher Weg zu Hause ist. Besonders schlimm sei die Situation für die zahlreichen Familien mit kleinen Kindern. Und wie man die Verkehrsverhältnisse dort verbessern kann, darüber hat man bei der Familie Oppenländer auch klare Vorstellungen: "Logisch, dass wir den Straßenverkehr nicht anderen vor die Haustür legen wollen, aber eine "Ausdünnung" des Verkehrs, eine Einbahnregelung wäre doch sinnvoll, meinte man.

Margarete Pfeffer, Besitzerin des Ausflugslokals zu den Vorwürfen des geringen Parkplatzangebotes: "Vor langer Zeit hatten wir schon einen Bauantrag für 73 Parkplätze eingereicht, doch dies wurde auf Eis gelegt. Als wir keine andere Lösung mehr sahen, bauten wir 28 Parkplätze provisorisch aus." Frau Pfeffer, nicht gerade gut auf Bgm. Dr. Stephan zu sprechen, ließ des Weiteren ein klares Nein in Sachen "Entlastungsstraße für das schöne Wetter" - wie sie es nannte - hören. "Und wir sind nicht bereit, den letzten Weg den Mütter mit ihren Kindern und Spaziergänger gerne aufsuchen, für entfernte Nachbarn zu opfern."

Schülerstatistik 1983 in den Kelkheimer Schulen. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Schüler ständig vermindert. Diese Entwicklung setzte sich 1983 auch in Kelkheim fort, wie die Statistik zum Herbst

dieses Jahres ausweist. Die Zahl der Grundschüler, die in den letzten Jahren am stärksten abgenommen hatte, sinkt inzwischen langsamer.

An den fünf Grundschulen im Stadtgebiet wurden am Stichtag (15.9.) erstmals weniger als tausend Grundschüler gezählt. Die Schülerzahl ist gegenüber dem Vorjahr um 67 auf nunmehr 994 gesunken. Gleichzeitig wurde die Zahl der Klassen von 43 auf 41 vermindert. Je eine Klasse weniger haben die Grundschulen in Fischbach (8 statt bisher 9 Klassen) und in Rossert (5 statt 6 Klassen). Durchgehend dreizügig wird nur noch die Schule in den Sindlinger Wiesen geführt, durchgehend zweizügig die Max-von-Gagern-Schule in Hornau und die Albert-von-Reinach-Schule in Fischbach, überwiegend zweizügig die Pestalozzischule in K.-Mitte, überwiegend einzügig die Grundschule Rossert. Die Grundschule Sindlinger Wiesen hat zusätzlich eine Vorschulklasse mit 12 Schülern.

Die Zahl der Gesamtschüler im Stadtgebiet hat sich um 175 auf 1.826 verringert. Im Vorjahr hatte sie noch knapp über der Zweitausender-Grenze gelegen. Die Eichendorffschule hat nur noch 1.086 Schüler in 38 Klassen, die sich auf die Förderstufe mit 10 Klassen, den Hauptschulzweig mit 7, den Realschulzweig mit 12 und den Gymnasialzweig mit 9 Klassen aufteilen. An dieser Gesamtschule gibt es gegenüber dem Vorjahr 2 Klassen weniger, je eine in der Förderstufe und im Hauptschulzweig.

Die Gesamtschule in Fischbach hat 740 Schüler, 50 weniger als im Vorjahr. Die Klassenzahl hat sich dort um 3 vermindert. Die Förderstufe hat noch 8 statt 9 Klassen, der Hauptschulzweig noch 3 statt 5, während der Realschulzweig und der Gymnasialzweig unverändert aus je 8 Klassen bestehen.

Die Gymnasiale Oberstufe, deren Schülerzahl während der letzten Jahre noch ständig zugenommen hatte, scheint ihre Stärke erreicht zu haben. Erstmals wird von dort 383 Schülern eine Zahl gemeldet, die um eine Ziffer des Vorjahres bleibt. Die Zahl der Normalkurse hat von 156 auf 186 zugenommen.

Die Gustav- Lesemann- Sonderschule verzeichnet ebenfalls einen beachtlichen Rückgang der Schülerzahlen von 110 im letzten Jahr auf 90 in diesem Herbst. Die Zahl der Klassen wurde von 9 auf 7 vermindert.

Die Schülerzahlen im Privatgymnasium Dr. Richter sind ebenfalls von 572 im Vorjahr um 12 auf 560 zurückgegangen.

Insgesamt gibt es in Kelkheim an den zehn Schulen - einschließlich der Dr. Richterschule - 3.853 Schüler. Im Vorjahr waren es noch 4.128 Schüler. Die Zahl der Klassen ist von 122 auf 113 zurückgegangen, wobei die Gymnasiale Oberstufe und die Privatschule wegen des Kurssystems nicht mitgezählt werden konnten. Die Klassenstärken haben sich bei allen Schulen nur geringfügig verändert. Sie liegen bei den Grundschulen unter 25 Schüler je Klasse, bei den Gesamtschulen unter 30 Schüler und bei der Sonderschule unter 13 Schüler je Klasse.

31.10.1983: Der neu gestaltete Bahnhofsvorplatz in K.-Mitte wurde heute offiziell in Anwesenheit der Spitzen der Verwaltung und des Kleinbahndirektors Dr. Valentin Jost seiner Bestimmung übergeben. Das 400.000-Mark-Projekt beinhaltet, dass jetzt die Bushaltestellen unmittelbar an den Bahnhof verlegt wurden, damit die Umsteiger zur Kleinbahn einen direkten Zugang zum Bahnsteig haben. Des Weiteren wurde der Taxenstand neu hergerichtet und neben der Verbindungsstraße neue Parkplätze angelegt sowie neue Bäume und Sträucher angepflanzt. Auch optisch wurde einiges verbessert. Da sind beispielsweise die neuen Straßenlampen, die sich in ihrer jetzigen Form dem romantischen Bahnhofsgebäude anpassen.

2.11.1983: Seit 25 Jahren ist Ortsgerichtsschöffe Erwin Prokasky ehrenamtlich tätig. Dafür wurde ihm in einer kleinen Feierstunde vom Direktor des Amtsgerichts Königstein eine Urkunde überreicht. Der Direktor dankte ihm nicht nur für seine Arbeit als Schöffe, sondern würdigte auch seine Tätigkeit als Gemeindevertreter und Beigeordneter in seiner Heimatgemeinde Eppenhain und später in Rossert, von Okt. 1956 bis Dez. 1976.

4.11.1983: In der Stadtverordnetensitzung fand ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend Ablehnung der geplanten Trasse der 380-KV-Hochspannungsleitung der RWE nicht die zur Aufnahme in die Tagesordnung erforderliche 2/3 Mehrheit. Der Antrag wurde als Fraktionsantrag 124 der SPD behandelt.

Der Nachtragshaushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1983 wurde mit 33 gegen 9 Stimmen zugestimmt, dagegen wurde die Finanzplanung für die Jahre 1982-1986 von den Stadtverordneten mit 21 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Der Umschuldung von Darlehen wurde einstimmig zugestimmt.

Die Hauungs- und Kulturpläne für das Forstwirtschaftsjahr 1984 wurden einstimmig genehmigt. In dem Hauungsplan ist ein Gesamteinschlag für 1984 von 3.315 fm gegenüber 2.555 fm im Jahr 1983 vorgesehen. Den Einnahmen von 184.000 DM stehen Ausgaben von insgesamt 382.730 DM gegenüber. Für die Forsteinrichtungen des Stadtwaldes ist die Anpflanzung von 34.250 Bäumen gegenüber 23.655 Stück im Vorjahr vorgesehen. Von diesen Bäumen entfallen für 1984 auf Nadelbäume 2.325 Stück und 31.925 Stück auf Laubbäume.

Kontroverse Diskussionen löste der nächste TOP aus. Nachdem sich die städtischen Gremien nun seit zwei Jahren um einen Standort für die geplante 400-Meter-Bahn Gedanken machen, in Ausschüssen und

Fraktionen ausgiebig diskutierten und für teures Geld ein Gutachter beauftragt wurde, war nun in der heutigen Sitzung die Sensation perfekt: es gab keine Mehrheit für das vorgesehene Gelände unterhalb des Hallenfreibades an der Jahnstraße. Lediglich die FWG und die UKW stimmten dafür, CDU und Liberale sprachen sich dagegen aus und die SPD enthielt sich der Stimme.

Doch bevor jene Entscheidung fiel, gab es im Parlament wieder einiges Hin und Her. Schuld daran mag wohl der Änderungsantrag der SPD gewesen sein, in dem gefordert wurde, dass die Kampfbahn Typ B mit 400-Meter-Laufbahn in zwei Jahren für die Benutzung zur Verfügung stehen soll. Selbst das Angebot vom Fraktionssprecher der SPD, Stv. Horst Ackermann, die geplante Anlage erst in drei Jahren den Sportlern zur Verfügung zu stellen, stieß auf keine Gegenliebe bei der CDU.

Der Fraktionschef der CDU, Stv. Erhard Roser, blieb bei seiner Aussage: "Wenn sich keine breite Mehrheit findet, werden wir den Vorschlag nicht weiter verfolgen". Warum nun dieser Sinneswandel bei der CDU? Sie hatte noch vor geraumer Zeit die Vorzüge einer 400-Meter-Bahn an der Jahnstraße angepriesen und dem Reit- und Fahrverein, der ja dort seine Dressurvierecke gebaut hat, ein Ersatzgelände angeboten. Stv. Ackermann fragte, warum die CDU, die sich nach seiner Ansicht "sonst einen Teufel um breite Mehrheiten kümmere", ausgerechnet jetzt darauf bestehe. Er nannte das Stimmverhalten der CDU "einmalig", indem sie ihre Abstimmung davon abhängig machte, was die SPD sage. Man wolle einen gewissen Zeitraum eingrenzen, wann die Sportler die Stätte nutzen können und nicht einfach einen Standort festlegen und dann mal weitersehen, betonte Ackermann. Man hege seitens der SPD Zweifel, ob die Sache je verwirklicht werde.

Es hat schon Seltenheitswert, wenn sich UKW, FWG und CDU einig sind, erklärte die Stv. Erika Bänfer von der FWG. Doch auch sie sollte sich getäuscht haben, denn diese Aussage machte sie im Vorfeld, als sich auch die CDU noch für den Standort Jahnstraße aussprachen. Sie erklärte, dass die FWG Ende 1981 zwar eine andere Meinung vertreten habe, nun aber nach mannigfachen Recherchen eingesehen habe, dass die vorgeschlagene Lösung (Jahnstraße) die beste sei. Da die Investition dem Breitensport dienen solle, sei es ein wichtiges Argument, wenn die über 1.000 Schüler der Eichendorffschule, der Gymnasialen Oberstufe oder des Richterergymnasiums jene Anlage nutzen könnten.

Zwar müsse der Südeingang des Freibades verlegt werden, was aber nicht so problematisch sei. Dem Reit- und Fahrverein müsse für seine Dressurvierecke ein Widerruf erteilt werden - doch dies habe ja noch Zeit, da bestimmt in dieser Legislaturperiode noch nicht mit dem Bau begonnen werde, betonte sie. Denn wo das Geld für den Bau in den nächsten zwei Jahren herkommen soll, das vermochte auch Frau Bänfer nicht klar zu erkennen.

Die FDP, die sich in Sachen 400-Meter-Bahn von Anfang an als standhaft erwies, sprach sich dafür aus, dass es genug geeignete Sportanlagen gebe, um die man sich mehr kümmern sollte. Stv. Carl-Wilhelm Meinel sprach von einem "Zickzackkurs" anderer Fraktionen.

Diese Aussage wurde sogleich von Stv. Bernd Wellershaus (SPD) bestätigt mit der Feststellung, dass dieses aber im Sinne der Sache geschehen sei. Und Stv. Meinel (FDP) war es auch, der den Reitern zur Seite stand. Es könne doch wohl nicht angehen, dass man sonst um Vereine - stets bemüht, hier beim Reit- und Fahrverein einfach sage "die müssen weg". Man solle jenen Verein nicht einfach salopp an die Seite stellen, betonte er. Außerdem verwies er auch auf zahlreiche Beschwerden der Anlieger. Meinel hielt es zudem nicht für sinnvoll, einen wertvollen Sportplatz für Parkflächen zu opfern.

"Wie viele Jahre muss es denn noch dauern, bis eine Stadt in der Größenordnung Kelkheims über eine eigene 400-Meter-Bahn verfügt", fragte Stv. Bernd Wellershaus (SPD). Stv. Roser (CDU) hielt eine 400-Meter-Bahn für eine Stadt wie Kelkheim für notwendig. Doch lege seine Fraktion Wert darauf, dass jene Entscheidung von einer breiten Mehrheit getragen werde.

Stv. Thalheimer von der UKW sprach von besten Bedingungen und Voraussetzungen für eine solche Anlage an der Jahnstraße. Doch, dass ein Spielfeld zu einem Parkplatz umfunktioniert werden soll, passte der UKW aber auch nicht so recht. Und ganz abgeneigt, dem SPD-Änderungsantrag zuzustimmen, zeigte man sich auch nicht.

Stv. Karl-Heinz Moormann (FWG) war dafür, dass man jenem Beschlussvorschlag - 400-Meter-Bahn an der Jahnstraße - zustimmen, die finanziellen Probleme aber der Zukunft überlassen solle. Als die vorgefassten Meinungen so allmählich ins Wanken gerieten, verstand auch Karl-Heinz Moormann dann die Welt nicht mehr: "Bis eben war die Jahnstraße noch der beste Platz, aber wenn sich keine Mehrheiten finden, ist er plötzlich nicht mehr so gut". Und nach diesem Angriff der FWG gegen die CDU, war dann auch die SPD an der Reihe: "Ihre Argumente gegen die Jahnstraße fallen weg, wenn der Platz in kurzer Zeit erstellt wird - ich sehe darin keine Logik", rügte Moormann.

Der Änderungsantrag der SPD auf zeitliche Festlegung der Fertigstellung der 400-Meter-Laufbahn in drei Jahren wurde mit 25 gegen 16 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Die vom Fachausschuss vorgeschlagene Beschlussempfehlung betreffend Festlegung des Standortes für den Bau der Kampfbahn Typ B mit 400-Meter-Laufbahn an der Jahnstraße, wurde mit 20 gegen 10 Stimmen bei 12 Enthaltungen abgelehnt, damit war die Sensation perfekt.

Danach genehmigten die Stadtverordneten noch einige Erschließungskostenbeiträge verschiedener Teileinrichtungen in einigen Baugebieten. Danach stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

Der Streit um den Ausflugsverkehr zum und vom Gimbacher Hof geht in die nächste Runde. Jetzt forderten die Fischbacher Anlieger mit einer Unterschriftenaktion, dass der Wanderweg vom Gimbacher Hof nach Fischbach nicht als Fahrstraße ausgebaut werden darf. Bestärkt durch ca. 1.000 Unterschriften aus Kelkheim und Fischbach richteten die Initiatoren, die diesen Eingriff in ihre Umwelt nicht so ohne weiteres hinnehmen wollen, ihr Anliegen an den Magistrat und die im Stadtparlament vertretenden Parteien. Die Initiatoren vertreten die Meinung, dass jener Feldweg ein beliebter Wanderweg ist, der durch eine landschaftlich reizvolle Umgebung und durch den Grüngürtel zwischen Kelkheim und Fischbach führt. Bekanntlich finden ja auch viele Bürger aus beiden Orten und der näheren Umgebung hier Erholung. Zudem wird jener Weg mit Vorliebe von Müttern mit Kindern und Hundebesitzern aufgesucht. So meinen nun auch die Bürger aus Fischbach, daß durch den Ausbau des Wanderweges zur Fahrstraße nicht nur ein schöner Waldweg entfallen, sondern auch eine bisher unberührte Naturlandschaft zerstört würde.

Die Metzgerei Konrad Blei in der Frankfurter Straße feiert dieser Tage 50-jähriges Geschäftsjubiläum und den 75. Geburtstag des Firmengründers.

18.11.1983: Fast 200 Zuhörer füllten den Saal des kath. Gemeindezentrums St. Martin in Hornau während einer Bürgerversammlung, in der es um die Themen "Flurbereinigung" und "Verkehrsprobleme" ging. Stv. Gerhard Claßen (CDU) führte in Vertretung der Stadtverordnetenvorsteherin Alwine Bock den Vorsitz. Auf reges Publikumsinteresse stieß eigentlich nur das im zweiten Teil des Abends behandelte Thema: Verkehr. Vorher hatte Bgm. Dr. Stephan Sinn und Zweck einer Flurbereinigung erläutert. Sie diene letztlich dazu, den Boden einer optimalen Nutzung zuzuführen. Im Laufe der Jahre sei die Gemarkung durch die Bebauung mit Gebäuden und durch Wege und Straßen zerschnitten worden. Täler und Auen hätten teilweise brach gelegen. Die Wiesengründe, die von Eigentümern nicht mehr genutzt werden, wieder herzustellen und unter Umständen in Regie der Stadt zu betreuen, sowie landwirtschaftliche Verkehrswege und Pfade für die Spaziergänger anzulegen, sei die Zielsetzung der jüngsten Flurbereinigung. Sie decke sich fast gänzlich - damit beantwortete er gleichzeitig eine Frage des BIK- Vorsitzenden Manfred Guder - mit den Wünschen der Naturschützer. Neues Schrebergartengelände soll im Gebiet zwischen Hornau und der "Roten Mühle" links und rechts vom Liederbach ausgewiesen werden, dies gab der Bürgermeister auch bekannt. Gleichzeitig teilte er mit, die Bauaufsicht des MTK habe eine Bestandsaufnahme der in der freien Feldflur errichteten Bauwerke (Gartenhütten und Zäune) gemacht. Für viele zu groß gebaute Gartenhütten seien inzwischen Abrissverfügungen erlassen worden. Bleiben könnten nur solche Hütten, die eindeutig der Unterstellung von Geräten dienen, aber auch hier sei die Erlaubnis zeitlich begrenzt.

Die Sorge um die Sicherheit der Kinder und der Fußgänger allgemein - weil auf Kelkheims Straßen zu schnell gefahren werde - waren neben der Beseitigung des Autoverkehrs vor der eigenen Haustüre die zentralen Themen, als es um den zweiten Teil der Tagesordnung ging. Vorschläge der Raserei und dem Verkehrsaufkommen Herr zu werden, gab es einige. Aufpflasterungen der Fahrbahn oder Hindernisse durch Pflanzkübel wurden ins Auge gefasst. Als Fazit kristallisierte sich aber dabei immer wieder heraus, dass man den Verkehr damit nur auf andere Straßen verlagern würde. Radarkontrollen sollen auf jeden Fall bei der Polizei beantragt und Hinweisschilder auf den Wohncharakter der Straßen, dort wo es möglich ist, aufgestellt werden.

Wie schwer es sein wird, das Verkehrsaufkommen in Kelkheim zu verringern, machte Dr. Stephan anhand der Zahlen aus der jüngsten Verkehrszählung deutlich. Im höchstgelegenen Stadtteil Eppenhain, der keine Durchgangsstraße besitzt, wurde mit ein paar hundert Fahrzeugen naturgemäß das geringste Verkehrsaufkommen festgestellt. An der Domagk-Klinik waren es immerhin schon 3.000. Im Kreuzungsbereich Langstraße/Eppsteiner Straße waren es 5.700 und gar 10.000 an der Einmündung der B 455 in die Kelkheimer Straße und am Ortsende von Fischbach am Hegewald wurden 13.000 Einheiten gezählt. Der verkehrsreichste Punkt im Stadtbereich von Kelkheim aber ist - und das war eine Überraschung für alle - der Knoten Bahnstraße/ Pestalozzistraße/Fischbacher Straße/ Altkönigstraße/ Berliner Ring mit 17.600 Einheiten. Der südlichste Zählpunkt, der Münsterer Knoten, war dagegen "nur" mit 15.800 belastet.

Das Fazit, das der Bürgermeister im Vergleich zur vorangegangenen Zählung im Oktober 1979 zog, ist eine stetige Zunahme des motorisierten Verkehrs, obwohl der Bevölkerungszuwachs in dieser Zeit gering war. Eine spürbare Entlastung des innerörtlichen Verkehrsaufkommens werde es erst geben, wenn das noch zu bauende Teilstück der B 8 im Bereich des Rettershofes an die neue B 455-Tangente angebunden sei, meinte er. Man rechne mit mindestens 10.000 PKW- Einheiten, die dann täglich weniger durch Kelkheim fahren.

21.11.1983: Heute eröffnete Herr Dipl. Soz. Dr. Mehdi Tohidipur am Bahnhof K.-Mitte die METO-
BUCHHANDLUNG. Es ist ein Geschäft für Bücher-, Presse- und Schreibwaren.

In Münster eröffnete Frau Waltraud Elzenheimer einen Frisier-Salon mit dem Namen "Uschi's
Frisierstübchen".

In Fischbach, am Hohenstein, eröffneten Gerdi und Rudi Laub im so genannten "Kleeblatthaus" eine
Gaststätte mit dem bezeichnenden Namen "Zum Kleeblatt".

Als Pfarrer Bertram Rohr von der Dreifaltigkeitsgemeinde Fischbach Anfang des Jahres seinen 50.
Geburtstag feierte, bat er die Gratulanten ihm keine Geschenke zu machen, sondern die Fischbacher
sollten lieber ein paar Mark spenden, damit die früheren Pfarrer Geistlicher Rat Dekan Jansen und Horn
auf dem Fischbacher Friedhof eine würdige Begräbnisstätte erhalten. Seit Übernahme der Pfarrstelle in
Fischbach bemühe er sich, dieses Ziel zu erreichen.

Zunächst habe er dafür gesorgt, daß die Stadtverwaltung auf dem Friedhof einen schönen Platz zur
Verfügung stellte, dorthin ließ er seine beiden Vorgänger umbetten. Als nächstes folgte nach seinem
Geburtstag, als 3.000 Mark zusammengekommen waren, die Errichtung einer Gedenkstätte. Der Hornauer
Holzschnitzer Johannes N. Klarmann schuf aus Holz zwei Skulpturen, eine mit der Inschrift "Wir gedenken
unserer verstorbenen Seelsorger" und die Auferstehungsfigur mit der Inschrift "Auferstehung und das
Leben". Geplant ist ferner für die beiden Pfarrer Gedenkplatten anfertigen zu lassen, die an das
segensreiche Wirken und die Arbeit in Fischbach erinnern sollen.

Die Kelkheimer Sektion des Bundes für Vogelschutz und die Deutsche Waldjugend haben jetzt auf dem
Parkplatz des Rettershofes einen Info-Pavillon für Vögel aufgestellt. Sechs Schaubilder geben Auskunft
über vielerlei Dinge der Natur, wie zum Beispiel "saurer Regen", Pilze, Laubbäume und Winterfütterung der
Vögel.

Das Reformhaus Struck in der Frankfurter Straße kann dieser Tage 25-jähriges Geschäftsjubiläum feiern.

Da sich der weitere Ausbau der B 8 verzögern wird, hatte der Magistrat das Straßenbauamt gebeten, die
Abfahrt von der B 8 in Hornau mit einer besseren Abbiegemöglichkeit zu versehen. Nach der
Sommerpause wurde mit der Ergänzung des Knotenpunktes begonnen. Die Arbeiten waren Ende Oktober
beendet. Das Straßenstück wurde inzwischen dem Verkehr übergeben.

2. bis 4.12.1983: Kelkheimer Vereine, Verbände, Organisationen und Gewerbetreibende boten auf dem
Rathausvorplatz wieder weihnachtliche Artikel, Getränke und Speisen an. Der Weihnachtsmarkt wird von
der Bevölkerung gerne angenommen.

2.12.1983: In der Stadtverordnetensitzung führte die Vorsteherin Frau Bock den für den zurückgetretenen
Stv. Alfred Spahn (CDU) nachrückenden Stv. Rolf Rosenkranz (CDU) in sein Amt ein. Ansonsten wurden
in dieser Sitzung nur Anträge der Fraktionen abgehandelt.

Einstimmig verabschiedeten die Stadtverordneten eine von der SPD eingebrachte Resolution gegen den
Waldeinschlag für eine Hochspannungstrasse durch den Stadtwald. Das RWE beabsichtigt, eine Schneise
für eine 380 KV-Freileitung zu schlagen. Werden die Kabel niedrig geführt, müssen etwa 20,6 ha Wald für
eine Trassenbreite von 117 Meter gerodet werden. Wird die Leitung hoch geführt, wären es immerhin noch
7,2 ha Wald für eine Trassenbreite von 79,5 Meter. Der Magistrat wurde beauftragt, sich mit allen Mitteln
gegen die genannte Maßnahme einzusetzen. Die vorgesehene Rodung der Waldflächen ist in keiner
Weise zu verantworten.

Der Beschlussempfehlung zum Antrag Nr. 95 FWG-Fraktion, betreffend Ausbildungsverbund wurde
einstimmig zugestimmt.

Der Beschlussempfehlung zum Antrag Nr. 96 CDU-Fraktion, betreffend Ausbau der Fußwege von
Mainblick bis Hauptfriedhof und Straße Nach dem Busch wurde einstimmig zugestimmt.

Der Beschlussempfehlung zum Antrag Nr. 97 FDP-Fraktion, betreffend Stilllegung bzw. Abbau von Ampeln
stimmten man mit 40 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Der Antrag Nr. 98 FWG-Fraktion, betreffend Änderung der Geschäftsordnung der
Stadtverordnetenversammlung wurde mit 35 gegen 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Beschlussempfehlung zum Antrag Nr. 99 SPD-Fraktion, betreffend Einrichtung von Jugendtreffs in
Eppenhain und Ruppertshain wurde einstimmig zugestimmt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag Nr. 100 SPD-Fraktion, betreffend Altpapiercontainer
nochmals zur Beratung in die Fachausschüsse zu verweisen, wurde mit 20 gegen 20 Stimmen bei 1
Enthaltung abgelehnt. Der Antrag Nr. 100 wurde gemäß Beschlussempfehlung mit 21 gegen 16 Stimmen
bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Dem Antrag Nr. 101 UKW-Fraktion, betreffend Änderung des Vertrages mit der STEG bezüglich Wohnhaus Hauptstraße 54 stimmte man in der von der FWG vorgeschlagenen Form mit 29 gegen 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu.

Die Stadtverordneten beschloss, nochmals den Antrag Nr. 102 der UKW-Fraktion, betreffend Bebauungsplan westlich der Bahnlinie zwischen Berliner Ring und Lessingstraße, und den Änderungsantrag der SPD-Fraktion hierzu ebenfalls im Fachausschuss zu beraten. Abstimmung: 36 gegen 1 Stimme bei 4 Enthaltungen.

4.12.1983: Riesenansturm der Münsterer auf das neue "Alte Rathaus Münster", um beim "Tag der offenen Tür" ihr neues, altes Schmuckstück nach der Renovierung zu begutachten. Eingerichtet wurde eine hübsche kleine Kneipe und gemütliche Vereinsräume, die heute der Bevölkerung vorgestellt wurden. Angefangen vom Kleinkind bis zum alteingesessenen Bürger war alles vertreten. Auch Vertreter der städtischen Gremien, der Vereine, der Kirchen und des Kreises ließen es sich nicht nehmen, bei der offiziellen Eröffnung dabei zu sein.

Nachdem der Spielmanns- und Fanfarenzug der TSG Münster schon vor dem Rathaus die Besucher musikalisch einstimmte, war es dann der MGV "Liederkrantz" Münster, der erstmals im Dachgeschoß die Akustik erprobte. Bgm. Dr. Stephan dankte allen, die bei der Planung und Verwirklichung von Ideen mitgewirkt hatten. Da nannte er Architekt Friedrich Rosenberg, die Künstler, die Handwerker und viele mehr. Man solle sich in dem neu entstandenen Domizil für die Bevölkerung treffen und das "Menschsein" pflegen, sagte er. "Nehmen sie es in Besitz, das neue, alte Schmuckstück", forderte der Bürgermeister die Bürger auf.

Kreisheimatpfleger Dietrich Kleipa nahm die Übergabe des renovierten Gebäudes zum Anlass, den Besuchern einen Blick in die Geschichte des historischen Bauwerks zu gewähren.

In einem Grußwort gab Architekt Rosenberg einen Überblick über die Renovierungsarbeiten. Er bedankte sich dafür, dass er mit der Planung und Gestaltung beauftragt wurde und betonte, dass es lobenswert sei, dass die Stadt mit gutem Beispiel in Sachen Renovierung von Fachwerkhäusern ein gutes Vorbild gebe.

Reinhold Herr, der Vorsitzende der Bürgervereinigung Alt- Münster, dankte allen, die an der Gestaltung des neuen Schmuckstückes beteiligt waren und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Kirchplatz eines Tages ebenso ins Ortsbild passe, wie das renovierte Rathaus. Und bekanntlich hat ja die Bürgervereinigung 50.000 Mark zur Finanzierung der Renovierung beigetragen. Dann erhielt Dr. Stephan die Urkunde über den Betrag.

Schlosser Manfred Albrecht, Schmied Peter Thoma und Maler Alois Steyer, alle Mitarbeiter im städtischen Bauhof, haben mit viel Liebe zum Detail wahre Kunstwerke an dem Gebäude geschaffen. Ein schmiedeeisernes Schild, passend zum Ensemble der Umgebung, weist auf Gemütlichkeit mit gepflegten Weinen, Biere und Kaffee hin, ein weiteres Detail ist ein Grenzstein aus dem 18. Jh., der als Prellstein an der Nordseite des Gebäudes aufgestellt wurde und auffallend auch die Bronzetafel, in der man stichwortartig die Geschichte des Alten Rathauses nachlesen kann. Interessant auch der ehemalige Torbogenabschlussstein, der jetzt über der Bronzetafel seinen Platz gefunden hat. Jener Stein stammt aus der ehemaligen Münsterer Mühle und ist mit dem Wappen Hartmuts XIII. von Cronberg (1517 bis 1591) und seiner ersten Frau Barbara von Sickingen ausgestattet. Der eingemauerte Wappenstein erinnert an den Besitzer des ehemaligen Hofgutes der Jahre 1587 bis 1591.

Anlässlich der Inbetriebnahme des Alten Rathauses hat Dietrich Kleipa im Kelkheimer Anzeiger des Jahres 1983/84 ab Nr. 49 u.f. einen Aufsatz über die Geschichte des Alten Rathauses Münster geschrieben. Der Verfasser bringt diesen Aufsatz aus aktuellem Anlass.

Am 4. Dezember 1983 wurde mit einer Feierstunde die Renovierung des Alten Rathauses in K.- Münster abgeschlossen und das Haus offiziell seiner neuen Bestimmung als Gaststätte und Vereinshaus übergeben. Ein solches Ereignis mag Anlass sein, einen historischen Rückblick anzustellen. Der wohl bekannteste Fachwerkbau unserer Stadt blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück.

Das Hofgut, auf dessen Gelände das Alte Rathaus steht, wird 1457 erstmals schriftlich erwähnt. Eigentümer war damals Gottfried der VIII. von Eppstein-Münzenberg. Sein Sohn Gottfried IX. verkaufte 1492 mit dem größten Teil seiner Herrschaft, dem Ländchen, auch den Hof in Münster an den oberhessischen Landgrafen Wilhelm III. Aus hessischen Besitz kam er durch Tausch (1587) an Hartmut XIII. von Kronberg. An diesen Kronberger erinnert ein Torbogenschlussstein aus der abgebrochenen Münsterer Mühle. Er zeigt das Wappen Hartmuts und das Wappen seiner ersten Frau Barbara von Sickingen. Der Wappenstein wurde nach 1539, dem Hochzeitsjahr, geschaffen. Er ist jetzt in die nördliche Erdgeschoßmauer des Alten Rathauses eingemauert.

Nach dem Tode des letzten Kronbergers im Jahre 1704 ging das Hofgut in das Eigentum der Freiherren von Bettendorf über. In der Zeit dieser Familie beginnt die Geschichte des Alten Rathauses. Maria Theresia Freifräulein von Bettendorf trat 1773 in Münster das Erbe ihres ohne Nachkommen verstorbenen Bruders Johann Philipp an. Sie selbst wohnte in Mainz und gab das etwa 200 Morgen große Hofgut in Pacht. Ein Verwalter führte die Aufsicht über ihre Güter, zu denen in Münster auch die Mühle sowie der Fronhof, der in der Nähe des Pfarrhofes lag, zählten. Therese von Bettendorf war die Bauherrin des Alten

Rathauses, das als Wohnhaus des Hofgutes an der Stelle eines älteren Gebäudes im Jahre 1789 errichtet wurde.

Öfters wird die Frage nach dem Alter eines Hauses gestellt. Je höher das Alter, umso größer meist auch der ideelle Wert für den Besitzer. Es ist aber keineswegs leicht, das Alter eines Hauses zu bestimmen, wenn - wie beim Alten Rathaus - keine Baunachrichten vorliegen. Fehlt auch eine Jahreszahl im ursprünglichen Holzgefüge, konnte man das Baudatum bis vor einigen Jahren nur annähernd bestimmen anhand der zeitstilistischen Merkmale des Fachwerks.

Am Alten Rathaus fehlen die ausschmückenden Hölzer: Geschnitzte Eckständer, Rauten und Andreaskreuze suchen wir vergeblich. Nicht vorhanden sind konstruktive Teile wie Gegenstreben, Kopfbänder und Winkelhölzer. Die geraden, nicht sehr starken Streben stehen zwischen Schwelle Rähmbalken. Diese stilistischen Merkmale sind typisch für eine Bauzeit ab etwa 1750, und so wurde bisher das Baujahr mit "um 1750" angenommen.

Seit etlichen Jahren wird jedoch die exakte Datierung mittels dendrochronologischer Untersuchung, d.h. eine vergleichende Untersuchung des Jahresringbreiten der Holzstämmen und die Feststellung der Fälldaten, durchgeführt. Eine im Oktober 1983 vorgenommene Untersuchung am Holz des Alten Rathauses ergab das einheitliche Fälldatum von 1788, so dass die Erbauung des Alten Rathauses in das Jahr 1789 fällt.

Fräulein Therese von Bettendorf starb 1801 im Alter von 81 Jahren. Ihr Besitz in Münster kam an ihre Nichte Sophie Gräfin von Coudenhoven. Die Gräfin spielte als Geliebte des Mainzer Erzbischofs und Kurfürsten Friedrich Karl von Erthal in den letzten Tagen des Kurstaates eine bedeutende, oft in die hohe Politik eingreifende Rolle. Sophie von Coudenhoven verkaufte am 4. September 1812 ihren gesamten Besitz in Münster an den Höchster Handelsmann Hinckel. Der Weinhändler und Spediteur sah in dem neu Erworbenen nur ein Spekulationsobjekt. Die Güter wurden sofort in kleine Parzellen aufgeteilt und öffentlich versteigert. Der Gewinn des Handelsmannes erreichte beinahe das Doppelte ("was die Gräfin recht verdrossen hat", bemerkte der Höchster Amtmann zum Verkauf).

Bereits fünf Wochen später, am 11. Oktober 1812, verkauften Johannes Hinckel und seine Söhne die ehemals Coudenhov'sche Hofstätte an die Gemeinde Münster. In einem Schreiben an die Herzoglich-Nassauische Landesregierung zu Wiesbaden baten der Schultheiß und die Gemeindevorsteher um Genehmigung des Kaufvertrages. Ausführlich begründeten sie den für die Gemeinde so nützlichen Kauf: "Aus dem in Abschrift hier anliegenden Verkaufs- und Kaufcontracte vom 11ten dieses Monats wird eine Herzoglich Hohe Landesregierung gnädig zu entnehmen geruhen, dass die Gemeinde Münster von Herrn Hinckel und Söhne zu Höchst den vormals Gräflich von Coudenhove'schen Hofbering mit Wohnhaus, Scheuer, Stallungen und Garten, den Fruchtzehnten auf dem Halböhlfeld, den Kraut- und Blutzehnten zu ein Drittel, dann die Schäfereigerechtigkeit, alles dies in Münster und Niederhofheimer Gemarkung gelegen, um die Summe von 6.300 Gulden in zwei Terminen zahlbar, an sich erkauf hat.

Dieser Kauf war für die Gemeinde eines Teils sehr notwendig, und ist anderen Teils für dieselbe in jeder Rücksicht äußerst vorteilhaft, denn: 1. ist es bekannt, dass das Gerichtshaus (Rathaus) wegen gedrohtem Einsturze abgerissen werden musste. Das Schulhaus ist ebenfalls nicht allein baufällig, sondern zu klein, und muss wegen dem Kirchenbau gleichfalls umgerissen und hinweggeschafft werden.

Die Gemeinde war und ist daher notgedrungen und Vorhabens, ein Rat- und Schulhaus zu erbauen. Die Überschlüge hierzu sind von dem herzoglichen Herrn Landesbaumeister Knauer schon aufgenommen und belaufen sich, ohne das Holz, welches die Gemeinde aus ihren Waldungen hätte stellen müssen und ohne die Fuhren, welche in der Fronde hätten verrichtet werden müssen, über 1.000 Gulden an Arbeitslohn und sonst erforderlichen Baumaterialien. Durch den anerkauften von Coudenhove'schen Hofbering erhält die Gemeinde ein zweistöckiges Wohnhaus, welches noch ganz neu ist, und in allem geräumigen Platz hat. Dieselbe gewinnt, ohne weiteren Kostenaufwand ein Rat- und Schulhaus nebst Hof und Garten dazu, welches nach seinem Schnittgehalt immer mehr wert ist, als wenn die Gemeinde ein dergleichen neues mit so beträchtlichen Kosten selbst erbaut hätte. Ihren übrigen von Coudenhove'schen Hofbering nebst doppelten Scheuer, Stallungen und Garten kann und will die Gemeinde ebenso auf den Abbruch verkaufen, und kann aus ersterem wenigstens über 2.000 Gulden, aus dem alten Rathausplatz allenfalls 50 Gulden und aus dem Schulhause über 200 Gulden erlöst werden.

2. (betr. die Schäfereigerechtigkeit), 3. (den Frucht- und Krautzehnten und das Faselvieh), da der große Vorteil der Gemeinde bei diesem Kaufe offenbar vorliegt, so ergetet namens derselben an eine Herzogliche Hohe Landesregierung mein untertänigstes Bitten, diesen abgeschlossenen Kauf des von Coudenhove'schen Hofberings und Schäfereigerechtigkeit gnädigst zu genehmigen. In tiefer Verehrung hat die Gnade zu sein einer Herzoglich Hoher Landesregierung untertänig gehorsamster Schultheiß Aumüller, Bürgermeister (Gemeinderechner) Herr, Gerichtsschöffe Wilhelm Herr, Leonhardt Kilb, Johann Zelser, Gemeindevorsteher Georg Mertz, Hennrich Reiter". Am 8. Januar 1813 genehmigte das Staatsministerium den Ankauf des von Coudenhove'schen Hofes.

Der Wunsch der Münsterer Bürger nach einem Rathaus war verständlich, Rathäuser galten in den Dörfern unserer Landschaft seit der Mitte des 16. Jh. als äußere Zeichen der Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung ist hierzulande keineswegs erst wie in Preußen durch den Freiherrn vom Stein eingeführt

worden, sondern für manche Aufgabenbereiche der Gemeinde althergebracht. Im Gegensatz zu den heutigen Verwaltungsgebäuden dienten die früheren Rathäuser vor allem dem Dorfgericht und später der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlussfassung. Die Rathäuser waren der Versammlungsort aller Gemeindemitglieder bei wichtigen Entscheidungen. Die Verwaltungsarbeiten erledigten die Schultheißen und Gemeinderechner in ihren eigenen Wohnhäusern.

Die Gemeinde Münster wartete voller Ungeduld auf die Genehmigung des Kaufvertrages, um sofort mit dem Umbau des ehemals Coudenhove'schen Hofhauses in ein Rats- und Schulhaus zu beginnen. Doch da geschah etwas, was die Münsterer in große Unruhe versetzte. Am 12. Januar 1813 war bei der nassauischen Landesregierung in Wiesbaden ein Schreiben eingegangen, mit der Bitte, den Kauf nicht zu genehmigen. Der Kauf würde der Gemeinde große Nachteile bringen. Bereits jetzt könnte die Gemeinde sich nicht mehr von der Last der Schulden befreien. Als Absender des Schreibens wurde die Gemeinde Münster genannt.

Die Angaben dieses Gesuchs standen im Widerspruch mit dem Schreiben vom Oktober 1812, das den Kauf als notwendig und vorteilhaft geschildert hatte. Es wurde sofort vermutet, dass die neueste, von keinem Gemeindevorsteher unterschriebene Eingabe ohne Wissen der Gemeinde abgefasst und übergeben worden war. Eine solche Anmaßung gegenüber der Gemeinde und dem Amt, das den Kauf befürwortet hatte, konnte nur auf unlautere Absichten beruhen. Der Amtmann in Höchst wurde deshalb am 16. Januar 1813 von der Landesregierung mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt.

Bereits mit Tagesanbruch des 19. Januars begab sich der Hofgerichtsrat und Amtmann Lamboy mit dem Amtsschreiber Thomas nach Münster. Lamboy ließ sofort Schultheiß Aumüller, die Gerichtsschöffen Wilhelm Herr, Johann Zelser und Leonhardt Kilb sowie den Gemeinderechner Peter Herr und die Gemeindevorsteher Georg März und Heinrich Reuter holen. Er legte ihnen nach einem ausführlichen Bericht drei Fragen vor:

1. Ob sie bei dem Inhalt der ersten Eingabe bleiben?
2. War die gesamte Gemeinde von dem Kaufvorhaben und dem abgeschlossenen Ankauf vom Ortsvorstand unterrichtet und hat sie auch darin eingewilligt?
3. Ob jemand vom Gericht oder Vorstand von der zweiten Vorstellung gewusst hat?

Der Schultheiß gab zur Antwort, dass er den Inhalt der ersten Eingabe wohl erwogen und unterzeichnet habe. Auch habe er sie der versammelten Gemeinde sowohl vor als nach dem Abschluss des Ankaufs vorgetragen. Es gab eine allgemeine Zustimmung. Die Versammelten baten sogar um Beschleunigung dieses nützlichen Vorhabens. Von der zweiten eingereichten Schrift sei ihm nichts bekannt und er könnte den Inhalt nicht beistimmen. Gleiche Antworten erhielt der Amtmann von allen Gerichtsleuten und Gemeindevorstehern.

Durch Glockenleuten ließ man dann die Bürger versammeln. Nach einem Schultheißen vorgelegten Verzeichnis wurden alle 54 Münsterer Bürger und Haushaltsvorstände vernommen, mit den gleichen Fragen wie beim Gericht und Gemeindevorstand. Das Resultat des Verhörs war die Feststellung, dass kein Münsterer etwas von der zweiten Eingabe wusste und alle dem nützlichen Kauf nach wie vor zustimmen. Am darauf folgenden Tag schickte der Amtmann das Protokoll der Vernehmung an die Regierung. Er bat, den jungen Advokaten Eydmann in Wiesbaden, der als Verfasser der sträflichen Schrift unterschrieben habe, über seinen Auftraggeber auszufragen. Der Veranlassung nach könnte es ein Niederhofheimer sein, der viele Güter in Münster angekauft habe, und, weil ihm die Hofgebäude sehr nützlich sein würden, "sich zu der üblen Erreichung des Kaufes das boshafte und kriminelle Intermezzo erlaubt haben mag."

Am 6. Februar 1813 bestätigte die nassauische Landesregierung den Kaufvertrag vom 11. Oktober 1812. Sie hatte nichts gegen den Kauf einzuwenden. Amtmann Lamboy berichtete am 8. März der Regierung über seine bisherigen Ermittlungen. Die Schrift sei entweder auf Veranlassung des N. Rudolph oder seines Schwiegersohnes Gerhard Schrot verfasst worden. Beide haben ein großes Vermögen und zeigten lebhaftes Interesse an den Hofgebäuden, die sie der Gemeinde Münster zu entreißen suchten.

Der Amtmann wartete auf das Resultat der Untersuchung in Wiesbaden und die Erklärung des Schriftverfassers Eydmann. Der Advokat war aufgefordert worden, die Namen seiner Auftraggeber zu nennen. Die Vernehmung Eydmanns führte jedoch zu keinem Erfolg. Als Advokat brauchte er die Namen nicht zu nennen. Er erhielt jedoch einen strengen Verweis. Die Regierung wünschte, dass der Amtmann selbst die von ihm entdeckte Spur weiter verfolgen sollte, und, wenn sie begründet erscheine, sollte er die verdiente Strafe dem Urheber erteilen.

Der Ausgang dieser Strafsache ist nicht bekannt. Hätten die Niederhofheimer mit ihrer falschen Eingabe das Ziel erreicht, wäre das Hofgebäude in Privatbesitz gekommen und die Gemeinde Münster wäre gezwungen gewesen, ein neues Rat- und Schulhaus zu erbauen.

Der Umbau des ehemaligen Coudenhove'schen Hofhauses zu einem Rat- und Schulhaus erfolgte im Sommer 1813. Aus dem Hof führte eine Tür in den Flur. Links vom Flur wurde eine Schäferwohnung, ihr gegenüber das Schulzimmer eingerichtet. Eine Treppe führte in das Obergeschoß mit der Lehrerwohnung und der geräumigen Rats- und Gemeindestube.

Auf einer Rundreise besichtigte 1817 eine Baukommission die Schulhäuser im Amt Höchst. In Münster beanstandeten die Bausachverständigen die ungeschickte Einteilung des Gebäudes: Die kleine, dunkle

Stube im Erdgeschoß habe man zur Schulstube für 75 Kinder genommen (es waren 33 qm), während der größere, hellere Raum im Obergeschoß als Ratszimmer diente. Diese Verhältnisse mussten alsbald geändert werden. Der Schulunterricht fand nun im oberen Stockwerk statt und die "Ratsherren" mussten ihre Sitzungen in der bisherigen Schulstube halten.

Das markante achtseitige Uhrtürmchen wurde 1819 errichtet. Damit erhielt das ehemalige Hofhaus auch äußerlich das Aussehen eines Rathauses.

Im Jahre 1822 bat Lehrer Schmitt in einem Schreiben an die Landesregierung um Besoldungszulage. Unter den Gründen führte er 20 Gulden an, die ihm die Gemeinde für die Wohnung im Rathaus jährlich berechne. Das Geld sei sie jedoch nicht wert. Zur Wohnung gehöre weder eine Stallung noch ein Abtritt und dreiviertel des Hauses benütze die Gemeinde. Auch zahle er jährlich 5 1/2 Gulden für einen Wiesengarten innerhalb des Hofberings, der "bloß wegen Mangel eines Hoftores den Haustieren der Nachbarschaft zum Sammelplatz dient". Der Schultheiß hingegen vertrat die Ansicht, dass die Wohnung des Lehrers nicht zu hoch, sondern noch zu niedrig angeschlagen sei.

1865 erhielt Münster bei 123 Schülern einen zweiten Lehrer. Deshalb musste das Gemeindeversammlungszimmer im Erdgeschoß in einen weiteren Schulsaal umgewandelt werden. Eine ausführliche Beschreibung des Schulhauses gab 1887 der Kreisarzt Dr. Grandhomme. Ihn interessierten besonders die Gesundheitsverhältnisse: "Das Schulhaus steht frei, ist aus Fachwerk erbaut, zweistöckig, nicht unterkellert und liegt bei seinem Erdgeschoß nur 0,33 m über dem Niveau der Straße. Der Untergrund besteht aus Kies.

In dem Schulhaus befinden sich zwei Lehrsäle und eine Lehrerwohnung. Hausflur, Treppen und Gänge sind ziemlich geräumig und hell. Die Aborte, je einer für eine Schule, liegen 25 m von der Schule entfernt in dem Hofe und stehen mit einer offenen nicht zementierten Grube in Verbindung. In dieselbe fließen gleichzeitig die Abwässer aus dem Stalle. Die Wände des unteren Schulzimmers sind meistens nass, bis zu einer Höhe von 0,81 m jedoch nur nach zwei Seiten getäfelt und darüber tapeziert. Die Decke ist geweißt. Die Wände des oberen Zimmers sind trocken, 0,80 m hoch getäfelt und darüber tapeziert. Der Fußboden des unteren Zimmers ist feucht und sporig, der des oberen im Ganzen gut, jedoch sehr dünn und kalt, weil unter dem Schulzimmer ein sogenannter Schuppen zum Aufbewahren von Holz usw. sich befindet.

Die Zimmer werden täglich von den Schulkindern gekehrt und im Sommer alle acht und im Winter alle zehn Tage von einer Putzfrau aufgewaschen. Der Flächeninhalt derselben reicht aus, die Höhe ist jedoch vollständig unzureichend. Auch die Beleuchtung ist sehr mangelhaft. Die Bänke der unteren Schule sind gut und entsprechen dem Alter der Kinder. Die der oberen Schule sind für die älteren Kinder zu niedrig." Durch den 1897/98 errichteten Bau einer zweiklassigen Schule am Kirchplatz wurde ein Schulsaal in der jetzt alten Schule frei, der jedoch mit zunehmender Schülerzahl 1920 wieder eingerichtet werden musste. Die Erweiterung der neuen Schule im Jahre 1937 auf vier Klassenräume machte die weitere Verwendung des alten Gebäudes als Schulhaus nicht mehr erforderlich.

Nicht nur als Rathaus oder Schule diente das Gebäude. Um die Jahrhundertwende ließ der Gewerbeverein im oberen Stockwerk Strick- und Zeichenunterricht erteilen. Später hatte dort die Bildungsgemeinde Münster, ein Vorgänger der heutigen Kulturgemeinde, einen Raum. Im Erdgeschoß lagen das "Bollesje", das Arrestlokal, und ein Raum für die Feuerspritze. Auch der Nachtwächter, der zugleich Totengräber war, und der Schuldiener wohnten damals zeitweise im Haus. Nach dem 1. Weltkrieg befand sich dort auch eine Wachstube der französischen Besatzungsmacht. Mit der Einrichtung eines Bürgermeisteramtes im Obergeschoß im Jahre 1929 wurde das ältere Schulhaus erneut zum Rathaus.

Nach der Eingemeindung von Münster in die neue Stadt Kelkheim am 1. April 1938 baute man die nun nicht mehr gebrauchten Räume der Bürgermeisterei um zu Wohnungen. Das Gebäude wird seitdem als Altes Rathaus bezeichnet. Das bereits 1927 vom verschandelnden Verputz freigelegte Fachwerkgebäude fand erst in den 60er Jahren die verdiente Beachtung. 1961 wurde das Alte Rathaus als schützenswertes Baudenkmal in die Bausatzung der Stadt Kelkheim aufgenommen und fünf Jahre später ist es erstmals in einem Kunstführer, dem Dehio, das Handbuch der Kunstdenkmäler Deutschlands aufgeführt.

Der Landeskonservator stellte 1965 die bauhistorische und städtebauliche Bedeutung des Alten Rathauses fest: "Sein breitgelagerter Baukörper ist im 18. Jh. in guten Verhältnissen errichtet, das Obergeschoß besteht aus Fachwerk. Über dem Satteldach mit einem tief herabgezogenen Krüppelwalm, erhebt sich, die Bedeutung des Hauses betonend, ein achtseitiger Dachreiter mit Haube. Es ist hier ein für die Stilepoche und für die Landschaft beispielhafter Rathausbau erhalten. Das Bauwerk steht überdies an einer markanten Stelle - wie jedes Rathaus - und sein Verlust, also die entstehende Lücke, die nicht mehr bebaut werden soll, wäre eine Schädigung des traditionellen Baugesüges der Straße und damit des Ortsbildes. Deshalb kann mit Recht ausgesprochen werden, dass das Alte Rathaus ein Baudenkmal ist und als solches Schutz beanspruchen kann."

Doch das Alte Rathaus stand dem Verkehr im Wege. Die enge Kurve am Rathaus sollte verbreitert werden. Am 8. Oktober 1965 beschloss die Stadtverordnetenversammlung den Abbruch des Baudenkmals aufgrund der schlechten Verkehrsverhältnisse. Das Schicksal des historischen Bauwerks schien besiegelt.

Der Landeskonservator versagte jedoch seine Zustimmung und die Abbruchgenehmigung der Bauaufsicht wurde nicht erteilt.

In der Bevölkerung wurde zunächst viel darüber diskutiert, ob das Alte Rathaus bleiben solle oder nicht. Es gab unterschiedliche Meinungen. Eine große Anzahl Bürger, eine Aktionsgemeinschaft zur Erhaltung des Gebäudes, Regierungsbaudirektor Schwarzer, auch einige Personen in der Stadtverwaltung wollten das alte Fachwerkhaus gerne erhalten sehen, zumal der frühere Engpass am Alten Rathaus inzwischen durch den Abbruch des gegenüberliegenden Hauses beseitigt worden war. Die Befürworter des Abbruchs konnten jetzt nicht mehr argumentieren, dass das umstrittene Gebäude ein Verkehrshindernis bilde. Um das alte Bauwerk wurde es still, bis Landeskonservator Dr. Kiesow im März 1970 nach Kelkheim kam und in einem Vortrags- und Diskussionsabend sich erneut für den Erhalt des Alten Rathauses einsetzte. Er stellte fest, dass sich die öffentliche Meinung über die Notwendigkeit der Denkmalspflege allseits geändert habe.

Die Diskussionen über den Abbruch zogen sich noch Jahre hin, bis am 31. Januar 1974 die Stadtverordnetenversammlung den Abbruchbeschluss vom Oktober 1965 aufhob. Das seit 1967 leer stehende Gebäude erhielt anlässlich der 1.100-Jahrfeier von Kelkheim-Hornau 1974 einen Farbanstrich, das Dach wurde ausgebessert und ein um 1935 errichteter Treppenanbau wurde entfernt. Jetzt zeigte sich, dass nach der Außenrenovierung des verwehrlosten Gebäudes die Gleichgültigkeit eines großen Teils der Bevölkerung in Sympathie für das Schmuckstück im Ortskern von Münster umschlug. Ein Jahr später, 1975, wurde die Bürgervereinigung Altmünster gegründet, die sich vor allem für die endgültige Wiederherstellung und für eine modernen Anforderungen entsprechenden Nutzung des Gebäudes einsetzte.

1981 schließlich entschied die Stadtverordnetenversammlung die Renovierung des Alten Rathauses. Die 1982 begonnenen und Anfang Dezember 1983 vollendeten Baumaßnahmen ließen nicht nur ein Stück Heimatgeschichte wieder lebendig werden; sie sind auch ein weiterer Schritt zur Gestaltung des Münsterer Ortskerns.

9.12.1983: Zu Beginn der Stadtverordnetensitzung brachte die UKW-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag betreffend Neujahrsempfang ein. Der Antrag fand nicht die vorgeschriebene 2/3 Mehrheit und wurde als Fraktionsantrag 130 behandelt.

Der vom Kämmerer Karlheinz Klug vorgetragene Haushaltsplanentwurf 1984 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 1983 bis 1987 wurden in die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. Der Umschuldung eines Darlehns wurde einstimmig zugestimmt.

Einem 1. Nachtrag zur Abwasserbeitrags- und gebührensatzung der Stadt Kelkheim, der die Gebühr für jeden cbm Abwasser auf 2,59 DM ab 1.1.1984 vorsieht, wurde mit 43 gegen 1 Stimme zugestimmt. Dem 1. Nachtrag zur Wasserbeitrags- und gebührensatzung der Stadt Kelkheim, der den cbm Frischwasser auf 2,68 DM zuzüglich der Mehrwertsteuer ab 1.1.1984 vorsieht, wurde ebenfalls mit 39 gegen 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, zugestimmt.

Dem 3. Nachtrag zur Gebührenordnung zur Satzung über die öffentliche Müllabfuhr in der Stadt Kelkheim, der die Erhöhung der Gebühren für die 120-Liter-Tonne um 27,- auf 136,80 DM jährlich und die Anhebung für die Gebühr der Müllsäcke um 0,50 DM auf 2,30 DM ab 1.1.1984 vorsieht, wurde mit 23 gegen 21 Stimmen zugestimmt.

Mit 33 gegen 10 Stimmen bei 1 Enthaltung wurde den Erschliessungsbeiträgen für das Gebiet "Altenhainer Straße" östlich und westlich der Spessartstraße zugestimmt.

Der Änderungsantrag der FWG-Fraktion betreffend Bebauungsplanentwurf Nr. 118 "Stadtmitte Kelkheim - 1. Teilbereich Süd" nochmals in den Fachausschuss zu verweisen, wurde mit 34 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Dem Änderungsantrag der FWG-Fraktion für den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 118 die Zahl der Vollgeschosse bis zu drei festzusetzen, stimmten die Stadtverordneten mit 41 Stimmen gegen keine bei 3 Enthaltungen zu.

Den eingegangenen Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplan Nr. 118 wurde teilweise entsprochen, teilweise mussten sie abgelehnt werden. Mit 35 gegen 2 Stimmen bei 7 Enthaltungen wurde die nochmalige Offenlegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 118 beschlossen. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

16.12.1983: Heute gegen 12.00 Uhr brannte die Lagerhalle der Dachdeckerfirma Horn in der Siemensstraße nieder. Der Sachschaden wird auf 100.000 DM geschätzt. Das Feuer entstand, als ein Lagerarbeiter im Aufenthaltsraum einen Gasherd anzünden wollte und es dabei zu einer Verpuffung kam. Die Stichflamme griff sofort um sich. Zerstört wurden der Aufenthaltsraum, ein Vorraum mit Duschen und Toiletten sowie ein Büroraum. Der Lagerist musste mit einem Schock in das Bad Sodener Krankenhaus eingeliefert werden.

Zum Ende des abgelaufenen Jahres wurden zwei Bürger unserer Stadt mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet, es waren dies Frau Martina Bender und Herr Ferdinand Karger.